



# Jahresbericht 2019

**Klimasolidarität  
Unternehmen  
Menschenrechte**

5	<b>Klimasolidarität, Unternehmen und Menschenrechte:</b>
7	Klimasolidarität
8	Referent*innenrundreise Klimawandel
11	#ToxiTour-Mexiko
14	Plattform klimasolidaritaet.de
15	Arbeitskreis <i>Binding Treaty</i>
18	Hauptversammlungen
21	<b>Mexiko:</b> Länderbericht
28	Aktivitäten
37	<b>Nicaragua:</b> Länderbericht
49	Aktivitäten
53	<b>El Salvador:</b> Länderbericht
62	Aktivitäten
65	<b>Honduras:</b> Länderbericht
83	Aktivitäten
95	<b>Kolumbien:</b> Länderbericht
109	Aktivitäten
121	<b>Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung</b>
129	Bündnis Solidarity City

## Editorial

Wie in den vielen vergangenen Jahren bietet dieser Bericht unseren Leser\*innen einen Überblick über die wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres 2019 in unseren Partnerländern Mexiko, Kolumbien, Nicaragua, El Salvador und Honduras.

### Klimasolidarität, Unternehmen und Menschenrechte

Zusätzlich zeigen wir mit dem Schwerpunktthema des Jahres 2019, *Klimasolidarität, Unternehmen und Menschenrechte*, Gemeinsamkeiten bei den politischen Entwicklungen unserer Partnerländer, die sie mit vielen Ländern des globalen Südens teilen. Durch unsere Zusammenarbeit mit Basisorganisationen in Lateinamerika wird uns immer wieder vor Augen geführt, dass soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und ökologische Probleme in einem engen Zusammenhang stehen. Kleinbäuerliche und indigene Gemeinden erfahren tagtäglich, dass die Zerstörung von Ökosystemen, als deren Teil sie sich begreifen, auch ihre unmittelbaren Lebensgrundlagen gefährdet oder gar zerstört. Sie vor allem müssen die negativen Folgen des „Fortschritts“ tragen. Die sozialen Konflikte, die den „Fortschritt“ zwangsläufig begleiten, bringen Bedrohungen, Gewalt oder führen, im schlimmsten Falle, auch zu Morden an Aktivist\*innen<sup>1</sup>. Diese Zusammenhänge kann man in allen unseren Partnerländern nachweisen.

### Aktivitäten des Ökumenischen Büros

Auf die vielen Veranstaltungen des Büros wird in den Berichten zum Schwerpunkt und zu den Ländern eingegangen. Auf zwei Aktivitäten sei hier noch einmal besonders hingewiesen. Zum einen auf das Tagesseminar *Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua*. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt, das im Oktober 2019 in München stattfand. Das Thema, mit Referent\*innen aus den beiden Ländern, stieß auf einer Rundreise auch bundesweit auf reges Interesse. Der Höhepunkt unter den Kulturveranstaltungen des Jahres war das Theaterstück der Gruppe Telón de Arena aus Ciudad Juárez/Mexiko, *A la Orilla del Río/Am Ufer des Flusses*. In München und in anderen Städten fand es sehr interessierte Zuschauer\*innen. Die Darstellung der Begegnung von Familienangehörigen aus Mexiko und Zentralamerika

<sup>1</sup> Aktivist\*innen: Der in diesem Jahresbericht verwendete \* ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.

am Grenzzaun machte für die Zuschauer\*innen Migration direkt erfahrbar. Zum anderen haben wir auch 2019 die Zusammenarbeit mit Schulen weitergeführt. Die Besuche in Schulklassen mit Gästen aus Lateinamerika waren für Schüler\*innen und Gäste immer ein eindrucksvolles Erlebnis. Herzlichen Dank auch an die engagierten Lehrer\*innen!

Alejandro Pacheco hat 2019 seine Vorstandsarbeit beim Ökumenischen Büro beendet. Wir danken ihm herzlich für sein Engagement und freuen uns, dass er unserem Team als Hauptamtlicher erhalten bleibt. Statt seiner heißen wir unsere langjährige, ehrenamtliche Mitarbeiterin Teresa Treiber im Vorstand willkommen.

Dank gebührt noch vielen weiteren. An erster Stelle danken wir den Hauptamtlichen ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen, die Kooperationspartner\*innen sowie unsere treuen und neuen Spender\*innen.

Und schließlich möchten wir den Organisationen, die unsere Arbeit und unsere Projekte im Jahr 2019 finanziell unterstützt haben, herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen, Engagement Global, Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt, Landeshauptstadt München, Regenbogen Stiftung, Migrationsbeirat München, Misereor. Für die Unterstützung des Projekt Solidarity City bedanken wir uns außerdem bei Landeshauptstadt München, Bezirksausschuss 1 und 2, Petra Kelly Stiftung und Stiftung do.

Allen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2020.

## Klimasolidarität, Unternehmen und Menschenrechte

Was haben Klimaschutz, Unternehmen und Menschenrechte miteinander zu tun? Durch unsere Zusammenarbeit mit Basisorganisationen in Lateinamerika wird uns immer wieder vor Augen geführt, dass soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und ökologische Probleme in einem engen Zusammenhang stehen. Kleinbäuerliche und indigene Gemeinden erfahren tagtäglich, dass die Zerstörung von Ökosystemen, als deren Teil sie sich begreifen, auch ihre unmittelbaren Lebensgrundlagen gefährdet oder gar zerstört. Oft ist dieses menschliche Handeln nicht Gedankenlosigkeit geschuldet, sondern folgt einer wirtschaftlichen Logik mit konkreten materiellen Interessen.



Zementfabrik Holcim in Apaxco, nördlich von Mexiko-Stadt

Die negativen Folgen des wirtschaftlichen Fortschritts werden meist auf schwächere Gruppen ausgelagert, sie werden externalisiert. Dies führt regelmäßig zu sozialen Konflikten. In unseren Schwerpunktländern gibt es meist keine Möglichkeiten, diese innerhalb eines demokratischen beziehungsweise rechtsstaatlichen Rahmens auszutragen, der mehr ist als nur Fassade. Stattdessen kommt es häufig zu Manipulationen, Kriminalisierung, Bedrohungen, Gewalt oder, im schlimmsten Falle, auch zu Morden an Aktivist\*innen, die ihre Lebensgrundlagen vor der Zerstörung durch Großprojekte oder Investitionen schützen wollen. Oftmals sind bei diesen Projekten auch Unternehmen und Kapital aus Deutschland und Europa involviert. Bekannte Fälle, bei denen wir von

Partnerorganisationen in den letzten Jahren um Unterstützung gebeten wurden, waren zum Beispiel die Windparks in Oaxaca in Mexiko, Kohleminen in Kolumbien, die Wasserkraftwerke Agua Zarca und Pajuiles und der Abbau von Eisenerz in Guapinol in Honduras oder der Kampf gegen den metallischen Bergbau in El Salvador. Diese Beispiele zeigen, dass für Menschenrechtsverletzungen nicht alleine Staaten verantwortlich sind, sondern diese auch mit den Interessen und dem Handeln von Unternehmen in Verbindung stehen. Folglich ist heute ein wichtiger Teil der Arbeit unseres Büros, auf das Ungleichgewicht von Unternehmensrechten gegenüber Menschenrechten hinzuweisen. So prangern wir hier in Deutschland, zum Teil direkt bei den Unternehmen selbst, die von diesen zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen an. Darüber hinaus unterstützt unser Arbeitskreis *Binding Treaty* Initiativen, die einen Vertrag auf Ebene der Vereinten Nationen fordern, der transnationale Unternehmen dazu verpflichtet, bei allen ihren Aktivitäten die Menschenrechte zu respektieren und zu garantieren.

Unsere Mexiko-Referentin nahm Ende des Jahres an der „Toxi-Tour“ teil. Bei dieser Karawane von El Salto im Bundesstaat Guadalajara bis nach Coatzacoalcos an der Golfküste in Veracruz wurden die sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Schäden, die durch transnationale Unternehmen in Mexiko verursacht werden, sichtbar gemacht.

## Klimasolidarität



Ein weiteres von Menschen verursachtes und mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen verbundenes ökologisches Problem ist der Klimawandel. Bei unseren Solidaritätsreisen nach El Salvador und Nicaragua und im Dialog mit Gästen aus Honduras konnten wir aus erster Hand erfahren, wie dieser das Leben und Überleben vor allem der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und der afroindigenen Garifuna gefährdet.

Deshalb räumten wir 2019 dem Klimawandel in unserer Arbeit einen besonderen Stellenwert ein. Ausgehend von unserem Ansatz, die Stimmen von Menschen aus dem Globalen Süden hierzulande hörbarer zu



Postkartenaktion des Öku-Büros zum Thema Klimasolidarität

machen, stellen wir unsere Arbeit unter das Stichwort Klimasolidarität. Unsere gemeinsame Analyse ist, dass bezogen auf den Klimawandel am Anfang wie am Ende der Ursachen- und Wirkungskette Menschenrechtsverletzungen stehen. Der Begriff Solidarität weist darauf hin, dass dieses Problem nur gelöst werden kann, wenn Machtfragen gestellt werden und sich die Menschheit auf Augenhöhe begegnet. So kann es nicht sein, dass die den Klimawandel verursachenden Länder gleichzeitig diejenigen sind, die der Welt in neokolonialer Manier vermeintliche Lösungen diktieren. Besonders kritisch sehen wir Ansätze, die lediglich darauf abzielen, durch einen grünen Kapitalismus den Ausstoß von  $\text{CO}_2$  zu reduzieren beziehungsweise zu verlagern. Um alternative Perspektiven und Initiativen des Südens, aber auch des Nordens, bekannter zu machen, riefen wir 2019 die Webseite [klimasolidaritaet.de](http://klimasolidaritaet.de) ins Leben. Unsere Referent\*innenrundreise stellte die Perspektive von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aus El Salvador und Nicaragua auf den Klimawandel und seine Folgen in den Mittelpunkt. Durch Spenden konnten wir in El Salvador und Nicaragua außerdem lokale Initiativen zu Umwelt- und Klimaschutz unterstützen.



Janett Castillo aus Nicaragua und José Guevara aus El Salvador sprechen zum Thema Klimawandel in Zentralamerika.

## **12. - 31. Oktober: Referent\*innenrundreise Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt**

Im Oktober fand unsere Referent\*innenrundreise „Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt“ statt. Als Expert\*innen haben wir aus Nicaragua Janett Castillo vom *Movimiento Comunal Nicaragüense* in der Region Matagalpa (MCN, Nicaraguanische Kommunalbewegung) und aus El Salvador José Guevara von MOVIAC / ACUDESBAL (Bewegung der Opfer des Klimawandels und der Unternehmen / Vereinigung der Gemeinden für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Region Bajo Lempa) eingeladen.

Im Rahmen der Rundreise fanden acht Diskussionsveranstaltungen in den Städten Tübingen, Heidelberg, Wuppertal, Greifswald, Hamburg, Kiel, Merzig (Saar) und Frankfurt statt. In München und Wuppertal gestalteten wir mit den beiden Referent\*innen und Kooperationspartner\*innen vertiefende Tagesseminare. Auf dem Plan standen weiterhin Hintergrundgespräche mit Expert\*innen und Medienvertreter\*innen sowie Schulbesuche in Augsburg und Kiel.

Unsere Gäste berichteten darüber, wie ein auf Export und Wachstum basiertes Wirtschaftsmodell die ökologische Krise und den Klimawandel in Zentralamerika verursacht beziehungsweise verschärft haben. José



Austausch zum Thema Klimawandel und ökologische Landwirtschaft mit dem Biobauern Thorsten Bock aus Tübingen

Guevara zeigte zunächst anhand von Daten international anerkannter Expert\*innen, dass der Klimawandel sowie der menschliche Einfluss auf dieses Phänomen eine nicht zu leugnende Tatsache darstellen. Laut Ansicht von MOVIAC sei der Klimawandel an sich jedoch lediglich ein Symptom eines viel tiefer sitzenden Problems. Dieses sei in erster Linie die Art und Weise, wie sich der Mensch zur Natur positioniert. Konkret finde dieses Mensch-Natur-Verhältnis seinen Ausdruck in einem Wirtschaftssystem, das auf unbegrenztem Wachstum und der Ausbeutung begrenzter Ressourcen basiert. Folgen dieses Wirtschaftssystems seien neben Klimawandel und Umweltzerstörung auch Konflikte innerhalb von und zwischen Gesellschaften, die bis hin zu Kriegen führten. Als Beispiele dafür nannte Guevara die Angriffe auf Venezuela, Irak, Libyen oder Iran.

Janett Castillo legte in ihrer Präsentation den Schwerpunkt auf die Aktivitäten ihrer Organisation in Nicaragua. Sie erklärte, wie das *Movimiento Comunal Nicaragüense* gemeinsam mit den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern am Aufbau einer diversifizierten nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft arbeitet. Diese diene dazu, die Landwirtschaft resistenter gegen den Klimawandel zu machen. Gleichzeitig trügen die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zum Umwelt- und Klimaschutz bei, da Böden durch organischen Dünger aufgewertet würden. Es werden schattenspendende Bäume gepflanzt, anstatt Brandrodung zu betreiben. Gleichzeitig werden die Produzent\*innen unabhängiger von Weltmarktpreisen, weil es zunächst darum geht, die Ernährung der Familie durch



Unser Nicaraguareferent mit Janett Castillo, Franziska Tuttaß und José Guevara (v.l.n.r.)

die angebauten Produkte sicherzustellen. Überschüsse hingegen werden auf lokalen Märkten verkauft und eher nicht exportiert. Eine ausführlichere Beschreibung dieses Modells findet sich auf unserer Website [klimasolidaritaet.de](https://klimasolidaritaet.de).<sup>1</sup>

Gleichzeitig wies Janett Castillo jedoch auch darauf hin, dass es wichtig sei, Forderungen an die Politik zu stellen, damit diese die Rahmenbedingungen schafft, um den Klimawandel zu stoppen. So wie ihre Organisation in Nicaragua in internationalen Netzwerken engagiert sei, wäre es auch wichtig, dass hierzulande die Klimaschutzbewegung weiter an Kraft gewinnt.

Spannend war die jeweils auf die Vorträge folgende Diskussion. Festgestellt wurde, dass es sowohl bei den Bewegungen in Zentralamerika als auch in Europa eine weitgehende Übereinstimmung in der Analyse hinsichtlich der Ursachen für den Klimawandel gibt. Allerdings sei es wichtig, mehr über die verschiedenen Perspektiven und Lösungsansätze in Nord und Süd zu erfahren und besser auf Ebene der Basisbewegungen international zusammenzuarbeiten. Es herrschte weitgehend die Meinung vor, dass die Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft der Menschheit bei jedem einzelnen liegt, es jedoch ohne umfassende Re-

<sup>1</sup> <https://klimasolidaritaet.de/anpassungAnDenKlimawandel>

gelungen und Initiativen auf Ebene der nationalen und internationalen Politik keine nachhaltigen Lösungen geben wird.

Das Konzept der Klimasolidarität wurde mit Interesse aufgenommen, obwohl es noch ein weiter Weg sei, bis sich Norden und Süden wirklich auf Augenhöhe begegnen könnten. Um an diesem Ziel weiterzuarbeiten, tauschten zahlreiche Besucher\*innen Kontakte mit unseren Referent\*innen aus. Bei einigen bestand Interesse, die Organisationen und Initiativen unserer Gäste in Nicaragua und El Salvador vor Ort kennenzulernen. Im Ökumenischen Büro arbeiten wir daran, dieses Interesse zu unterstützen.

## #ToxiTour-Mexiko

Vom 02. bis 11. Dezember 2019 nahm unsere Mexiko-Referentin zusammen mit einer internationalen Karawane an der so genannten ToxiTour-Mexiko teil. Die Nationale Versammlung der Umweltgeschädigten (*Asamblea Nacional de Afectados Ambientales*, ANAA) aus Mexiko organisierte zusammen mit dem Transnationalen Institut (TNI) aus Amsterdam die ToxiTour-Mexiko. Eingeladen waren Aktivist\*innen, Wissenschaftler\*innen und Politiker\*innen aus Mexiko, Ecuador, Argentinien, der EU und den USA. Von El Salto im Bundesstaat Guadalajara aus bis Coatzacoalcos an der Golfküste in Veracruz reisten sie zusammen vom Westen in den Osten über 1.300 km durch Mexiko.

Die Tour hatte mehrere Ziele: 1) Die gravierende Umweltzerstörung in Mexiko kennenzulernen, mit eigenen Augen zu sehen und die Beweise zu dokumentieren.

2) Die us-amerikanischen, kanadischen, deutschen, französischen, spanischen und mexikanischen Unternehmen und die Schäden anzuprangern, die diese im Rahmen der Handelsabkommen, die Mexiko mit den Vereinigten Staaten, Kanada und



Der verschmutzte Fluss Santiago in Jalisco, Mexiko

der Europäischen Union abgeschlossen hat, anrichten. 3) Diese Situation bekannt zu machen, Akteur\*innen der Zivilgesellschaft zu vernetzen und internationale Solidarität zu schaffen.

An den sechs Stationen der Karawane beobachtete die internationale Gruppe die jeweiligen Umwelt- und Gesundheitsprobleme vor Ort. In El Salto, Jalisco, waren wir am Fluss Santiago, wo industrielle Chemikalien und Abwässer das Flusswasser verschmutzen und das Leben in der Umgebung vergiften. Die ansässigen Bewohner\*innen leiden unter Krebserkrankungen, chronischer Niereninsuffizienz und anderen gravierenden Krankheiten. In Dolores Hidalgo, Guanajuato, ist es die exzessive Ausbeutung der Grundwasservorkommen, die sehr hohe Anteile an Arsen und Fluoriden aufweisen und dadurch die Gesundheit der Bewohner gefährden. In Apaxco im Bundesstaat Mexiko ist die Landschaft staubig, grau und stinkend. Grund dafür sind sechs Zementfabriken, mehrere Tagebaubetriebe, fünf mit Heizöl betriebene Wärmekraftwerke, verschiedene Gas- und Dampf-Kombikraftwerke, eine Erdölraffinerie, die chemische Industrie sowie die Abwässer aus Mexiko-Stadt ein ökologisches Desaster.



Expert\*innen untersuchen den Atoyac-Fluss

In Tlaxcala und Puebla im Zentrum Mexikos besichtigte die Gruppe den Fluss Atoyac und seine Nebenflüsse. Aufgrund unkontrollierter industrieller Abwässer sind die Gewässer tot. Diese Region ist vor allem wegen ihrer Konzentration von Automobilkonzernen bekannt. Volkswagen und andere internationale Unternehmen haben dort ihre Endmontage oder produzieren Autoteile. Weitere Industriegebiete in dieser Region sind geplant. Dagegen leisten mehrere Kollektive und soziale Bewegungen, die wir auf der Karawane kennenlernten, Widerstand.

Die letzte Station der Karawane war das Hauptgebiet der mexikanischen Erdölförderung. Die Stadt Coatzacoalcos in Veracruz hat tropisches Klima. Die Palmen, die Luftfeuchtigkeit und die hohen Temperaturen kontrastieren mit den grauen Wolken. Der Nebel in Coatzacoalcos entsteht bei der Abkühlung der dort hergestellten Petrolkoks. Die giftigen Wolken verschmutzen das Erdreich

und das Wasser verursachen Krankheiten unter der Bevölkerung. Und als ob das alleine nicht schon ein sehr großes Problem wäre, spielt die Gewalt gegen Personen eine bedrohliche Rolle. Die Bewohner\*innen verlassen nachts aus Angst nicht ihr Haus. Auf der Straße sieht man nur schwer bewaffnete Polizist\*innen oder obdachlose Migrant\*innen, die auf dem Weg in die USA sind.

Viele dieser Informationen erhielten die Teilnehmer\*innen der Tour aus erster Hand. In den besuchten Orten erzählten uns die Personen vor Ort im Tour-Bus von den Problematiken und Herausforderungen, mit denen sie jeden Tag konfrontiert sind. Viele von ihnen bezeichneten ihren Wohnort als Schlachthöfe. Am Ende der Tour stellten wir den Medien und dem mexikanischen Umweltminister Victor Manuel Toledo in Mexiko-Stadt vor, was wir gesehen und gelernt hatten. Die Vertreter\*innen

der besuchten Orte forderten, dass das Sekretariat der mexikanischen Regierung für Umwelt und natürliche Ressourcen (*Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales*, SEMARNAT) ihre Gebiete als Umwelt-Notfallzonen deklariert.



Treffen mit dem Umweltministerium Mexikos

Als Nachbereitung der ToxiTour-Mexiko wird die deutsche Delegation – bestehend aus Vertreter\*innen von México via Berlín e. V., dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung in Stuttgart und dem Ökumenischen Büro München – im Jahr 2020 mit Betroffenen eine Rundreise durch Deutschland organisieren. Die Menschen hier sollen für die diversen Ursachen der Umweltzerstörung in Mexiko und die Zusammenhänge mit deutschen Unternehmen sensibilisiert werden. Außerdem wollen wir deutlich machen, dass es nicht ausreicht, die Gesetze und Vorschriften des Landes, in dem die Unternehmen ansässig sind, zu respektieren. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Tätigkeiten deutscher Unternehmen nicht zur Verletzung von Menschenrechte oder zur Zerstörung der Umwelt in Mexiko beitragen. Deshalb sollten sowohl die Institutionen als auch die Zivilgesellschaft die Aktivitäten deutscher Unternehmen im Ausland überwachen um sicherzustellen, dass sie Menschenrechte respektieren, und rechtliche Schritte einleiten, wenn sie dagegen verstoßen. Dazu will das Öku-Büro beitragen.

## Plattform klimasolidaritaet.de

In den letzten Jahren haben immer mehr Menschen, allen voran Jugendliche, ihre Sorge über den Klimawandel und seine Folgen zum Ausdruck gebracht. Das Engagement gegen Klimawandel ist inzwischen zu einem Trend geworden, vor allem in Politik und Werbung. Die Slogans stammen aber oftmals von politischen Kräften und Konzernen, deren Interessen und langjähriges Handeln dafür verantwortlich sind, dass die Klimakrise entstanden ist.



### Klimawandel und Solidarität

Herzlich willkommen. Diese Plattform wird gefüllt mit Solidaritätsinitiativen, die zeigen, dass viele Menschen, sowohl im Norden als auch im Süden, etwas gegen den Klimawandel tun, ohne neue Probleme zu schaffen. Bist Du noch nicht dabei?

Wir wollten darlegen, dass hier eine globale Krise, die alle Menschen betrifft, wieder einmal verkürzt und nur aus europäischer Sicht dargestellt und oft instrumentalisiert wird. Zudem wollten wir aufzeigen, dass die Ursachen des Klimawandels integral und mehrdimensional betrachtet werden müssen. Wir wollen den Blick auf Umweltbelastungen lenken, die durch unseren hohen Energieverbrauch und die Entsorgung unserer ständig wachsenden Konsummüllberge entstehen. Und wir wollen ins Bewusstsein rufen, wie stark bereits im Vorfeld von Industrie- und Konsumgüterproduktion durch massiven Raubbau Natur- und Lebensräume unwiederbringlich zerstört werden und das Klima geschädigt wird.

Unsere Kernaussage ist, dass vor all diesen Problemen die Zerstörung staatlicher Sicherheit und von Institutionen aufgrund von Korruption und der Unterdrückung der Bevölkerung den Boden dafür bereiten, um die Lebensgrundlage künftiger Generationen zu zerstören. Hierfür sammelten wir Beispiele aus einigen Ländern Lateinamerikas.

Wesentlich war für uns, den einzelnen niedrigschwellige Handlungsalternativen aufzuzeigen und Beispiele zu sammeln, wie man den persönlichen Bedarf an Energie, Lebensmitteln und anderem Konsum decken kann, ohne dass andere dafür die Rechnung zahlen. Hierfür wollten wir ausschließlich solidarische Initiativen vorstellen, die regional und nachhaltig produzieren.

Daneben war unser Ziel, solidarische Initiativen in Lateinamerika vorzustellen und ihnen Raum zu geben, die Folgen des Klimawandels für ihre Mitglieder aufzuzeigen und ihre Ideen und ihren Umgang mit den Herausforderungen durch den Klimawandel zu lesen und zu hören.

In einem ersten Schritt haben wir mehrere Initiativen, die die genannten Kriterien erfüllen, gebeten, sich mit einer Videobotschaft vorzustellen. Die Suche nach Videobotschaften lokaler Initiativen aus München und Umgebung gestaltete sich sehr schwierig. Bei vielen fehlte es an Zeit oder Bereitschaft. Wieder anderen fehlten die technischen Voraussetzungen, sodass wir die Videos aufgenommen und anschließend zusammen mit den Videos aus Lateinamerika für die Webseite und youtube geschnitten haben. Parallel dazu bekamen wir von kompetenten Partnerorganisationen, wie der Christlichen Initiative Romero, der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien (ASK) und amazonia, wissenschaftlich fundierte Übersichten zu den Auswirkungen unseres Konsums von Kohle, Erdöl und Produkten aus der industriellen Landwirtschaft in den Ländern Lateinamerikas. Die Texte wurden von uns redigiert und für die Zielgruppe aufbereitet. Anschließend entwickelten wir ein Konzept für die Kommunikation über unterschiedliche Kanäle, um die Zielgruppe zu erreichen. Als Oberbegriff unserer Botschaft wählten wir "Klimasolidarität". Unter der Adresse [www.klimasolidaritaet.de](http://www.klimasolidaritaet.de) wurde eine ansprechende Webseite erstellt, auf der die Informationstexte mit aussagekräftigen Bildern und die Videos ansprechend präsentiert werden konnten. Zusätzlich zur Webseite wurde eine Postkarte gestaltet und mit einer Auflage von 5.000 Stück gedruckt und verbreitet. Sowohl die Videos als auch die Bilder und Postkartenmotive wurden in einer social-media Kampagne über Facebook und youtube breit gestreut. Als Unterstützer konnten wir Protect the Planet und das Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München gewinnen. Die Webseite [www.klimasolidaritaet.de](http://www.klimasolidaritaet.de) wurde mehrfach verlinkt und über das Projekt wurde in verschiedenen Medien berichtet. Seit November hat die Seite bereits über 2.000 Besucher\*innen pro Monat.

## **Arbeitskreis Binding Treaty**

Dieses Jahr verwandelten wir unsere Anliegen in Aktionen. Wir bauten unseren Arbeitskreis zum Thema *Binding Treaty* auf mit dem Wunsch, die Strafflosigkeit von Unternehmen und Konzernen zu beenden. Dafür luden und laden wir verschiedene Interessent\*innen ein, sich in dem Arbeitskreis *Binding Treaty* des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit zu engagieren.

Für uns ist es wichtig zu verstehen, warum Unternehmen und Konzerne im Fall von Menschenrechtsverletzungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Es klingt absurd, aber es ist so: Einzelpersonen, Ver-

eine, Regierungen und sogar Staaten können vor verschiedenen Justizinstanzen verklagt werden. Es gibt Strafgerichte, Menschenrechtsgerichte, Schiedsgerichte. Aber es gibt keine einzige Instanz, vor der Unternehmen und Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Juristisch gesehen können nur Staaten für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden. Die Praxis sieht anders aus: Oft werden Aktivist\*innen und soziale Kämpfer\*innen verfolgt, inhaftiert, gefoltert, vertrieben und sogar ermordet, weil sie mit der legitimen Verteidigung ihrer Rechte die Pläne von Unternehmen und Konzernen durchkreuzen. Diese Unternehmen können lokale Akteure sein oder auch sogenannte *global players*, die für die Durchsetzung ihrer Interessen im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen gehen – entweder mit der direkten Unterstützung oder zumindest der Komplizenschaft staatlicher Autoritäten. Um sich dagegen zu wehren, bleibt bis jetzt nur der öffentliche Protest. Dies soll sich ändern!

Seit einiger Zeit kämpft eine internationale Allianz aus Hunderten von Organisationen, Kollektiven und Gruppen für ein effektives Instrument, um diese Situation zu verändern. In Genf bei der UNO wird gerade ein verbindlicher Vertrag zur Durchsetzung von Menschenrechten in der Wirtschaft, der *Binding Treaty*, diskutiert. Leider torpedieren große Industrienationen darunter Deutschland diesen Prozess.



Für die Rechenschaft von Unternehmen

Mit unserem AK wollen wir uns über die neuesten Entwicklungen im Binding Treaty-Prozess informieren, unseren Protest gegen die Haltung der Bundesregierung bekannt machen, uns vernetzen, Infoveranstaltungen und Aktionen planen und mitmachen. Und natürlich wollen wir, dass du mitmachst!

## Rechte für Menschen – Regeln für Konzerne!

Der Wunsch, Unternehmen mögen freiwillig dafür Sorge tragen, dass Menschenrechte entlang ihrer gesamten Produktions- und Lieferkette eingehalten werden, hat sich nicht erfüllt. Nun soll ein verbindliches Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte, der *UN Binding Treaty*, transnationale Unternehmen weltweit zur Verantwortung ziehen. Im Oktober 2019 wurde dieses Abkommen in einer Arbeitsgruppe der

Vereinten Nationen in Genf verhandelt. NGO und soziale Bewegungen mobilisierten für eine weltweite Kampagne, um ihre Forderungen einzubringen.

Wie verhalten sich Deutschland und die EU bei den Treaty-Verhandlungen? Wer zieht im Hintergrund die Fäden, welche wirtschaftlichen Interessen stehen dahinter? Was unternimmt die Zivilgesellschaft, um die Straflosigkeit der Unternehmen zu stoppen? Setzen wir womöglich zu hohe Erwartungen in dieses Abkommen? Wie können wir auch in München solidarisch sein und aktiv werden? Am 26. September diskutierten wir darüber mit unseren Referent\*innen Raffaele Morgantini und Andrea Behm.

Raffaele Morgantini vom *Centre Europe Tiers-Monde* (CETIM) koordiniert in Genf die weltweite zivilgesellschaftliche Binding-Treaty-Kampagne. Er gab aus erster Hand Einblicke in die Binding-Treaty-Verhandlungen und die Forderungen der *Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power and Stop Impunity*. Andrea Behm, Mitglied bei Attac München und Rechtsanwältin für internationales Strafrecht und Menschenrechte, erklärte in kurzen Worten den *UN Binding Treaty* und reflektierte die Rolle der deutschen Politik. Die Aktivist\*innen von FIAN zeigten anhand eines Beispiels aus der Praxis, wie Unternehmen Menschenrechte systematisch verletzen und wie dagegen Widerstand geleistet werden kann.

## Klimacamp am Chiemsee

Am 27. September hielten wir zwei Workshops beim Klimacamp am Chiemsee. Vormittags präsentierte und diskutierte unser Referent Raffaele Morgantini (CETIM) mit uns über das Thema „Straffreiheit für internationale Konzerne stoppen“. Nachmittags referierten unsere Honduras- und Nicaraguareferent\*innen über „Klimasolidarität – Die Kämpfe von Basisbewegungen in Zentralamerika“ und zusammen mit den Anwesenden reflektierten sie, was diese Themen mit uns zu tun haben.

Vom 25. bis 29. September fanden im Rahmen des Klimacamps weitere sehr interessante Workshops und Veranstaltungen statt.<sup>2</sup>



Zelten und diskutieren beim Klimacamp

<sup>2</sup> Ein Blick ins Programm lohnt sich: [klimacamp-chiemsee.de/programm/](http://klimacamp-chiemsee.de/programm/)

## Hauptversammlungen

### Siemens: „Grüne“ Energie zu Lasten von Menschenrechten

Zur Hauptversammlung der Siemens AG kritisierten Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen unzureichendes Engagement bei menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten. Die Nichtregierungsorganisationen bemängelten Rechtsverstöße und Unstimmigkeiten bei einer Reihe von Projekten für erneuerbare Energien, an denen Siemens direkt oder indirekt beteiligt ist.



Geschäfte mit Großstaudämmen verursachen Menschenrechtsverletzungen

### Kolumbien: Menschenrechtsverletzungen durch Staudammprojekte

Siemens belieferte die in Korruptionsskandale verwickelten Wasserkraftwerke Hidrosogamoso und Hidroitango in Kolumbien. Beide Projekte wurden in Regionen geplant und umgesetzt, die sehr stark vom bewaffneten Konflikt betroffen sind. „Trotz der Proteste von Angehörigen und Menschenrechtsorganisationen wurden in beiden Fällen Massengräber überschwemmt“, klagte unser Kolumbien-Referent. „In Fällen von Morden und gewaltsamen Verschwindenlassen können die sterblichen Überreste, nach denen Familien bis heute suchen, nicht mehr gefunden werden.“ Morde an und Drohungen gegen Staudammkritiker\*innen sind seit Jahren bekannt. So wurden allein 2018 drei Mitglieder der Organisation *Ríos Vivos* und drei ihrer Familienangehörigen ermordet. Nach schweren Regenfällen und Erdbeben im Mai 2018 an der Baustelle von Hidroitango mussten etwa 24.000 Menschen evakuiert werden, da ein Dambruch drohte.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Die Rede unseres Kolumbien-Referenten zu diesem Thema ist abrufbar unter: <https://www.kritischeaktionae.de/siemens/rede-alejandro-pacheco-zapata-deutsch/>.

## Mexiko: Windparks zerstören landwirtschaftliche Nutzflächen

Beim Bau von Windkraftanlagen in Mexiko, an denen Siemens Gamesa beteiligt ist, werden die notwendigen Konsultationen der indigenen Bevölkerung nur unzureichend umgesetzt. Die Betroffenen erhalten nur unvollständige Infor-



Konsultation nach bereits erfolgter Genehmigung macht keinen Sinn!

mationen oder werden teilweise mit Gewalt unter Druck gesetzt, bereits genehmigte Projekte werden willkürlich vergrößert. Geplant sind neue Windparks auf Gemeindeflächen, auf denen Palmenfasern für wirtschaftliche und handwerkliche Aktivitäten produziert werden. „Dort gibt es bereits Windparks, die den freien Transit der Bewohner\*innen auf dem von der Polizei bewachten Gelände einschränken“, kritisierte unsere Mexiko-Referentin. „Die neuen Windparks würden weitere 1.589 Hektar des Gebietes zerstören.“<sup>4</sup>

Auch unsere Honduras-Referentin hielt eine Rede bei der Siemens Hauptversammlung. Der Inhalt der Rede und die Antwort des Siemens-Vorstands sind im Kapitel Honduras Aktivitäten nachzulesen.

## Münchener Rück AG (Munich Re)

Es ist nicht das erste Mal, dass Munich Re wegen eines Staudammprojektes in Schwierigkeiten geraten ist. Trotz massiver Kritik von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen hatte der Konzern einen Teil der Rückversicherung für den Staudamm Hidroituango in Kolumbien übernommen. „Als Konzern, der sich den *Global-Compact*-Prinzipien der Vereinten Nationen angeschlossen hat, sollte sich Munich Re für zügige Entschädigungen einsetzen. In Zukunft sollte der Konzern keine Großstaudämme mehr rückversichern.“ forderte unser Kolumbien-Referent.

Man weiß, dass der Projektbetreiber seit 2015 über erste Hindernisse wie Korruptionsskandale und Bauprobleme stolpert. Ende April 2018 wurde durch einen Erdbeben einer der Entlastungstunnel an der Staumauer verstopft und am Folgetag durch den Druck des aufgestauten Wassers wieder frei gespült. Eine riesige, unkontrollierte Flutwelle ent-

4 Die Rede unserer Mexiko-Referentin zum Thema Windkraftanlagen in Mexiko ist abrufbar unter: <https://www.kritischeaktionae.de/siemens/rede-von-cristina-valdivia-3/>

stand. Sie riss eine Brücke sowie die Hütten der Goldwäscher\*innen an beiden Ufern mit sich und zerstörte das Dorf Puerto Valdivia. Munich Re verbucht den Fall im Geschäftsbericht als größte Einzelschaden und



Die Katastrophe am Staudamm Hidroituango ist ihr größter Einzelschaden

muss laut eigenen Angaben eine dreistellige Millionensumme. Die Arbeit des Reputationsrisikosteuerungs-Komitees hat unser Kollege in Frage gestellt. Zu dem Fall hat die Firma geantwortet, dass das Projekt im Rahmen eines Portfolios gesichert wurde und es wichtig ist, dass die Transaktion sich gelohnt hat. Zu

den bestehenden Dambruch-Risiken meinte der Vorstand, dass letztendlich gültige oder fällige abschließende Schadenhöhe zu diesem Zeitpunkt nicht festgestellt werden könnten. Zum Thema Betroffenen hat der Vorstand geschwiegen. Das heißt, nur Gewinn ist wichtig.<sup>5</sup>

Nach einem erfolglosen Versuch, einen persönlichen Termin mit dem Vorstand von Munich Re zu bekommen, erhielten wir lediglich wieder eine nichtssagende Antwort: „Es handelt sich bei Hidroituango jedoch um ein noch laufendes Verfahren, bei dem eine abschließende Klärung aussteht. Es ist uns daher leider nicht möglich, über Einzelheiten zu diesem Fall zu sprechen“.

5 Die Rede unseres Kollegen ist hier abrufbar: [https://www.kritischeaktionaeere.de/munich\\_re/die-katastrophe-am-staudamm-hidroituango-ist-ih-r-groesster-einzelschaden-rede-von-alejandro-pacheco](https://www.kritischeaktionaeere.de/munich_re/die-katastrophe-am-staudamm-hidroituango-ist-ih-r-groesster-einzelschaden-rede-von-alejandro-pacheco)

## Länderbericht

Das erste Jahr des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) war voller Hoffnung. Die Beliebtheit des Präsidenten bei der Mehrheit der Mexikaner\*innen spiegelt sich in den Meinungsumfragen wider. Sein Umgang mit Themen wie Korruption wird vom Großteil der Bevölkerung positiv wahrgenommen. Allerdings existiert auch eine Ungewissheit, wie viel die Regierung AMLOs in den nächsten fünf Jahren erreichen kann.

Themen zur Unsicherheit und Verbesserung der Nationalökonomie und zur Menschenrechtslage Mexikos sind umstritten. Viele Fragen bleiben offen und die Antworten widersprechen sich. Für die mexikanischen Menschenrechtsorganisationen sind Licht- und Schattenseiten bei der mexikanischen Regierung zu erkennen, erfuhr unsere Mexiko-Referentin auf ihren Dienstreisen nach Mexiko von unseren Partnerorganisationen vor Ort.

### Befriedung oder Militarisierung?

Im März 2019 gründete AMLO die mexikanische Nationalgarde, mit 45.000 Menschen zusammengesetzt aus Streitkräften und föderaler Polizei. Die neue Institution solle „den Frieden und die Ruhe der Menschen in Mexiko“<sup>1</sup> gewährleisten. Trotz dieser Absicht erreichten die Mordzahlen 2019 ein neues, trauriges Rekordhoch von 35.000 Toten. In den Zeitungen war jeden Tag über Ermordungen von Frauen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Journalist\*innen, Umweltaktivist\*innen und Vertreter\*innen von bäuerlichen, sozialen und indigenen Bewegungen zu lesen. All diese Menschen wurden umgebracht, ohne dass es zu einer einzigen Strafverfolgung kam. In den meisten Fällen wurde überhaupt nicht ermittelt und nicht versucht, die Schuldigen zu finden. Laut dem Bericht der *World Front Line Defenders*<sup>2</sup> liegt Mexiko mit 24 von 304 Fällen nach Kolumbien, den Philippinen und Honduras an vierter Stelle weltweit bei Morden an Menschenrechtsverteidiger\*innen. Die große Mehrheit davon, 16 dieser Morde, richtete sich gegen Verteidiger\*innen der Umwelt und des Territoriums in Mexiko; ein wichtiges und markantes Detail, wenn man die geplanten Großprojekte der mexikanischen Regierung betrachtet.

1 Hier ist die offizielle Webseite der Nationalgarde abrufbar: <https://www.gob.mx/guardianacional/>

2 Global Analysis. Front Line Defenders. <https://www.frontlinedefenders.org/es/resource-publication/global-analysis-2019/>

Die kontinuierlich gestiegene Gewalt zeigt sich in den offiziellen Zahlen von Verschwundenen. In Mexiko gelten mehr als 40.000 Menschen als verschwunden, und seit 2006, dem Anfang des Drogenkriegs, wurden mehr als 2.000 illegale Massengräber entdeckt.<sup>3</sup> Auch der weltweit bekannte Fall von



Ausstellung zu Ayotzinapa in Mexiko-Stadt

Ayotzinapa bleibt ungeklärt. Seit 2014 sind 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa, Guerrero, scheinbar spurlos verschwunden. Im Jahr 2018 ordnete AMLO die Gründung einer Wahrheitskommission zu Ayotzinapa an. Bis jetzt hat die Kommission die bisherigen Ermittlungen nicht bearbeitet. Währenddessen wurden 70 von 143 verdächtigten Gefangenen freigelassen. Sie könnten wesentliche Informationen über den Verbleib der Studenten haben.<sup>4</sup> Es bleibt noch die Hoffnung, dass die interdisziplinäre, unabhängige Expert\*innenkommission (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes*, GIEI) wieder eingesetzt wird, und endlich ihre Empfehlungen zu diesem Fall umgesetzt werden können.

Die Präsenz der Nationalgarde in Mexiko sollte die Gebiete befrieden, in denen die organisierte Kriminalität am stärksten tätig ist. Dennoch zeigte das Militär und die Regierung, dass ihre Leistung sehr begrenzt sind. Am 17. Oktober gab es den Versuch, Ovidio Guzmán, Sohn des Drogenbosses Joaquín „El Chapo“ Guzmán und Kopf des Sinaloa-Kartells, festzunehmen. Das Militär nahm Ovidio Guzmán zwar in Haft, aber die direkte und brutale, fast kriegerische Reaktion des Sinaloa-Kartells in der Stad Culiacán erzielte seine Freilassung nur wenige Stunden später. Viele Mexikaner\*innen empfanden diese Entscheidung, als ob die Regierung der Macht des Kartells nachgab. Andere wiederum nahmen sie als vernünftig wahr. Wer für diese Fehlleistung des Militärs verantwortlich ist, ist immer noch unklar.

3 A dónde llevan a los desaparecidos. <https://adondevanlosdesaparecidos.org/2018/11/12/2-mil-fosas-en-mexico/>

4 Leticia Hillenbrand. Fall Ayotzinapa in Mexiko: CIDH für Wiedereinsetzung der Expertenkommission. <https://amerika21.de/2019/12/235670/cidh-ayotzinapa-gici/>

Am stärksten engagiert sich die Nationalgarde im Süden Mexikos, insbesondere im Bundesstaat Chiapas. Allerdings trifft sie so auf die Migrationsströme und Widerstände. Hier ist die Anwesenheit der Nationalgarde problematisch, vor allem für die Migrant\*innen, die indigene Bevölkerung und die Dörfer, die in den letzten Jahren gegen Großprojekte gekämpft haben oder die von den *Zapatistas*<sup>5</sup> unterstützt werden.<sup>6</sup> Es ist nicht klar, ob die Nationalgarde hier eher Schutz oder eher Kontrolle ausüben will.

## Mauer, Migrant\*innen und Mexiko

Migration ist ein zentrales Thema in der internationalen Politik zwischen den USA und Mexiko. Die Grenzmauer von US-Präsident Donald Trump wurde noch nicht einmal gebaut, schon hat sich der Fokus in all den Debatten von der Grenze im Norden viel weiter in den Süden verschoben, zur Grenze zwischen Mexiko und Guatemala/Belize. Trump



Auf dem Weg in die USA. Ein Mann springt von Waggon den Waggon

drohte Mexiko mit hohen Strafzöllen, sollten sie die Migrationsströme nicht stoppen, woraufhin die mexikanische Regierung reagierte und zugunsten der USA die Nationalgarde an der Südgrenze einsetzte. Die Kontrolle zur Einreise nach Mexiko wurde dort für die Migrant\*innen restriktiver. Die ursprünglich humanitäre Migrationspolitik Mexikos, in der die Migrant\*innen problemlos im Land reisen konnten, ist nicht mehr gültig. Nur die Menschen mit laufendem Asylantrag für die USA dürfen von Mexiko wieder aufgenommen werden und im Land bleiben, bis ihre Formalien geregelt werden; was Monate oder sogar Jahre dauern könnte. Eine inakzeptable Vereinbarung zwischen USA und Mexiko, da das Zielland für die Menschen verantwortlich sein sollte, die in ihrem Land einen Asylantrag einreichen! Auch ist es unverständlich, warum Mexiko bereit ist, die Zahl der humanitären Visa zu verringern. Armut

5 Als *Zapatistas* beziehungsweise Zapatisten werden überwiegend sozialrevolutionäre indigene politische Gruppierungen im Süden Mexikos, vor allem im Bundesstaat Chiapas, bezeichnet.

6 Militarisierung in Chiapas von Alexej Steinberg. <https://jungle.world/artikel/2019/31/militarisierung-chiapas/>



Mahnwache in Ciudad Juárez wegen des Rassismus-Attentats in El Paso Texas, August 2019

und Gewalt zwingen Menschen aus Zentralamerika immer noch dazu, aus ihrem Heimatland zu fliehen.<sup>7</sup> Das Recht auf Einwanderung muss gewährleistet werden. Man muss die Fluchtursachen in den jeweiligen Ländern bekämpfen, anstatt die Migrant\*innen zu bestrafen. Auch den Verteidiger\*innen der Migrant\*innen fällt ihre Arbeit schwer. Ein Beispiel: Die Herberge für Migrant\*innen *La 72* in Teno-

sique im Bundesstaat Tabasco sah sich Drohungen und Einschüchterungen seitens der organisierten Kriminalität ausgesetzt, nachdem sie Strafanzeige wegen Entführungen von Migrant\*innen gestellt hatte. Auch bekannte Aktivist\*innen, die die Migrant\*innenkarawanen betreuten, wurden verhaftet und wegen Menschenhandel angeklagt.

Früher war Mexiko ein Transitland. Jetzt ist es ein mögliches Ziel-land, wenn man nicht deportiert, entführt oder ermordet wird. Die geforderte Rolle als sicheres Drittland kann Mexiko nicht gewährleisten.

Auf der einen Seite lässt sich AMLO von Trump unter Druck setzen, um die Migrationspolitik USA-affin zu planen. Auf der anderen Seite bietet die mexikanische Regierung Evo Morales nach dem Putsch in Bolivien Asyl an und erkennt die neue Verwaltung des bolivianischen Staates nicht an. So oder so bleibt es unklar, welche Rolle Mexiko auf dem amerikanischen Kontinent tatsächlich spielen will.

## Licht und Schatten

Viele Jahren lang haben die mexikanischen Menschenrechtsorganisationen vorherige, informierte und freie Konsultationen für die indigenen Gemeinden gefordert, wenn Großprojekte in ihren Gebieten geplant waren. Jetzt werden auch Bürger\*innen bei öffentlichen Projekten befragt. Ein Beispiel dafür ist der Bau des neuen, internationalen Flughafens von Mexiko-Stadt, der nach einer Volksabstimmung bei etwa 20 Prozent Baufortschritt gestoppt wurde. Auch andere Projekte des Energiesektors wurden nicht weitergeführt, aufgrund von AMLOs Sparpolitik. Diese Entscheidungen stoppten das ökonomische Wachstum des Landes, sen-

7 „Volltreffer mit der Migrationskeule“. Von Wolf-Dieter Vogel. Zeitung taz. <http://www.taz.de/Kommentar-USA-und-Mexiko/!5601487/>

deten aber einige positive Signale für die Konsultationen anderer Projekte.

Das Touristenprojekt *Tren Maya* (Maya-Zug) auf der Halbinsel Yucatán widerspricht dennoch AMLOs Umfragepolitik. Im Dezember 2019 führten Anhänger\*innen der Regierungspartei *Morena* die Umfrage für die Zustimmung oder Ablehnung des Projektes seitens der indigenen



Gestoppter Flughafenbau in Mexiko-Stadt

Gemeinden durch. Auf der Halbinsel Campeche, Quintana Roo und Yucatán, sowie in Tabasco und Chiapas stimmte die Mehrheit der indigenen Bevölkerung für das Projekt. Dieses Ergebnis wird allerdings kritisch betrachtet. Laut dem UN-Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte entsprach der Prozess der Umfrage nicht den internationalen Leitlinien (vorher, frei, informiert und kulturell angemessen). Die vorgelegten Informationen für die Umfrage bezogen sich nur auf den potenziellen Nutzen des Projekts und nicht auf die negativen Auswirkungen, die es verursachen könnte. Die Definition, wen, wo und wann man konsultieren soll, wurde einseitig von den Behörden festgelegt. Auch zeigte sich das UN-Büro besonders besorgt über die geringe Beteiligung und Repräsentation indigener Frauen an diesem Prozess, trotz der Bemühungen vor Ort, ihre Einbeziehung sicherzustellen.<sup>8</sup> Kritische Stimmen argumentieren, dass der Maya-Zug weder neu ist, noch ein Zug, noch ein Maya-Zug. Das Projekt umfasst zwei private und geopolitisch günstige Großprojekte, die im Isthmus von Tehuantepec und auf der Halbinsel Yucatán, von der Pazifik- bis zur Karibikküste, umgesetzt werden. Wenn diese Projekte realisiert werden, werden vor allem die Maya und andere dortige indigene Bevölkerungen aus ihren Gebieten verdrängt, durch induzierte oder zwangsweise Enteignung von *Ejido*-Land (eine Art von Allmende) oder kommunalem Land.<sup>9</sup> Durch mangelhafte Umfragen ein Projekt zu bewilligen, ist eine perverse Form der Legitimation.

8 ONU-DH: el proceso de consulta indígena sobre el Tren Maya no ha cumplido con todos los estándares internacionales de derechos humanos en la materia. [https://www.hchr.org.mx/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=1359:onu-dh-el-proceso-de-consulta-indigena-sobre-el-tren-maya-no-ha-cumplido-con-todos-los-estandares-internacionales-de-derechos-humanos-en-la-materia](https://www.hchr.org.mx/index.php?option=com_k2&view=item&id=1359:onu-dh-el-proceso-de-consulta-indigena-sobre-el-tren-maya-no-ha-cumplido-con-todos-los-estandares-internacionales-de-derechos-humanos-en-la-materia)

9 Tren Maya: la consulta y el despojo. Carlos Fazio. <https://www.jornada.com.mx/2019/12/16/opinion/016alpol>



Der indigene Aktivist gegen Großprojekte, Samir Flores Soberane

Ein anderes Großprojekt ist das *Proyecto Integral Morelos* (PIM) der mexikanischen Energiekommission (CFE, Comisión Federal de Electricidad). Das Projekt umfasst eine Gaspipeline und zwei thermoelektrische Kraftwerke in den Bundesstaaten Morelos, Tlaxcala und Puebla und ist seit 2012 im Bau. Europäische Unternehmen, wie Abengoa, Elecnor und Enagas aus Spanien und Bonatti aus Italien, sind in das Projekt involviert. Seit Beginn der Umsetzung des Projektes leisten die Bewohner\*innen der Gemeinden Widerstand. Expert\*innen wiesen auf die Gefahr von enormen Umweltschäden aufgrund seismischer und vulkanischer Risiken hin. Zu den erwarteten ökologischen Auswirkungen

in der Region zählen: der Verlust der Biodiversität infolge der Umweltverschmutzung durch die zentralen Wärmekraftwerke, gesundheitliche Schäden der Bevölkerung sowie die Verkalkung und die verminderte Aufnahmefähigkeit des Erdreichs aufgrund der verwendeten Chemikalien.

Die Betroffenen des Projektes organisierten sich, blockierten die Arbeiten des Kraftwerks in Huexca und klagten gegen das PIM, weil sie nicht vorab zum Projekt befragt wurden. Der erste Mord aufgrund des Widerstandes gegen das Projekt ist schon geschehen. Der indigene Aktivist Samir Flores der Widerstandsfront *Frente en Defensa del Agua, la Tierra y el Aire* (FDATA) wurde hingerichtet. Sein Mord steht laut der lokalen Bevölkerung in direktem Zusammenhang mit seinem Aktivismus und wurde bis jetzt noch nicht aufgeklärt.<sup>10</sup>

Für unsere Arbeit ist es wichtig, diese Licht- und Schattenseiten zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. Der Einsatz von sozialen Projekten seitens der mexikanischen Regierung sollte

uns nicht blenden und uns von den notwendigen strukturellen Veränderungen ablenken.



Samirs Kampf geht weiter

<sup>10</sup> Mexiko: Mord an indigenem Aktivistin kurz vor Abstimmung über Kraftwerk. Von Philipp Gerber. <https://amerika21.de/2019/02/222612/mexiko-mord-soberanes-amlo>

Deswegen ist es sehr wichtig, wie schon Jan Jarab, der ehemalige Vertreter des UN-Büros des Hochkommissariats für Menschenrechte in Mexiko, betonte<sup>11</sup>, weiterhin den Familienangehörigen der Opfer von Menschenrechtsverletzungen zuzuhören, mit engagierten Journalist\*innen und Aktivist\*innen, mit Wissenschaftler\*innen und Akademiker\*innen, die ihre Dienste der Gesellschaft widmen, zusammenzuarbeiten, und natürlich den Kampf der Frauen weiter zu unterstützen.



Frauen verteidigen das Wasser und das Leben in Tlaxcala.

Wie das Nationale Netzwerk von Menschenrechtsverteidiger\*innen in Mexiko (*Red Nacional de defensoras de derechos humanos en México*) sagt, sind die Menschenrechtsverteidiger\*innen und Journalist\*innen diejenigen, die die Räume des Widerstands zugunsten des Lebens schaffen, da sie die „patriarchalischen und frauenfeindlichen Orte in Frage stellen, die den Tod vor allem von Frauen hervorrufen“.<sup>12</sup> Es ist notwendig, Strategien zu entwickeln, die die verschiedenen Kämpfe für Gleichberechtigung, Multikulturalismus bis hin zum Gemeinwohl umfassen, gegen die strukturelle, politische und körperliche Gewalt in Mexiko.

11 Desaparición de personas y el México del futuro. Von Jan Jarab. <https://www.eluniversal.com.mx/opinion/jan-jarab/desaparicion-de-personas-y-el-mexico-del-futuro>

12 En 11 meses asesinaron en el país a 5 defensoras de derechos humanos. La Jornada. <https://www.jornada.com.mx/2019/12/10/politica/012n2pol>

## Aktivitäten zu Mexiko 2019

Dank der Zusammenarbeit unserer Partnerorganisationen aus Mexiko und Deutschland konnten wir dieses Jahr vielfältige Veranstaltungen mit besonderen Gästen durchführen. Rundreisen, Tagungen, eine Tournee und Abendveranstaltungen gewannen wir neues Publikum. Der Erfolg unserer Aktivitäten bestätigte sich mit mehr Einladungen für das Jahr 2020. Hier ein kurzer Überblick über unsere organisierten und durchgeführten Arbeiten des Jahres 2019.

## Hoffnung für die Menschenrechte in Mexiko? Erwartungen an die neue Regierung López Obrador

Wir begannen das Jahr mit der Tagung in Berlin zum Thema Mexiko. Für den 28. und 29. März 2019 luden wir sieben mexikanische Menschenrechtsverteidiger\*innen und Journalist\*innen nach Deutschland ein, um sich zusammen mit deutschen Entscheidungsträger\*innen und Interessent\*innen in den Räumlichkeiten der Heinrich-Böll-Stiftung auszutauschen und zu diskutieren. Fragen der Tagung und der Foren waren: Inwieweit wurde die Regierung unter López Obrador nach den ersten 120 Tagen im Amt der Erwartung von Reformen und strukturellem Wandel gerecht? Welches Schutzkonzept gibt es für die



Mexiko-Tagung in Berlin

besonders gefährdeten Menschenrechtsverteidiger\*innen und Journalist\*innen? Welche Maßnahmen werden gegen Straflosigkeit und Korruption ergriffen? Und wie reagiert die Deutsche Bundesregierung auf die neue Machtkonstellation in Mexiko?

Um diese Fragen zu beantworten, führten wir verschiedene Podiumsdiskussion sowie Foren durch. Unsere Mexiko-Referentin organisierte und moderierte zusammen mit einer Referentin von pbi (*peace brigades international*) das Forum zu Frauen- und LGBTI\*-Rechten. Hier diskutierten wir unter andere über die mögliche Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Gewalt, Diskriminierung und Stigmatisierung von Frauen und LGBTI\*-Menschen und deren Schutz durch die mexikanische Regierung. Außerdem sprachen wir über die Rolle der zivilgesellschaftlichen Netzwerke für den Schutz und die Selbstfürsorge von Menschenrechtsverteidiger\*innen.

Unsere mexikanischen Referent\*innen waren Santiago Aguirre, Vizedirektor Centro de Derechos Humanos, Miguel Agustín, Pro Juárez (Centro ProDH); Balbina Flores, Vertreterin von Reporter ohne Grenzen (ROG) in Mexiko; Isela González, Direktorin Alianza Sierra Madre A.C. (ASMAC) Chihuahua; Schwester Letty Gutiérrez, Scalabrinianas Misión para Migrantes y Refugiados (SMR), sección México; Lucía Lagunes, Direktorin Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC) und Iván



Iván Tagle kämpft gegen „Konversions-Therapien“ für LGBT\*-Menschen

Tagle, Direktor Transformando tu Vida, A.C. (YAAJ). Leider sagte Yésica Sánchez, *Iniciativa Mesoamericana de Mujeres Defensoras de Derechos Humanos* (IM-Defensoras), kurzfristig ihre Teilnahme ab.

Die Tagung und das gesamte Programm organisierten die Heinrich-Böll-Stiftung, Reporter ohne Grenzen und die 15 Mitgliedsorganisationen der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko.<sup>13</sup>

## Feministische Ansätze aus Mexiko für die Gender-Gerechtigkeit

Anschließend an unsere Mexiko-Tagung war Lucía Lagunes, Direktorin der mexikanischen feministischen Presseagentur CIMAC (Kommunikation und Information der Frau) am 30. März zu Gast in München. Mithilfe von drei von *Cimac* produzierten Videos zeigte uns Lucía Lagunes mehrere Fälle von Ungerechtigkeit und Straflosigkeit, in denen Frauen aus verschiedenen Teilen Mexikos, die in Notwehr gehandelt hatten, nun kriminalisiert werden und Strafen von bis zu 25 Jahren Gefängnis erhielten. Die Video-Serie „Vom Opfer zur Täterin, Frauen und Selbstverteidigung“ (*De víctimas a victimarias, mujeres en defensa propia*) ist eine Zusammenstellung verschiedener Berichte und Radiosendungen. Viele der



Lucía Lagunes zu Besuch

<sup>13</sup> Einen Bericht der Tagung sowie Interviews der mexikanischen Referent\*innen kann man unter <https://www.mexiko-koordination.de/tagung-menschenrechte-mexiko-2019/> abrufen.

Frauen, die auf den Videos zu sehen sind, waren in einer lebensbedrohlichen Situation und hatten in Notwehr gehandelt. Die Männer wurden verletzt oder sogar getötet. Wenn die Frauen sich nicht selbst geschützt hätten, wären sie getötet worden. Aber da sie die Aggressoren verletzten, sind sie nun als Mörderinnen angeklagt. Lucía Lagunes Beitrag stellte andere Perspektiven von Gewalt sowie juristischer und systematischer Gewalt gegen Frauen in Mexiko dar.

Wir bedanken uns sehr bei Lucía Lagunes für ihren Vortrag, vor allem, da sie kurzfristig eingesprungen war. Ursprünglich hatten wir die Veranstaltung mit Yésica Sánchez, Juristin und Leiterin der Organisation *Consortio Oaxaca* geplant. Da sie für den Vorsitz der bundesstaatlichen Menschenrechtskommission von Oaxaca kandidierte, konnte sie nicht nach München kommen. Lucía Lagunes Analyse war eine gute Ergänzung des geplanten Themas: Wir sprachen nicht nur über die extreme Gewalt gegen Frauen, den Feminizid, sondern auch über andere Formen der Kriminalisierung von Frauen, die in Notwehr handeln.

Die Veranstaltung wurde von uns in Kooperation mit Pacta Servanda e.V. und dem Projekt *Abriendo Puertas* (VIA Bayern e.V.) organisiert.

## Theatertournee von Telón de Arena

Dieses Jahr freuten wir uns sehr, unsere Partner\*innen aus Ciudad Juárez, Mexiko zum vierten Mal nach Deutschland einladen zu können.



Plakat der Theatertournee

Die Theatergruppe *Telón de Arena* führte ihr Theaterstück *A la Orilla del Río* (Am Ufer des Flusses) vom 11. bis zum 26. Mai 2019 in München (Premiere), Berlin, Hamburg, Bremen und Bielefeld auf.

Über 400 Personen besuchten die Vorstellungen der Tournee von *Telón de Arena*, die in Zusammenarbeit mit unseren Kolleg\*innen aus den fünf Städten durchgeführt wurde: compagnie Nik und ehrenamtliche Mitarbeiter\*innen des Öku-Büros in München; pbi Regionalgruppe in Berlin; CASA-Gruppe von Amnesty International in Hamburg; Kunst und Kulturverein Speidition e.V. in Bremen; Mexikogruppe im Welthaus Bielefeld, Korima, ASTA der Uni Bielefeld und FH Bielefeld. Die gesamte Tournee wurde

vom Öku-Büro mit finanzieller Unterstützung vom Katholischen Fonds und dem Kulturreferat München organisiert.

*A la Orilla del Río* handelt von familiärem Schicksal und Zerrissenheit durch die Flucht. Durch die humanitäre Aktion #HugsNotWalls (Umar-mungen statt Mauern) der NGO *Border Network for Human Rights*<sup>14</sup> haben die Familien die Möglichkeit, sich an der Grenze zwischen Mexiko und den USA zu treffen. Die Begegnung zwischen den Familien darf nur drei Minuten dauern und stellt für viele Personen die einzige Gelegenheit dar, ihre Verwandten ohne die Gefahr der Abschiebung treffen zu können.

Mit dem Stück „*A la Orilla del Río*“ erzählt uns die mexikanische Theatergruppe, was die Menschen aus Mexiko und Mittelamerika in den USA erleben. Durch die Aufführung des Theaterstücks teilten sie die Erfahrungen der Migration, was es uns ermöglicht, uns in andere hineinzuversetzen, unseren Blick auf Migration zu erweitern und so Vorurteile gegenüber Menschen, die in unsere Länder einwandern, zu vermeiden. Das Theaterstück wurde auf Spanisch mit deutschen Übertiteln aufgeführt.

*A la Orilla del Río* ist ein Stück von Perla de la Rosa. Es spielten Guadalupe Balderrama, Gisela González, Perla de la Rosa, Claudia Rivera, Joan Buitrón, Mario Vera, Humberto Leal und Rubén Ríos.

*Telón de Arena* begeisterte das deutsche Publikum in den zurückliegenden Jahren bereits mit den Stücken *Justicia Negada*, *Enemigo* und *Antígona*. Über das Theaterstück und die Situation der Migrant\*innen in den USA sprach Perla de la Rosa mit dem Öku-Büro in einem Interview: „Die Menschheit braucht stets lange, um die Niedertracht einzugestehen“.<sup>15</sup>

Für 2020 ist eine Tournee von *Telón de Arena* durch Deutschland und Österreich geplant.

## **Politische Gefangene in Mexiko und das Recht auf die Verteidigung der Menschenrechte in Mexiko**

Ende Dezember 2018 freuten wir uns sehr über die Freilassung von Enrique Guerrero und Damián Gallardo. Beide waren im Mai 2013 willkürlich inhaftiert und ohne Urteil fünf Jahre festgehalten worden. Ihre

14 Border Network for Human Rights <http://bnhr.org/>

15 Das Interview kann man unter <https://www.oeku-buero.de/telon-de-arena/articles/die-menschheit-braucht-stets-lange-um-die-niedertracht-einzugestehen.html> abrufen.



Damián Gallardo im EWH München

Fälle wurden von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (UNO) für willkürliche Inhaftierungen beobachtet und die in ihrer Stellungnahme die sofortige Freilassung beider Menschenrechtsverteidiger forderte. Seit 2016 begleitet das Öku-Büro beide Fälle. In März 2017 besuchte unsere Mexiko-Referentin die beiden in dem Hochsicherheitsgefängnis CEFERESO N.º. 2 in Puente Grande, Jalisco, Mexiko.

Im Juni und November 2019 konnten wir die freigelassenen, politischen Gefangenen in Deutschland begrüßen. Sie erzählten uns über ihren Kampf für die Menschenrechte vor, während und nach ihrer Festnahme.

In Mexiko Lehrer zu sein bedeutet oftmals auch, ein politischer und sozialer Aktivist zu sein. Der indigene Lehrer, Menschenrechtsverteidiger, Maler und Dichter Damián Gallardo, Mitglied der Volksversammlung der Völker von Oaxaca (APPO), verteidigt das Recht auf Bildung der indigenen Gemeinschaften der Mixes und Zapoteken. Damián Gallardo Martínez sprach am 11. Juni mit uns in München über die Herausforderungen für den Zugang zu Bildung und die Menschenrechtssituation in Oaxaca. Er stellte seine Bildungsprojekte in den indigenen Gemeinschaften Chinanteca, Zapoteca und Ayuuk der Sierra Norte von Oaxaca vor.

Außerdem las er Gedichte aus seinem im Gefängnis entstandenen Gedichtband „*Fragmentos de un espejo oculto*“ (Fragmente eines versteckten Spiegels). Wir hatten sein Buch in München vorgestellt, als er noch im Gefängnis war. Deswegen war es umso schöner, seinen Text nun in seiner Anwesenheit und in seiner eigenen Stimme zu hören.

Damián Gallardo besuchte im Sommer andere europäische Städte. Er lernte viele seiner internationalen Unterstützer\*innen kennen und verstärkte durch seinen Besuch die globalen Netzwerke. In Deutschland reiste er nach Hamburg, Freiburg, Berlin, München, Köln, Düsseldorf, Stuttgart. In Europa besuchte Damián Gallardo Spanien,



Freiheit für Alle

Belgien, Italien, Frankreich, Irland, und die Schweiz. In Genf stellte er seinen Fall vor dem Komitee gegen Folter der UNO (*Committee Against Torture*, CAT) vor. Er klagte gegen den mexikanischen Staat wegen Folter und Menschenrechtsverletzungen, die er seit seiner Festnahme erlitten hat. Zusammen mit der Menschenrechtsorganisation *Consortio Oaxaca* forderte Damián Gallardo, dass der mexikanische Staat seine Verantwortung dafür anerkennt, die Verantwortlichen anzuklagen und ihnen den Prozess zu machen, sowie dem Menschenrechtsverteidiger Wiedergutmachung zu gewährleisten.

Zum Zeitpunkt seiner Inhaftierung studierte Enrique Guerrero Philosophie an der UNAM und engagierte sich als Gründungsmitglied des Kollektivs *Liquidámbar* für die Förderung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ökologischer Rechte in verschiedenen sozialen Bewegungen.

Das Kollektiv *Liquidámbar* wurde nach seiner Festnahme kriminalisiert. Einige Mitglieder traten aus und andere gründeten das Kollektiv *Enrique Guerrero*.



Gerechtigkeit für die politischen Gefangenen

Im November 2019 reisten Enrique Guerrero und Lenica Morales, Gründungsmitglieder des Kollektivs *Liquidámbar* und des Kollektivs *Enrique Guerrero*, durch Deutschland. Sie besuchten Bremen, Hamburg, Köln, Freiburg, München und Berlin sowie London. Am 22. November sprachen Lenica Morales und Enrique Guerrero in München über die Kriminalisierung der studentischen Bewegung in Mexiko und über die weiteren Projekte ihres Kollektivs. Enrique Guerrero beschrieb die Workshops, die sie Menschenrechtsverteidiger\*innen und Interessent\*innen anbieten: Selbstverteidigung, Selbstfürsorge, Kunst & Theater, Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Begleitung von Opfern. Lenica Morales schilderte zwei Fälle, die ihr Kollektiv begleitet: 1) den



Wir fordern Gerechtigkeit für Arantepacua

Fall der Studentin Lucía Baltazar, politische Gefangene aus Guerrero, die im Jahr 2015 willkürlich festgenommen wurde und als Schleuserin von Migrant\*innen angeklagt ist; 2) den Fall von Arantepacua, einer indigenen Gemeinde in Michoacán, die im Jahr 2017 von der

staatlichen und föderalen Polizei sowie von der Armee mit vier illegalen Hinrichtungen und 38 Schwerverletzten massiv unter Druck gesetzt wurde. Von Deutschland aus führten Enrique Guerrero und Lenica Morales mithilfe von Videos, Briefen und Bildern solidarische Aktionen für die beiden Fälle durch. Enrique Guerrero sprach über seinen Fall in der Zeitung taz.<sup>16</sup>

Was dem Philosophiestudenten Enrique Guerrero und dem indigenen Lehrer Damián Gallardo widerfuhr, sind leider keine Einzelfälle in Mexiko. Menschenrechts- und Umweltverteidiger\*innen, Journalist\*innen sowie Aktivist\*innen werden kriminalisiert und in ihrer Arbeit behindert, indem sie willkürlich inhaftiert, Tathergänge erfunden und Geständnisse unter Folter erzwungen werden.

## Der Waldschützer und politische Gefangene

Einmal im Jahr reist unsere Mexiko-Referentin nach Mexiko, um sich mit den Partnerorganisationen vor Ort zu treffen und zusammen die zukünftigen gemeinsamen Aktivitäten zu planen. Eine ihrer besuchten Stationen war Oaxaca.



Internationale Kampagne für die Freiheit von Pablo López

Am 26. Juli 2019 besuchte unsere Mexiko-Referentin den Menschenrechtsverteidiger Pablo López Alavez im Zentrum für Resozialisierung Nr. 2 (CERESO) in Etlá, Oaxaca. Pablo López ist seit neun Jahren unrechtmäßig

in diesem Gefängnis inhaftiert. Der indigene Zapoteker und Menschenrechtsverteidiger wurde am 15. August 2010 in der Nähe des Río Virgen in seiner Gemeinde San Isidro Aloapam, Oaxaca willkürlich und gewaltsam festgenommen. Seitdem ist er aufgrund falscher Mordanklagen inhaftiert.

Als Vertreter seiner Gemeinde klagte Pablo López die illegale Abholzung des Waldes an und forderte den Erhalt des Waldes. Seine Inhaftierung veranschaulicht die Kriminalisierung als Folge der legi-

<sup>16</sup> Den Artikel „Wir müssen das Land verändern“ kann man unter <https://taz.de/Aktivist-ueber-seine-Haft-in-Mexiko/!5642220/> lesen.

timen Verteidigung von Land und Territorium in Mexiko. Im Juni 2017 wurde sein Fall von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierung aufgegriffen, die in ihrer Stellungnahme 23/2017 die Inhaftierung als willkürlich bezeichnete und seine sofortige Freilassung und Behebung des Schadens forderte. Im November 2018 wurde jedoch seine Verur-



Pablo López im Gefängnis von Etlá, Oaxaca

teilung zu 30 Jahren Haft bestätigt. Der Fall ist von Unregelmäßigkeiten geprägt, die von den Vereinten Nationen und anderen Menschenrechtsorganisationen erkannt und aufgelistet wurden. Die Forderung nach Gerechtigkeit wird bis heute aufrechterhalten.

Nach dem Besuch unserer Referentin in Mexiko waren Yolanda Pérez Cruz, die Frau von Pablo López Alavez und Fátima Ojeda von der feministischen Menschenrechtsorganisation *Consortio* in Europa. Zusammen besuchten sie im September 2019 mehrere europäische Städte. Im EU-Parlament und bei Veranstaltungen informierten sie über Pablo López Alavez' Situation und forderten seine Freilassung. In Berlin trafen wir die beiden Menschenrechtsverteidigerinnen. Als Teil der internationalen Kampagne für die Freilassung von Pablo López veröffentlichten wir einige Interviews<sup>17</sup> und eine Radiosendung auf Deutsch<sup>18</sup> und auf Spanisch<sup>19</sup> und starteten eine Postkartenaktion. Die Postkarte finden Sie diesem Jahresbericht beigelegt und wir bitten Sie, diese zu unterschreiben.

17 Pablo López Alavez: Vom Waldschützer zum politischen Gefangenen: <https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/vom-waldschuetzer-zum-politischen-gefangenen-freiheit-fuer-pablo-lopez-alavez/>, und der Fall Pablo López Alavez: Seit 9 Jahren im Gefängnis wegen der Verteidigung des Waldes: <https://www.oeku-buero.de/nachricht/der-fall-pablo-l%C3%B3pez-alavez.html>

18 Freiheit für Umweltschützer Pablo López Alavez! <https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/freiheit-fuer-inhaftierten-umweltschuetzer-pablo-lopez-alavez/>

19 De defensor del bosque a preso político. Libertad para Pablo López Alavez!: <https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/de-defensor-del-bosque-a-preso-politico-libertad-inmediata-ya-para-pablo-lopez-alavez/>

## Feminizide in Lateinamerika

Auch unsere Expertise zu Mexiko wird für vielfältige Veranstaltungen nachgefragt. Am 07. Dezember fand in den Räumen der Münchner Kammerspiele mit der mexikanischen Autorin Fernanda Melchor und der Aktivistin Penelope Kemekenidou (Gender Equality Media e.V.) eine Lesung und Diskussion zum Thema „Gewalt gegen Frauen und struktureller Sexismus in Lateinamerika und Deutschland“ statt, die von unserem ehemaligen Mexiko-Referenten Daniel Tapia begleitet wurde.



Keine Feminizide mehr! Denkmal in Mexiko-Stadt

## Länderbericht

Zu Beginn des Jahres 2019 hatte die Regierung Ortega-Murillo der Partei FSLN im Machtkampf gesiegt. Mit unverminderter Repression hatte sie jegliche Opposition auf der Straße unmöglich gemacht. Die im Februar begonnenen Verhandlungen mit der oppositionellen *Alianza Cívica* führten zur Freilassung fast aller politischen Gefangenen, aber ein Amnestiegesetz soll dafür sorgen, dass die von den beiden Konfliktparteien begangenen Verbrechen des Jahres 2018 mit hunderten Toten, mit Verschwundenen und Gefolterten für immer straffrei bleiben. Die minimalen politischen Zugeständnisse der Regierung in den Verhandlungen mit der *Alianza Cívica* sind Folgen des steigenden internationalen Drucks und der Hoffnung der Regierung, damit die wirtschaftliche Krise überwinden zu können.

Im September 2018 hatte die nicaraguanische Polizei begonnen, unangemeldete Demonstrationen für illegal zu erklären.<sup>1</sup> Seither ist eine Opposition auf der Straße praktisch nicht mehr möglich. Kundgebungen werden ausschließlich regierungstreuen Organisationen genehmigt und schon die kleinsten Versuche der Opposition, ohne Genehmigung Kritik an der Regierung zu üben, werden sofort von einem riesigen Polizeiaufgebot und Schlägertrupps unterbunden. Sogar Minidemonstrationen in Einkaufszentren werden umgehend aufgelöst.

So war die Situation in Nicaragua, als am 10. Januar 2019 Rafael Solís, Richter am Obersten Gerichtshof (CSJ), seinen Rücktritt erklärte.<sup>2</sup> Der prominente Sandinist und enge Vertraute von Daniel Ortega, der nach seinem Rücktritt nach Costa Rica ins Exil ging, unterstützte in seinem Rücktrittsschreiben alle Anschuldigungen der Opposition, gab der Regierung die Schuld an der Krise seit dem 18. April 2018, beschuldigte sie des Terrors und erklärte, dass die Gefangenen selbstverständlich politische Gefangene seien und die Gerichte ihnen Verbrechen unterstellen würden, die sie nie begangen hätten. Aber Solís blieb ein Einzelfall, die Regierung steckte ihn in die Schublade Verräter und die Opposition, die auf weitere Rücktritte und so auf den Beginn des Endes der Herrschaft des Paares Ortega-Murillo hoffte, hoffte vergebens.

1 <https://www.dw.com/es/la-policía-de-nicaragua-declara-ilegales-las-protestas/a-45685088>

2 <https://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/483132-rafael-solis-renuncia-corte-suprema-justicia/>

## Die Verhandlungen: ein „nationaler Dialog“ unter Männern

Aus dieser Position der Stärke heraus rief Daniel Ortega für den 27. Februar 2019 zu Verhandlungen auf, um „den Frieden im Land zu festigen“<sup>3</sup>. An dem Verhandlungstisch würden sich Vertreter der Regierung und Unternehmer\*innen gegenüber sitzen. Vorausgegangen war diesem Aufruf ein Treffen des Präsidenten mit fünf Großunternehmern. Bei diesem Treffen waren auch der Kardinal Brenes und der apostolische Nuntius Sommertag als „Zeugen“ anwesend. Ganz offensichtlich war die Welt für Daniel Ortega wieder in Ordnung. Um die Probleme des Landes müssen sich die richtigen Leute kümmern: er und seine Regierung, die Vertreter der Wirtschaft und die katholische Kirche. Und die *Alianza Cívica*<sup>4</sup>, die Organisation, die sich aus den Protesten des Jahres 2018 heraus gebildet hatte und seither den „nationalen Dialog“ forderte, spielte mit. Sie war zwar wieder wie beim „nationalen Dialog“ des Vorjahres der offizielle Verhandlungspartner der Regierung, aber die Repräsentant\*innen waren diesmal ganz andere. Unter den sechs Mitgliedern der Delegation und ihren Stellvertreter\*innen befanden sich sechs hohe Vertreter\*innen der Wirtschaft, darunter die Präsidenten des Unternehmerverbandes COSEP und der Amerikanisch-Nicaraguanschen Handelskammer AmCham. Weitere Repräsentant\*innen waren ein Vertreter einer privaten Universität, ein Student, eine Studentin und José Pallais, ein Jurist, der früher unter dem rechten Präsidenten Arnoldo Alemán ein Regierungsamt innehatte. Dazu kamen noch Carlos Tünnermann mit Azahalea Solís als Stellvertreterin, sie hatten schon in den Verhandlungen des Vorjahrs eine wichtige Rolle gespielt. Also nur zwei Mitglieder der Delegation für den „nationalen Dialog“ mit der Regierung waren Frauen. Und beide waren keine ordentlichen Delegierten, sondern nur Stellvertreterinnen.<sup>5</sup> Die Delegation der Regierung setzte sich nur aus Männern zusammen.

Die Verhandlungen verliefen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sehr zäh und in einem Klima des totalen gegenseitigen Misstrauens. Eine Woche benötigten die beiden Parteien allein, um sich auf den Verhandlungsrahmen (*hoja de ruta*) zu einigen. Die *Alianza Cívica* unterbrach mehrmals

3 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:87633-comandante-daniel-ortega-negociacion-para-consolidar-la-paz-con-justicia-y-dignidad>

4 Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia, Zivile Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie <https://www.alianzacivicanicaragua.com/>

5 <https://www.laprensa.com.ni/2019/02/22/politica/2526864-quienes-son-los-representantes-de-la-alianza-civica-en-el-dialogo-nacional>



Verhandlungen: ein nationaler Dialog „unter Männern“

die Verhandlungen: Einmal, als die katholische Kirche die angebotene Vermittlerrolle ablehnte, nachdem die Regierung den von der Kirche vorgeschlagenen Bischof abgelehnt hatte, und einmal, als eine von der *Alianza* initiierte Demonstration für die Freilassung aller politischen Gefangenen von der Polizei brutal unterdrückt worden war. Nach drei Wochen, am 20. März, veröffentlichte die Regierung ein Verhandlungskommuniqué, in dem die Verhandlungspartner\*innen die Einigung auf die Verhandlungsthemen bekannt gaben.<sup>6</sup> Der wichtigste und konkreteste Punkt war die Ankündigung der Freilassung aller Gefangenen innerhalb von 90 Tagen. Die restlichen Themen waren sehr allgemein gehalten. Aber es waren alle Themen enthalten, über die seit den Demonstrationen im April 2018 im Land diskutiert worden war: Wahlrechtsreform, Garantie der demokratischen Rechte und Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Verbrechen seit April 2018. Dass all diese Themen zu Abkommen führen würden, war aber schon deshalb unwahrscheinlich, weil die beiden Parteien im vereinbarten Verhandlungsrahmen ein Ende der Verhandlungen schon für den 28. März angestrebt hatten. In diesem Zeitrahmen wurden am Ende zwei Abkommen verabschiedet, eine Detailvereinbarung zur angekündigten Freilassung der Gefangenen und

6 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:88470-septimo-comunicado-de-la-mesa-de-negociacion-por-el-entendimiento-y-la-paz-en-nicaragua>

ein Abkommen zur „Stärkung der Rechte und Garantien der Bürger“<sup>7</sup>. Dies war der Höhepunkt, aber auch schon das Ende der Verhandlungen. Das erste Abkommen führte zur Freilassung der Gefangenen, auf die sich die Vertragspartner\*innen unter Beteiligung des *Internationalen Roten Kreuzes* geeinigt hatten. Das zweite etwas eigenartige Abkommen, in dem die Regierung den Bürger\*innen praktisch nur ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte bestätigte, scheiterte an der Ausführung. Die *Alianza Cívica* bestand darauf, dass die Umsetzung dieses Abkommens international überwacht werden müsse, die Regierung lehnte dies strikt ab und bestand auf einer nationalen Überwachung durch die von ihr kontrollierte staatliche Menschenrechtskommission. Von da an stagnierten die Verhandlungen und wurden am 19. Juli bei der 40-Jahrfeier der sandinistischen Revolution von Daniel Ortega für beendet erklärt.

## **Ein Amnestiegesetz, das keine Versöhnung bringen kann**

Schon am 27. Februar, kurz vor dem Beginn der Verhandlungen, hatte die Regierung die ersten 100 Gefangenen freigelassen und dies als „Zeichen des guten Willens“ bezeichnet.<sup>8</sup> Es folgten in Abständen weitere Gruppen. Kurz bevor die vereinbarte Frist von 90 Tagen für die Freilassung aller Gefangenen auslief, verabschiedete das Parlament am 8. Juni ein Amnestiegesetz<sup>9</sup>, das 53. Amnestiegesetz in der Geschichte Nicaraguas. Das Gesetz ist sehr kurz. In den vier Artikeln wird nur vage der Kreis der Begünstigten definiert – alle Personen, die seit dem 18. April 2018 bis zum Tag des Inkrafttretens des Gesetzes „an den Ereignissen teilgenommen haben“. Dann wird noch ausdrücklich erwähnt, dass auch alle Fälle, die bisher nicht untersucht wurden, unter die Amnestie fallen, mit anderen Worten die Menschenrechtsverletzungen, für die Polizei und Paramilitärs verantwortlich gemacht worden waren und von denen nicht ein einziger Fall untersucht wurde. Ausgenommen von der Amnestie sind nur Fälle, die durch internationale Abkommen gere-

7 <https://www.alianzacivicanicaragua.com/acuerdo-para-la-facilitacion-del-proceso-de-liberacion-de-personas-privadas-de-libertad-de-conformidad-al-ordenamiento-juridico-del-pais-y-las-respectivas-obligaciones-internacionales-de-nicaragua-en/> und <https://www.alianzacivicanicaragua.com/acuerdo-para-fortalecer-los-derechos-y-garantias-ciudadanas/>

8 [https://www.envio.org.ni/articulo/5622\\_](https://www.envio.org.ni/articulo/5622_)

9 Ley N°. 996 Ley de Amnistía [http://digesto.asamblea.gob.ni/co\\_nslutas/util/pdf.php?type=rdd&rdd=C8yB9pvT%2BIU%3D](http://digesto.asamblea.gob.ni/co_nslutas/util/pdf.php?type=rdd&rdd=C8yB9pvT%2BIU%3D)

gelt sind, denen Nicaragua beigetreten ist. Praktisch bedeutet das aber: Alle Gewalttaten, einschließlich Morde und Anschläge, für die es schon Urteile mit hohen Haftstrafen gibt, sollen vergessen werden. Zu Gerechtigkeit oder Suche nach der Wahrheit findet man kein Wort in dem Gesetz. Im Gegensatz dazu hatten internationale Organisationen wie die *Interamerikanische Kommission für Menschenrechte* (CIDH) für die Einrichtung einer *ustiz* plädiert und ihre Unterstützung dabei angeboten.<sup>10</sup> Die *Alianza Cívica* hatte sich dem angeschlossen. Ein solcher Prozess hätte auch in eine Amnestie gemündet, aber erst nach Beendigung der Arbeit einer allseitig anerkannten Wahrheitskommission. Das wäre ein hoffnungsvoller Versuch gewesen, die tief gespaltene nicaraguanische Gesellschaft zu versöhnen. Die Regierung Ortega-Murillo, die sich selbst als „Regierung



Seminar von MESENI-CIDH für die Zivilgesellschaft zum Thema Übergangsjustiz

der Versöhnung und der nationalen Einheit“ bezeichnet, hat diese Chance zur Versöhnung nicht genutzt.

## Unveränderte Repression

Im Gegenteil, die Regierung verlässt sich weiterhin auf das Mittel der Repression. Viele der entlassenen politischen Gefangenen, die anfänglich nur aus dem Gefängnis in den Hausarrest entlassen worden waren, klagten auch nach dem Inkrafttreten des Amnestiegesetzes über Schikane durch die Polizei und Anhänger der Regierung, bei deren Aktionen

<sup>10</sup> <https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2019/160A.pdf>

die Polizei tatenlos zuschaut. Viel schwerwiegender sind Anschuldigungen von Menschenrechtsorganisationen wie CENIDH, die behaupten, dass es sich bei den Morden in ländlich abgelegenen Gebieten des Nordens um Hinrichtungen an oppositionellen Bauern handle.<sup>11</sup> Bis Mitte des Jahres 2019 zählte CENIDH 25 Fälle, für die CENIDH Polizei und Paramilitärs verantwortlich macht. Detailliert beschrieben werden die Ermordungen von zwei Ex-Contras, die 2018 an *tranques* in der Region aktiv waren. Da zu der Zeit in der Gegend auch Mitglieder der FSLN ermordet worden sind, drängt sich ein Zusammenhang mit den aktuellen Verbrechen auf.

Zwei extreme Beispiele von Repression ereigneten sich im November 2019. Am 14. November begann eine Gruppe von Frauen in der Kirche San Miguel, Masaya, mit einem Hungerstreik für die Freilassung ihrer Söhne aus dem Gefängnis. Die Kirche wurde sofort von der Polizei abgeriegelt und von der Strom- und Wasserversorgung getrennt. In der Nacht zum 15. November versuchte eine Gruppe von 16 Aktivist\*innen der UNAB<sup>12</sup>, unter ihnen die schon im Jahr zuvor verhaftete Amaya Coppens, in die Kirche einzudringen. Die Gruppe wurde sofort von der Polizei festgenommen und des illegalen Waffenhandels beschuldigt. Die regierungskritische Zeitung *Confidencial* überschrieb ihren Bericht dazu mit dem Satz, „Mitglieder der UNAB wurden festgenommen als sie versuchten, Bürger, die in der Kirche eingepfercht waren, mit Lebensmitteln zu versorgen“. Das der Regierung sehr nahe stehende *Radio Primerísima* veröffentlichte am 18. November einen Artikel mit dem Titel „Banditen zur Strecke gebracht, die töten wollten und Panik verbreiten“.<sup>13</sup> In diesem Beitrag, in dem noch von anderen Polizeiaktionen berichtet wird, heißt es, dass die Polizei in den Autos der Aktivist\*innen Waffen und Molotowcocktails gefunden habe. In diesem Fall spricht die Wahrscheinlichkeit sehr für die Version von *Confidencial*. Die Verhafteten wurden inzwischen zwar wieder freigelassen, ein Prozess gegen sie soll aber noch stattfinden. Die Aktion der UNAB war allem Anschein nach

11 [https://www.cenidh.org/media/documents/docfile/INFORME\\_CENIDH\\_julio\\_agosto.pdf](https://www.cenidh.org/media/documents/docfile/INFORME_CENIDH_julio_agosto.pdf)

12 Unidad Nacional Azul y Blanco, Bürgerallianz Blau-Weiß <https://www.unidadnacionalni.com/>  
Mehr zur UNAB in diesem Kapitel im Abschnitt „Die Opposition sucht die Einheit“

13 <https://confidencial.com.ni/regimen-asedia-arresta-y-corta-servicios-en-iglesia-san-miguel-arcangel/> und <http://www.radiolaprimerisima.com/noticias/general/273373/caen-pistoleros-que-querian-matar-y-sembrar-panico/>



„Wasserträger\*innen“ beziehungsweise „Terrorist\*innen“ nach ihrer Verhaftung

als Provokation geplant, die zur Konfrontation mit der Polizei führen musste. Dass man sich dafür den Kofferraum voll Waffen packt, ist sehr, sehr unwahrscheinlich. Die Hungerstreikenden beendeten ihre Aktion nach neun Tagen.

Der andere Fall ereignete sich ein paar Tage später in León. Fidel Domínguez, die Hauptperson des Falles, wurde erst im Laufe des Jahres 2019 Polizeipräsident der Stadt. Vielleicht glaubte er, sich bei seinen politischen Gegnern Respekt verschaffen zu müssen. Wie auch immer, am 25. November erschien bei dem bekannten Regierungsgegner Diego Reyes eine Gruppe von Polizisten. Sie fesselten ihn, seine Ehefrau und seinen Sohn an Stühle und Fidel Domínguez zwang sie, Sätze zu wiederholen, in denen sie versprechen mussten, in Zukunft die Polizei und Mitglieder der FSLN nicht mehr zu ärgern. Die Polizei filmte das Ganze und stellte es ins Netz.<sup>14</sup> Von Konsequenzen für Fidel Domínguez ist nichts bekannt.

Einerseits gibt es die beschriebenen Fälle, bei denen die Repression der Polizei offensichtlich ist, andererseits aber auch Hinweise, dass immer noch Gruppen bei ihrem Widerstand gegen die Regierung Gewalt anwenden. Das schlimmste Beispiel ist eine Schießerei zwischen der Polizei und Bewaffneten am 31. November 2019 in Masaya, bei der es fünf Tote gab, zwei davon waren Polizisten. Der Anführer der Bewaffneten war 2018 aktiv bei den *tranques* in Masaya.<sup>15</sup>

14 “No puedes andar jodiendo a los militantes sandinistas” <https://www.youtube.com/watch?v=OooPfkbn-h4>

15 <https://www.laprensa.com.ni/2019/12/01/nacionales/2616937-policia-ortegui-sta-y-parapoliciales-de-la-dictadura-sitian-masaya>

## Wachsender internationaler Druck durch Sanktionen

Das bisher geschilderte Geschehen in Nicaragua steht in engem Zusammenhang mit Ereignissen auf internationaler Ebene. Dort wird an verschiedenen Stellen versucht, Druck auf die Regierung Ortega auszuüben. Offiziell geht es darum, eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zu bewirken, sicherlich aber auch darum, die nicaraguanische Opposition zu unterstützen. Zum einen beschäftigte sich die OAS mit der Situation in Nicaragua, zum anderen verhängte die Regierung der USA Sanktionen gegen einzelne Personen und inzwischen auch gegen nicaraguanische Unternehmen aus dem Umkreis des Präsidentenpaares. Bis Ende 2019 gab es Sanktionen gegen 16 Personen, gegen drei Mitglieder der Familie Ortega-Murillo und gegen dreizehn Regierungsmitglieder oder enge Vertraute.<sup>16</sup> Darüberhinaus wurden mehrere Unternehmen sanktioniert, die enge Beziehungen zum Präsidentenpaar haben. Die beiden wichtigsten sind die Bank *Banco Corporativo* (Bancorp) und das Tankstellennetz *La Distribuidora Nicaragüense de Petróleos* (DNP). Besonders an DNP zeigt sich das Zwiespältige an wirtschaftlichen Sanktionen. Auf der einen Seite sind sie wirksam – ohne Sanktionen wäre Ortega wohl nie an den Verhandlungstisch zurückgekehrt –, auf der anderen Seite können sie die Wirtschaft so stark treffen, dass sie der gesamten Bevölkerung schwer schaden. Dies befürchtet man für die Treibstoffversorgung nach der Sanktionierung von DNP. Die Sanktionen sind Konsequenzen des US-Gesetzes, das unter dem Namen *Nica Act* bekannt ist.<sup>17</sup> Dieses Gesetz enthält auch die Aufforderung an das US-Finanzministerium, sich dafür einzusetzen, dass Nicaragua bei internationalen Finanzorganisationen keine Kredite mehr bekommt. Das hätte, noch dazu in der aktuellen wirtschaftlichen Lage, erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Nicaragua. Aus diesen Gründen lehnt das Ökumenische Büro Sanktionen, die der Bevölkerung schaden, ab. Das gilt gleichermaßen für die Bestrebungen, Nicaraguas Mitgliedschaft in dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika auszusetzen.

Die Sanktionen spielten auch eine wichtige Rolle beim Scheitern der Verhandlungen zwischen der Regierung Ortega und der *Alianza Cívica*. Das Aus kam, als die Regierung der *Alianza Cívica* mitteilte, dass sie, um die Verhandlungen fortzusetzen, das Ende der Sanktionen verlangen müsse. Als die *Alianza* sich weigerte, brach Daniel Ortega die Verhand-

16 <https://www.univision.com/noticias/america-latina/payo-ortega-operador-financiero-e-hijo-mayor-de-daniel-ortega-sancionado-por-estados-unidos>

17 <https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/1918>

lungen ab. Die *Alianza* stellte sich auf den Standpunkt, dies sei im Verhandlungsrahmen anders vorgesehen.<sup>18</sup>

Bedeutende Organisationen in Nicaragua, darunter auch der Projektpartner des Ökumenischen Büros, das *Movimiento Comunal Nicaragüense*, lehnen die Forderung der Opposition nach Sanktionen ab. Die Opposition sei bereit, „die nationale Ökonomie zu zerstören, um politische Ziele zu erreichen, ohne dabei die Auswirkungen auf die Bevölkerung zu berücksichtigen“.<sup>19</sup>

## Schrumpfende Wirtschaft, wachsende Armut

Als Folge der Ereignisse des Jahres 2018 steckt die nicaraguanische Wirtschaft in einer schweren Krise. Nach mehreren Jahren mit dem höchsten Wachstum in Zentralamerika von über 4 Prozent ist 2019 das Bruttoinlandsprodukt nach 2018 ein zweites Mal gesunken. Nachdem die Wirtschaft 2018 um 3,5 Prozent geschrumpft war, waren es 2019 sogar 4,5 Prozent. Als Ovidio Reyes, der Präsident der Zentralbank, vor kurzem diese Zahlen bekannt gab, meinte er, das Schlimmste sei damit vorbei.<sup>20</sup> Zu diesem Optimismus passt es aber nicht, dass sich die Zentralbank allem Anschein nach mit Veröffentlichungen zurückhält. Gerade in Bereichen, in denen die Krise die schlimmsten Auswirkungen hatte, wie zum Beispiel Baugewerbe, Tourismus und finanzielle Zusammenarbeit, gibt es bisher für das Jahr 2019 keine Zahlen. Der Ökonom Néstor Avendaño jedenfalls sieht besorgt in die Zukunft und begründet dies mit eindrucksvollen Zahlen zur Lage der Beschäftigung und des privaten Verbrauchs.<sup>21</sup> Wenn die Zahl der Sozialversicherten von 2017 auf 2019 um fast 180.000 zurückgegangen ist, dann bedeutet dies, dass nur noch 19,2 Prozent versichert sind, das heißt über 80 Prozent im informellen Sektor ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Aber auch

18 Dort steht: „Zu gegebener Zeit und in gegenseitigem Einverständnis werden die Verhandlungspartner einen Appell an die internationale Gemeinschaft richten, die Sanktionen aufzuheben ...“ siehe Fußnote 6

19 <http://www.mcnicaraguense.org/principales-ejes-de-trabajo/defensa-de-la-economia-familiar/740-sectores-sociales-se-pronuncian-ante-tesis-social-y-politica>

20 <https://www.laprensa.com.ni/2020/01/23/economia/2632731-ovidio-reyes-presidente-del-bcn-cree-que-lo-peor-de-la-recesion-y-el-desempleo-ya-paso-en-nicaragua>

21 <https://nestoravendano.wordpress.com/2019/12/22/2020-mas-problemas-y-preocupaciones/>

viele derjenigen, die ihre sozialversicherte Beschäftigung nicht verloren haben, müssen mit weniger auskommen. Denn der Mindestlohn, an dem sich die Lohnabschlüsse orientieren, ist seit September 2018 nicht mehr erhöht worden. Die Lebenshaltungskosten sind jedoch gestiegen. Grund dafür ist eine Steuerreform von Anfang 2019. Außerdem wurden die Beiträge zur Sozial- und Rentenversicherung (INSS) erhöht, so wie dies schon im April 2018 geplant war und damals zu den Protesten mit vielen Toten geführt hatte. Es gibt Spekulationen, dass es Kostensteigerungen bis zu 30 Prozent sein könnten.<sup>22</sup> Das alles bewirkt, dass die Zahl der Armen in Nicaragua gewachsen ist. Von 23,4 Prozent im Jahr 2017 auf 26,6 Prozent im Jahr 2019, das heißt 1,72 Millionen galten im Jahr 2019 als arm.

## Die Opposition sucht die Einheit

Die aus den Protesten im April 2018 hervorgegangene Oppositionsbewegung hatte den Traum, dass die Macht des Paares Ortega-Murillo in sich zusammenbrechen würde, schon im Jahr 2018 begraben müssen. Im darauffolgenden Jahr 2019 musste sie einsehen, dass auch vorgezogene Neuwahlen nicht zu erreichen sind. Seither strebt sie eine Wahlrechtsreform an und bereitet sich darauf vor, bei den nächsten Wahlen im Jahr 2021 als Partei anzutreten. Einen Namen dafür hat sie schon – *Nationale Koalition* –, aber sonst nur eine Menge unbeantworteter Fragen. Dass bei Wahlen nur eine geeinte Opposition eine Chance gegen die FSLN haben wird, leuchtet ein. Dass man auf dem Weg zu einer geeinten nationalen Opposition sich erst einmal trennen muss, ist dagegen kaum zu verstehen. Aus den Protesten des Jahres 2018 waren zwei politische Gruppierungen hervorgegangen. Mit dem nationalen Dialog im Mai 2018 entstand als Verhandlungspartner der Regierung die *Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia*, aber es existierten auch noch andere oppositionelle Gruppen, die Widerstand gegen die Regierung Ortega leisteten. Im Oktober beschloss daher alle diese Gruppen sich zu vereinen und eine „gemeinsame Front“ zu bilden, die sie *Unidad Nacional Azul y Blanco* (UNAB) nannten.<sup>23</sup> Jetzt auf dem Weg zur nationalen Einheit ist die *Alianza Cívica* als erstes aus der UNAB ausgetreten. Sie will ihr Profil schärfen. Es scheint, dass die Opposition auf dem Weg zu einer ganz normalen rechten nicaraguanischen Partei ist, das heißt zu einer politischen Kraft, die sich um die Ambitionen ihrer Führungsschicht kümmert und nicht um das Wohl

<sup>22</sup> <https://confidencial.com.ni/el-golpe-final-de-la-reforma-tributaria/>

<sup>23</sup> <https://confidencial.com.ni/nace-la-unidad-nacional-azul-y-blanco/>

der Bevölkerung. Solche Parteien gibt es genügend in Nicaragua. Eine weitere dient dem Land in der aktuellen schwierigen Situation bestimmt nicht, und die FSLN müsste sie auch bei Wahlen nicht fürchten.

Zur Einschätzung der nicaraguanischen Opposition gehört auch der Fall Álvaro Leiva von ANPDH. Die aus den USA heraus finanziell unterstützte Menschenrechtsorganisation ANPDH war nach dem April 2018 dadurch aufgefallen, dass sie immer die höchsten Zahlen an Toten, Verletzten und Verhafteten publizierte. Im August 2018 war ihr Direktor



Vorstellung der Großen Koalition

Álvaro Leiva nach Costa Rica ins Exil gegangen und hatte dort eine neue Organisation aufgebaut.<sup>24</sup> Im Juni 2019 wurde bekannt, dass die weiterhin in Nicaragua existierende ANPDH schwere Vorwürfe gegen Álvaro Leiva erhob. Es ging um die Veruntreuung von fast einer halben Million Dollar, Unterschriftenfälschungen und, was am schlimmsten ist, um falsche Zahlen bei der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen. Gemeint sind damit wohl überhöhte Opferzahlen, um die Geldgeber\*innen zufriedenzustellen. Auch dieser Fall zeigt, dass es in einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft wie Nicaragua immer sehr schwer ist, die Interessen hinter den Emotionen zu erkennen. Das wirft wieder einmal die Frage auf, wie unabhängig NGOs und Medien noch sind, wenn sie finanziell von externen Geldgeber\*innen abhängen. Sicher ist dabei nur, dass wenn eine Gesellschaft so tief gespalten ist wie Nicaragua

<sup>24</sup> <https://kaosenlared.net/nicaragua-alvaro-leiva-la-anpdh-y-el-destape-de-las-mentiras/> und <https://confidencial.com.ni/anpdh-ensenanzas-de-la-controversia/>

im Augenblick, die internationale Gemeinschaft besonders sorgfältig und genau hinschauen sollte, wenn sie wirklich daran interessiert ist, zu verstehen, was dort geschieht.

Wir werden die Entwicklungen in Nicaragua weiter – nicht ohne Sorge – intensiv verfolgen.



Ikonen der Revolution: Statuen von Tomás Borge und Carlos Fonseca in Matagalpa

## Aktivitäten zu Nicaragua

### **31. Januar, EineWeltHaus: Krise in Nicaragua: Regime-Change abgewehrt oder Demokratiebewegung blutig unterdrückt?**

Bei der Veranstaltung gingen wir der Frage nach, inwiefern der am 18. April in Nicaragua ausgebrochene gewalttätige Konflikt einen von den USA aus gesteuerten Umsturzversuch darstellte oder es sich um die gewalttätige Unterdrückung einer Demokratiebewegung handelt. Der eingeladene Referent Matthias Schindler aus Hamburg wies auf strukturelle Ursachen der Krise hin, wie mangelnde demokratische Freiheiten und den Pakt der Regierung Ortega mit Teilen des Unternehmertums sowie der katholischen Kirche. Unser Nicaragua-Referent hingegen zeigte, dass die führenden Organisationen in der Protestbewegung durchaus bedeutende finanzielle und politische Unterstützung vonseiten der USA erhalten und innerhalb der politischen Führung der Opposition Vertreter\*innen der Rechten sowie der traditionellen Oligarchie eine wichtige Rolle spielen.

### **19. März, Daneben, Gaby Baca : La Baca Loca y lxs chocoitxs - Vortrag und Musik aus Nicaragua**

Angesichts der sozialen und politischen Krise in Nicaragua berichtete die Musikerin Gaby Vaca vor und während ihres Konzertes über die aktuelle Situation in Nicaragua. Einen Schwerpunkt legte sie dabei auf die feministische Perspektive. Hugo Quiroz ging darüber hinaus auf die Situation junger Menschen in seiner Heimatstadt Masaya ein.

### **Dienstreise nach Nicaragua**

Im April bereiste unser Nicaragua-Referent das Land. Er besuchte verschiedene Städte und Gemeinden unserer Partnerorganisation, um ein Bild von der Lage und dem Konflikt in Nicaragua aus erster Hand zu gewinnen. Allgemein stellt sich die Situation vor Ort als eine hochkomplexe Realität dar, in der es sehr schwierig erscheint, die „Guten“ und die „Bösen“ eindeutig auszumachen. Wie so oft sind es allerdings die ärmeren Teile der Bevölkerung, die am meisten unter der Krise und dem Machtkampf zweier konkurrierender politischer Blöcke zu leiden haben.



Besuch im Stadtviertel Carlos Marx in Managua – In diesem Haus kamen 2018 im Zuge der Proteste sechs Menschen durch Brandstiftung ums Leben.

Auf Basis der vor Ort getätigten Recherchen veröffentlichte unser Büro einen Beitrag für das Nachrichtenportal Amerika21, der bundesweit viel Resonanz fand.<sup>1</sup> Die „Eindrücke aus Nicaragua“ sind auch auf unserer Website zu finden.<sup>2</sup>

## **Bundestagsabgeordnete treffen sich mit Vertreter\*innen des Movimiento Comunal Nicaragüense**

Im Rahmen unseres Engagements im Runden Tisch Zentralamerika für Menschenrechte vermittelten wir einen Besuch von deutschen Bundestagsabgeordneten bei unserer Partnerorganisation, dem Movimiento Comunal Nicaragüense in Leon. Ziel des Treffens war, den Politiker\*innen einen Eindruck der Perspektive der ländlichen Gemeinden in Nicaragua auf die dortige soziale, ökonomische und politische Situation zu vermitteln.

1 <https://amerika21.de/analyse/226237/eindruecke-aus-nicaragua-reisebericht>

2 <https://www.oeku-buero.de/nachricht-502/eindr%C3%BCcke-aus-nicaragua.html>

## **12. - 31. Oktober: Referent\*innenrundreise: Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt**

Der Bericht zu unserer Referent\*innenrundreise: Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt mit Janett Castillo aus Nicaragua (MCN-Region Matagalpa) und José Guevara aus El Salvador (MOVIAC / ACUDESBAL – Region Bajo Lempa) findet sich im Kapitel Klima, Unternehmen und Menschenrechte dieses Jahresberichts.

### **Durch Spenden geförderte Projekte**

Auch 2019 konnten wir durch eingenommene Spenden Aktivitäten des *Movimiento Comunal Nicaragüense* (MCN) unterstützen.

### **CULTURA DE PAZ Y PREVENCIÓN DE LA VIOLENCIA – Kultur des Friedens und Gewaltprävention**

Das Projekt soll zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit beitragen. Es findet in zehn Stadtteilen und Gemeinden im Landkreis San Ramón statt. Dabei wurden im vergangenen Jahr Workshops zur Sensibilisierung von Jugendlichen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Gewalt durchgeführt sowie Treffen von Selbsthilfegruppen junger Mütter. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Projektes psychologische Betreuung für Jugendliche angeboten und die Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Stellen für Gesundheit und Bildung ausgebaut.

Der finanzielle Rahmen des Projektes bewegt sich um die 10.000€.

## Stärkung des MCN / Matagalpa

Zu Jahresbeginn konnten wir Initiativen zur Stärkung der Organisation des MCN-Matagalpa unterstützen. Teil des Projektes waren Treffen von Vertreter\*innen der verschiedenen Landkreise, von Frauen und Jugendlichen. Das Projekt wurde mit Spenden und Eigenmitteln des Büros unterstützt und hatte einen Umfang von circa 1.000€.

## Projekt ökologische Landwirtschaft und Anpassung an den Klimawandel

Mit den im Rahmen des Projektes Klimasolidarität eingenommenen Spenden unterstützten wir Aktivitäten des Klimanetzwerkes in Esquipulas und San Dionisio. Durch die Förderung wurden neue Messgeräte zur Klimaauzeichnung beschafft. Weiterhin wurden zwei Netzwerktreffen, der Druck eines Klima-Bulletins sowie eine Informationskampagne im Radio über den Klimawandel finanziert. Das Projekt hatte einen Umfang von circa 850€.



Projekt zur Förderung einer Kultur des Friedens im Landkreis San Ramón

## Länderbericht

Im Jahr 2019 fand in El Salvador der erwartete Machtwechsel statt. Nach zehn Jahren wurde die linke FMLN abgewählt. Der neue Präsident Nayib Bukele stützt seine Macht auf Teile der Oligarchie, Ex-Militärs und Marionetten der Vereinigten Staaten. Die geschwächte Linke hingegen steht vor der schweren Herausforderung, ein neues glaubhaftes Projekt für die Zukunft entwickeln zu müssen.

### Nayib Bukele gewinnt die Präsidentschaftswahlen

Das Jahr 2019 stand ganz unter dem Eindruck und den Folgen der Präsidentschaftswahlen vom 3. Februar. Wie erwartet setzte sich der 37-jährige Nayib Bukele mit fast 54 Prozent der abgegebenen Stimmen bereits im ersten Wahlgang klar durch. Bukele kandidierte unter der Flagge der rechten Partei GANA (Gran Alianza por la Unidad Nacional). Abgestraft wurden hingegen Carlos Calleja von der rechtsgerichteten Arena-Partei mit 32 Prozent und der Kandidat der seit zehn Jahren regierenden FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) Hugo Martínez mit 15 Prozent. Dass Bukele die großen Parteien Arena



Neuer Präsident El Salvadors: Nayib Bukele

und FMLN bereits im ersten Wahlgang geschlagen hatte, führten viele Analysten auf sein junges Alter, seine Popularität in sozialen Medien und seine Erfolge als Bürgermeister von Nuevo Cuscatlán und San Salvador zurück. Im Wahlkampf inszenierte sich Bukele als „Politiker des Wandels“ und punktete wohl auch damit, dass er selbst nicht mit politischen Funktionen zu Zeiten des Bürgerkrieges in Verbindung gebracht werden konnte.

Der Schwerpunkt seines Wahlkampfes war die Bekämpfung der Korruption. Was der reiche Unternehmer Bukele als Präsident für El Salvador jedoch konkret erreichen will, war und ist nach wie vor nicht wirklich zu erkennen. Im Wahlkampf hatte er Interviews und öffentliche Auftritte weitgehend vermieden. Seine Botschaften verbreitete er lediglich über



Wasser darf nicht verkauft werden – Protest gegen die Wasserprivatisierung in El Salvador

die sozialen Netzwerke, in denen er sich gut in Szene setzen und seine Erfolge mit vielen Bildern demonstrieren konnte.<sup>1</sup>

## Soziale Bewegungen befürchten neoliberale Politik

Gegenüber dem Öku-Büro formulierten soziale Bewegungen jedoch bereits vor der Amtsübernahme von Nayib Bukele am 1. Juni zahlreiche Bedenken. Diese waren zum einen darin begründet, dass Bukele und seine Bewegung Nuevas Ideas (NI – Neue Ideen) keine eigene Basis im Parlament haben und deshalb bei der Durchsetzung ihrer Vorhaben von den Stimmen der rechten und ultrarechten Parteien abhängig sein werden. Eine effektive Korruptionsbekämpfung scheint folglich allein aufgrund dieser realen Machtkonstellation faktisch unmöglich. Gleichzeitig bezeichnen Beobachter\*innen die Partei GANA, für die Bukele als Kandidat antrat, als ein Sammelbecken der Oligarchie und Bourgeoisie, von Demagogen, Kapitalisten, Ex-Militärs und Marionetten der Vereinigten Staaten.

Konkrete Sorgen bereiteten bekanntgewordene Pläne zur Errichtung einer Sonderwirtschaftszone im Südosten El Salvadors. Neben dem Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Häfen und dem Bau eines neuen Flughafens, soll an der Pazifikküste ein riesiges Tourismuszentrum, das

1 <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/el-salvador-nayib-bukele-gewinnt-praesidentschaft-im-ersten-wahlgang.html>

Cancún Zentralamerikas, entstehen. Vertreter\*innen sozialer Organisationen sehen in diesem Projekt jedoch keinen Nutzen für die dort lebende Bevölkerung. Profitieren würden nur finanzstarke Investor\*innen beziehungsweise die großen Supermarktketten, die ihre Produkte dann den Tourist\*innen verkaufen könnten. Es ist davon auszugehen, dass diese Pläne nur durch Umsiedlung und Vertreibung der lokalen Bevölkerung realisiert werden können. All das ist nicht unbedingt neu. Besorgniserregend ist jedoch, dass Bukele bereits angekündigt hat, in Zukunft Projekte, die der wirtschaftlichen Entwicklung dienen, nicht durch Umweltauflagen oder Ähnlichem behindern zu wollen.

Weiterhin offen ist die Frage der drohenden Privatisierung der Wasserversorgung. Ein entsprechendes im Parlament eingebrachtes Gesetz liegt nach massiven Protesten der Bevölkerung in der Vergangenheit weiterhin auf Eis.<sup>2</sup> Aktivist\*innen, welche sich in der Vergangenheit für das Menschenrecht Wasser eingesetzt hatten, werden jedoch nach wie vor juristisch verfolgt.<sup>3</sup>

Zum Thema Wasser in El Salvador hat das Ökumenische Büro ein Fact-Sheet veröffentlicht. Dieses steht online sowie in gedruckter Version zur Verfügung.<sup>4</sup>

## **Programm der Regierung Bukele ist weiterhin undurchsichtig**

Die konkrete Politik Bukeles in den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit hingegen gestaltete sich wenig konkret und undurchsichtig. So wies er in seiner Antrittsrede darauf hin, dass Reformen unternommen werden müssten, die auch ein wenig schmerzhaft sein könnten. Per Twitter entließ er dann relativ schnell um die 400 Staatsbedienstete. Angeblich hätten diese ihre Posten nur aufgrund ihrer Nähe zur ehemaligen Regierungspartei FMLN erhalten. Kritiker\*innen halten dieses Vorgehen für rechtlich sehr fragwürdig.<sup>5</sup> Besorgniserregend ist, dass diese allem

2 <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/ein-rechter-pr%C3%A4sident-ohne-programm-in-el-salvador.html>

3 <https://arpas.org.sv/2019/11/fgr-insiste-en-criminalizar-a-defensores-del-agua-de-tacuba/>

4 [https://www.oeku-buero.de/files/docs/Factsheets/FactSheet09\\_WEB.pdf](https://www.oeku-buero.de/files/docs/Factsheets/FactSheet09_WEB.pdf)

5 <https://lta.reuters.com/articulo/politica-salvador-bukele-idLTAKN1T72PB>

Anschein nach politisch motivierte Entlassungswelle bis zum Ende des Jahres 2019 weiter anhält.<sup>6</sup>

## Neuverschuldung und Haushaltsschwerpunkte

In der Vergangenheit kritisierte Bukele die Haushaltspolitik seiner Vorgänger. Seiner Meinung nach wäre stetige Neuverschuldung nur aufgrund von Korruption und Ineffizienz notwendig gewesen. Etwas seltsam erscheint folglich die Tatsache, dass Bukele nun als Präsident für das Jahr 2020 einen Haushalt von ca. 5,7 Milliarden Dollar aufstellt, bei dem rund 750 Millionen Dollar (13,3%) durch Neuverschuldung finanziert werden sollen. Während der Sektor der inneren Sicherheit (+11,2%) sowie des Verteidigungsministeriums (+18,5%) einen ordentlichen Zuwachs erfahren<sup>7</sup>, werden 47 von der FMLN Regierung eingeführte Sozialprogramme zusammengestrichen.<sup>8</sup>

Diese veränderte Prioritätensetzung geht mit einem neuen von Bukele eingesetzten Sicherheitskonzept einher, dem *Plan de Control Territorial* (Plan der Territorialen Kontrolle) einher. Dieser legt seine Schwerpunkte auf drei Bereiche: 1. die Kontrolle der Gefängnisse, 2. das Unterbrechen der Finanzströme des organisierten Verbrechens sowie 3. die Stärkung der Sicherheitskräfte.<sup>9</sup> Saul Baños von FESPAD (Stiftung zur Erforschung der Anwendung des Rechts) kritisiert, dass das Sicherheitskonzept des neuen Präsidenten wieder einmal einseitig auf die Anwendung der Repression setzen würde. Teilhabemöglichkeiten der Zivilgesellschaft würden zunehmend eingeschränkt. Allgemein jedoch sei es schwierig, eine endgültige Bewertung der Pläne Bukeles im Bereich Sicherheit vorzunehmen, weil die konkreten Vorhaben der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht würden.<sup>10</sup>

6 <https://www.izcanal.org/siguen-los-despidos-nuevamente-de-al-menos-un-centenar-por-parte-del-gobierno/>

7 <https://www.elsalvador.com/eldiariodehoy/presupuesto-2020-es-de-6426-millones-y-requiere-creditos-por-755-millones/645093/2019/>

8 <https://www.prensa-latina.cu/index.php?o=rn&id=327864&SEO=excluyen-programas-sociales-de-presupuesto-de-el-salvador>

9 <https://forbescentroamerica.com/2019/07/19/en-que-consiste-el-plan-de-seguridad-de-nayib-bukele/>

10 <https://mundo.sputniknews.com/america-latina/201912101089583642-fundacion-revela-politizacion-en-planes-de-seguridad-salvadorenos-tras-fin-de-guerracivil/>



Bayer-Monsanto soll in Zukunft die Landwirtschaft mit genmanipuliertem Saatgut versorgen.

## Außenpolitik folgt der Linie der Vereinigten Staaten

Auch im Hinblick auf die Außenpolitik lässt sich keine wirkliche Strategie des neuen Präsidenten erkennen. Zwar erkennt der ehemalige Botschafter El Salvadors in der UNO, Rubén Zamora, dass Bukele in seiner Außenpolitik das unternimmt, was die USA von ihm verlangen. Ein Konzept beziehungsweise eine außenpolitische Vision sei darüber hinaus jedoch nicht zu erkennen.<sup>11</sup> Diese Tatsache wird vielleicht am besten durch den Auftritt des neuen Präsidenten in der Vollversammlung der Vereinten Nationen deutlich. Anstatt seine Redezeit zur Abhandlung bedeutender weltpolitischer Fragen zu nutzen, zückte er sein Smartphone, um öffentlichkeitswirksam ein Selfie aufzunehmen. Dabei rechtfertigte Bukele diesen bizarren Auftritt damit, dass sämtliche in der UNO gehaltenen Reden während der Sitzungswoche weniger Bedeutung hätten als ein Video auf You-Tube.<sup>12</sup>

11 <https://www.elsalvador.com/eldiariodehoy/ruben-zamora-la-politica-exterior-del-presidente-nayib-bukele-parece-limitarse-a-congraciarse-con-estados-unidos/660008/2019/>

12 <https://www.dw.com/es/bukele-se-toma-selfi-en-estrado-de-la-onu-para-denunciar-su-formato-obsolete/a-50600113>

## Weg frei für genmanipuliertes Saatgut!

Beim Thema Ökologie und Landwirtschaft zeigte der neue Präsident einmal mehr, dass er im Zweifelsfalle eher aufseiten der großen transnationalen Unternehmen steht als an der Seite der einfachen Bevölkerung. Hatte die linke Vorgängerregierung das Saatgut für die Hilfspakete der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern noch bei einheimischen Landwirtschaftskooperativen gekauft, sollen diese in Zukunft mit genmanipuliertem Saatgut von Bayer Monsanto ausgestattet werden. Neben den ökologischen Folgen könnte dies laut der Bauern- und Bäuerinnenvereinigung CONFRAS (*Confederación de Federaciones de la Reforma Agraria Salvadoreña*) unzählige Kooperativen in die Insolvenz treiben, da diese durch die Entscheidung der neuen Regierung einen wichtigen Abnehmer ihrer Produkte verlieren würden.<sup>13</sup> In Zukunft sind in diesem Bereich weitere Konflikte vorprogrammiert. Denn während Bukele allem Anschein nach auch in Zukunft relativ rücksichtslos die Interessen großer landwirtschaftlicher Unternehmen durchsetzen möchte, versuchen Basisbewegungen die ökologische und nachhaltige Landwirtschaft in den Gesetzen El Salvadors zu verankern.<sup>14</sup>

Auch bei weiteren bedeutenden Themen lassen sich in der Politik des selbsternannten Erneuerers keine wirklichen Fortschritte erkennen. Zur Aufarbeitung für im Bürgerkrieg begangene Menschenrechtsverletzungen wurde dem Parlament das *Ley de Reconciliación* (Versöhnungsgesetz) vorgelegt. Doch anstatt zur Versöhnung beizutragen, würde damit laut dem Menschenrechtsanwalt David Morales die anhaltende Straffreiheit weiterhin fortbestehen. Darüber hinaus wird kritisiert, dass dieses Gesetz ohne die Einbeziehung der Opfer erarbeitet wurde.<sup>15</sup>

## Strukturelle Ursachen für Armut, Ungleichheit, Gewalt und Migration werden nicht angegangen

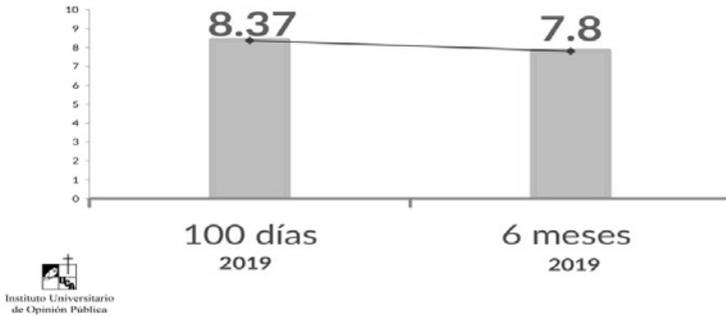
Angesichts dieser und anderer Maßnahmen der Politik Nayib Bukeles stellt das Strategische Lateinamerikanische Zentrum für Geopolitik CELAG (*Centro Estratégico Latinoamericano de Geopolítica*) ein schlechtes Zeugnis für die ersten 100 Tage seiner Amtszeit aus. So hätte Bukele

13 <https://verdaddigital.com/cooperativas-podrian-quebrar-si-se-compra-semilla-transgenica-a-bayer/>

14 <https://verdaddigital.com/moviac-propone-ley-de-fomento-de-la-agroecologia/>

15 <https://arpas.org.sv/2019/12/organizaciones-denuncian-que-asamblea-insiste-en-crear-ley-que-garantizaria-impunidad/>

## Nota del presidente Nayib Bukele



Der neue Präsident wird von der Bevölkerung im Großen und Ganzen positiv bewertet.

lediglich die „reaktionärsten“ Versprechen erfüllt. Allerdings ließe sich bisher nicht erkennen, wie die strukturellen Ursachen für Armut, Ungleichheit, Gewalt und Migration beseitigt werden sollen. Auch bezogen auf das wichtigste Wahlkampfversprechen, die Bekämpfung der Korruption, lässt Bukele keine glaubwürdige Strategie erkennen. So ist nach wie vor unklar, ob es zu einer internationalen Kommission zur Bekämpfung der Korruption kommen soll beziehungsweise welche Kompetenzen diese haben würde. Außerdem scheint auch Bukele zum Realisieren seiner Projekte, wie dem Plan Cuscatlán, auf die „geheime Kasse“ des Präsidenten zurückzugreifen. Als „geheime Kasse“ wurden in der Vergangenheit Ausgaben der Präsidenten bezeichnet, für die öffentlich keine Rechenschaft geleistet werden musste. Eine Praxis, die Bukele heftig kritisiert hatte und der er eigentlich ein Ende bereiten wollte.<sup>16</sup>

Trotz dieser bisher sehr undurchsichtigen Politik erhält Bukele bei Umfragen gute bis sehr gute Bewertungen. Zwar geben laut Zahlen des *Centro de Estudios Ciudadanos* (CEC, Zentrum für Bürgerforschung) 78 Prozent der Befragten an, dass die wirtschaftliche Situation des Landes sich nicht verbessert habe. Auf einer Skala von null bis zehn wird der neue Präsident jedoch mit 8,39 Punkten sehr positiv bewertet. Eine ähnliche Tendenz (7,8) ergibt sich bei Erhebungen des Instituto Universitario de Opinión Pública (IUDOP – Umfrageinstitut der Zentralamerikanischen Universität UCA).<sup>17</sup>

<sup>16</sup> <https://www.celag.org/bukele-demasiado-para-100-dias/en>

<sup>17</sup> <https://forbescentroamerica.com/2020/01/15/nayib-bukele-mantiene-aprobacion-ciudadana-pese-a-una-baja-en-calificacion/>



Soziale Bewegungen diskutieren die Auswirkungen neoliberaler Politik.

Dies kann zum einen damit zusammenhängen, dass die Bevölkerung bereit ist, Bukele mehr Zeit zu geben, seine Versprechen in die Tat umzusetzen. Bukele sagt ja selbst, dass es erst der Anfang seiner Regierungszeit sei. Zum anderen gilt auch zu bedenken, dass es dem Präsidenten gelingt, durch eine offensive Kommunikationsstrategie den Anschein einer erfolgreichen Regierungsführung zu suggerieren. So wurde sein repressives und undurchsichtiges Sicherheitskonzept sehr medienwirksam als Erfolg dargestellt. Außerdem verkündete Bukele auch Maßnahmen, die später einfach nicht umgesetzt werden. Ein Beispiel dafür ist der versprochene Kauf dreier Boote für den Krankentransport auf der Insel La Pirraya im Departement Usulután.<sup>18</sup>

Auch bezogen auf die Diskriminierung und die Gewalt gegen die LGBTI-Community hatte Bukele angekündigt, diesem Problem besondere Aufmerksamkeit widmen zu wollen. In diesem Zusammenhang wurde ein Dreipunkteplan angekündigt. Auf Nachfrage von Journalist\*innen Ende Oktober konnten die zuständigen Stellen jedoch keinerlei konkretere Angaben über die angeblich existierenden Pläne vorlegen.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> <https://gatoencerrado.news/2019/10/02/no-todo-lo-que-bukele-ordena-en-twitter-se-vuelve-realidad/>

<sup>19</sup> [https://elfaro.net/es/201911/el\\_salvador/23760/Federaci%C3%B3n-LGBTI-cuestiona-el-desamparo-a-la-diversidad-sexual-en-el-nuevo-gobierno.htm](https://elfaro.net/es/201911/el_salvador/23760/Federaci%C3%B3n-LGBTI-cuestiona-el-desamparo-a-la-diversidad-sexual-en-el-nuevo-gobierno.htm)

## Perspektiven linker Politik

Der von der Bevölkerung nach wie vor gewährte Vertrauensvorschluss hängt wohl auch mit dem schlechten Ansehen der etablierten, rechten wie linken, Parteien beziehungsweise einer fehlenden überzeugenden Vision der Linken an sich zusammen. Innerhalb der linken FMLN gab es nach der verheerenden Wahlniederlage einen Prozess der Erneuerung, bei dem sämtliche Führungspositionen der Partei durch interne Wahlen neu besetzt wurden. Ob und inwiefern dies jedoch ausreicht, um ein neues linkes Projekt für die Zukunft zu entwickeln, bleibt abzuwarten.

Vertreter\*innen linker Bewegungen äußerten gegenüber dem Ökubüro die Ansicht, dass sowohl die FMLN als auch die sozialen Bewegungen, über personelle Änderungen hinaus, unabhängig voneinander ihre Rolle und ihr politisches Projekt neu definieren müssten. Angesichts der neoliberalen Agenda von Bukele gäbe es in Zukunft eine ganze Reihe von Themen, die eine gemeinsame Agenda begründen könnten.

Allerdings wäre es wichtig, dabei eine Beziehung auf Augenhöhe zu entwickeln. Dabei dürften die sozialen Bewegungen vonseiten der Partei (FMLN) nicht lediglich als Anhängsel beziehungsweise Erfüllungsgehilfen einer kleinen Elite betrachtet werden. So müsste unbedingt vermieden werden, dass die linke Partei wie in der Vergangenheit zu einer Wahlmaschine verkommt, die hauptsächlich dazu dient, Individuen auf einigermaßen gut bezahlte Posten zu heben und Gelder klientelistisch zu verteilen. Stattdessen sollte das Ziel verfolgt werden, ein linkes Projekt zu formulieren, das tatsächlich in der Lage wäre, die Gesellschaft nachhaltig sozial und ökologisch zu verändern.

## Aktivitäten zu El Salvador

### 30. März, Zentralamerikatag in Nürnberg: Krise der Demokratie in Zentralamerika?

Im Rahmen des Zentralamerikatages der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in Nürnberg gestaltete unser El Salvador-Referent einen Workshop mit dem Titel „Krise der Demokratie in El Salvador?!“.

Im Rahmen des Workshops wurde dargestellt, wie eine Polarisierung innerhalb der politischen Institutionen in El Salvador zu einer ineffizienten Politik und einem immensen Vertrauensverlust der Bürger\*innen in die politischen Parteien geführt hat. Eine Folge davon war der Wahlsieg des populistischen Präsidenten Nayib Bukele bei den Präsidentschaftswahlen am 3. Februar.

### Dienstreise nach El Salvador

Im Rahmen seiner Dienstreise nach Mittelamerika bereiste unser Länderreferent im Mai für zwei Wochen El Salvador. Bei Gesprächen mit verschiedenen sozialen Organisationen ging es zum einen darum, die aktuelle soziale und politische Lage, besonders angesichts des bevorstehenden Regierungswechsels, zu verstehen. Ein weiterer Themen-



Wasser: Ein Thema der Dienstreise unseres Länderreferenten, bei einem Besuch in der Gemeinde Cara Sucia.

schwerpunkt war die Wasserkrise und drohende Wasserprivatisierung. Auf dem Plan standen außerdem Gespräche mit Vertreter\*innen von MOVIAC zur Vorbereitung unserer Referent\*innenrundreise zum Thema Klimawandel (siehe Kapitel Klima, Unternehmen und Menschenrechte) sowie mit Omar Flores von FESPAD, den wir im November zu einer Veranstaltung nach München eingeladen haben (siehe unten).

## Beiträge für Amerika21

Aufgrund der Recherchen im Rahmen seiner Dienstreise verfasste unser Länderreferent zwei Beiträge für das Nachrichtenportal Amerika21 zur aktuellen politischen Lage in El Salvador. Diese waren: „Ein rechter Präsident ohne Programm in El Salvador“<sup>1</sup> sowie „El Salvadors neuer Präsident überrascht mit widersprüchlichen Entscheidungen“<sup>2</sup>.

## Factsheet

Zum Thema „Menschenrecht Wasser: Der Kampf in El Salvador für ein allgemeines Wassergesetz“ veröffentlichten wir ein vierseitiges Factsheet. Dies liegt in gedruckter Version vor und steht zum Download auf unserer Webseite bereit. Neben wichtigen Hintergrundinformationen findet sich dort auch ein Interview mit Omar Flores von der Menschenrechtsorganisation FESPAD.

## Durch Spenden geförderte Projekte

Durch Spenden konnten wir eine Kampagne von ACUDESBAL gegen die drohende Wasserprivatisierung mit rund 500 € unterstützen. Weitere rund 850 € konnten wir für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in El Salvador beisteuern.

---

1 <https://amerika21.de/analyse/226920/el-salvador-neuer-praesident-bukele>

2 <https://amerika21.de/2019/06/227274/bukele-amtsantritt-el-salvador>

## **12. - 31. Oktober, Referent\*innenrundreise „Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt“**

Der Bericht über unsere Referent\*innenrundreise „Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt“ mit Janett Castillo aus Nicaragua (MCN, Region Matagalpa) und José Guevara aus El Salvador (MOVIAC / ACUDESBAL, Region Bajo Lempa) findet sich im Kapitel Klima, Unternehmen und Menschenrechte.

## **13. November, Ligsalz8: Die Politik El Salvadors unter der neuen Regierung von Nayib Bukele, mit Omar Flores (FESPAD)**



Omar Flores von der Menschenrechtsorganisation FESPAD

Am 13. November war Omar Flores von der Menschenrechtsorganisation FESPAD als Referent zu Gast in München. Dieser gab uns bei der Veranstaltung einen Überblick darüber, wie sich die Politik unter dem neuen Präsidenten sowie den geänderten Mehrheitsverhältnissen im Parlament bisher verändert hat, beziehungsweise welche Entwicklungen in der nächsten Zeit zu erwarten sind. Darüber hinaus gab er uns eine Einschätzung darüber, unter

welchen Bedingungen es möglich sein könnte, mit einem erneuerten linken Projekt eine soziale und ökologische Transformation in El Salvador zu erreichen.

## Länderbericht

Zehn Jahre nach dem Putsch in Honduras sind die Masken gefallen. 2019 wurde durch den Prozess und die Verurteilung von Tony Hernández, dem Bruder des amtierenden Präsidenten, von einem US-amerikanischen Gericht bestätigt, was in Honduras viele wussten oder zumindest ahnten: Regierung und staatliche Institutionen sind eng mit dem organisierten Verbrechen verflochten.

Für die Machtverhältnisse im Land hatte der Schuldspruch in New York gegen Tony Hernández im Oktober 2019 keine sichtbaren Konsequenzen. Das illegitime Regime seines Bruders Juan Orlando Hernández (JOH) blieb, trotz eigener

Mitwisser- und vielleicht sogar Mittäterschaft weiter im Amt – gestützt von der US-Regierung. Intern wurden indes die Karten neu gemischt: Zeug\*innen wurden ermordet. Das Militär weitete seine Macht weiter aus. Die Drogenkartelle stellen sich bereits seit längerem neu auf. Zahlreiche Demonstrationen, die das ganze Jahr über vergeblich den Rücktritt der Regierung forderten, wurden mit Tränengas und Verhaftungen niedergeschlagen. Wie bereits während der Massenproteste nach den Wahlen 2017,

schossen Militärs – beispielshalber im Juni 2019 – scharf auf unbewaffnete Demonstrant\*innen.<sup>1</sup> Die politische Opposition im Kongress setzte derweil immer deutlicher auf nichts anderes als eine eigene Machtoption bei den Wahlen 2021. Die widerständigen sozialen Bewegungen im Land blieben zersprengt, bedroht, mit dem Rücken zur Wand. Tausende Menschen verließen einzeln oder in Karawanen das Land. Gleichzeitig wurden 2019 mehr Honduraner\*innen aus den USA und vor allem aus



2019 jährte sich der Putsch in Honduras zum zehnten Mal. Unser Netzwerk HondursDelegation veröffentlichte dazu eine Serie mit Zitaten bekannter Honduraner\*innen, von denen wir auf den folgenden Seiten nochmals eine Auswahl zeigen.

<sup>1</sup> <http://oacnudh.hn/wp-content/uploads/2020/01/INFORME-TEM%C3%81TICO-2017-Enero-2020.pdf>

Mexiko abgeschoben als je zuvor. Honduras selbst gilt den USA nun offiziell als sicheres Land für Flüchtende.

## „State sponsored drug trafficking“

Neun Tage Prozess, fünf Kronzeugen, fünf Beweisstücke: Am 18. Oktober 2019 stellte ein New Yorker Gericht fest, dass Juan Antonio „Tony“ Hernández, der Bruder des amtierenden Präsidenten Juan Orlando Hernández, des Drogenhandels im großen Stil, des Besitzes und Gebrauchs von Waffen und der Falschaussage bei den US-amerikanischen Strafverfolgungsbehörden schuldig ist. Seine verbrecherischen Aktivitäten begannen spätestens 2004 und reichten laut US-Ermittler\*innen bis ins Jahr 2018 hinein. Zwischen 2010 und 2013 arbeitete Hernández



mit dem früheren Boss des Sinaloa-Kartells, Joaquín Archivaldo Guzmán alias „El Chapo“, zusammen. Aus mehreren großen Kokainlieferungen flossen 2013, so die US-Justiz weiter, etwa eine Million US-Dollar in die Wahlkampfkassen der Nationalen Partei seines Bruders Juan Orlando Hernández.<sup>2</sup> Dieser behauptet, von nichts gewusst zu haben. Die Verurteilung seines Bruders basiere einzig und allein auf Aussagen von honduranischen Drogenhändler\*innen, die an USA ausgeliefert wurden und aus Rache gegen ihn aussagten. Tony Hernández droht nun eine Haftstrafe von dreimal lebenslänglich.

Der Prozess zeigt, wie honduranisches Militär und Polizei den Bruder des Präsidenten und seine Komplizen vor Strafverfolgung schützten, seinen Handel mit Kokain unterstützten, und selbst als Killer agierten, um Konkurrenz und Feinde aus dem Weg zu räumen. Honduras habe sich, so Staatsanwalt Emil J. Bove, in einen Narco-Staat verwandelt, in

Der Prozess zeigt, wie honduranisches Militär und Polizei den Bruder des Präsidenten und seine Komplizen vor Strafverfolgung schützten, seinen Handel mit Kokain unterstützten, und selbst als Killer agierten, um Konkurrenz und Feinde aus dem Weg zu räumen. Honduras habe sich, so Staatsanwalt Emil J. Bove, in einen Narco-Staat verwandelt, in

<sup>2</sup> <https://www.justice.gov/usao-sdny/pr/former-honduran-congressman-tony-hernandez-convicted-manhattan-federal-court-conspiring>

dem „state-sponsored drug trafficking“ an der Tagesordnung sei. Dabei gehe es um ein institutionelles Problem, das weit über das Fehlverhalten einiger „schwarzer Schafe“ hinausreiche.<sup>3</sup>

Juan Orlando Hernández wurde im Prozess als „Co-Conspirator“ Nummer 4 (CC4) betitelt, sein Vorgänger im Präsidentenamt, Pepe Lobo, als CC3. Die New Yorker Staatsanwaltschaft deckte auf, dass der von CC3 ernannte frühere Chef der honduranischen Nationalpolizei, Juan Carlos (El Tigre) Bonilla von Tony Hernández den Auftrag bekam, einen Konkurrenten zu ermorden,

der den beabsichtigten Drogentransporten durch sein Gebiet im Wege stand. Keine Überraschung für die honduranischen Menschenrechtsorganisationen, die El Tigre Bonilla schon lange mit dem Operieren von Todesschwadronen in Verbindung brachten. Bonilla war als Polizeichef nach dem Mord nicht mehr zu halten gewesen und wurde auf diplomatische Mission nach Kolumbien geschickt. Dort hatte Tony Hernández Fabrikationsstätten für seine mit TH gestempelten Kokainpakete.<sup>4</sup>

Ein Zeuge im Prozess bestätigte erneut, was bereits 2017 teilweise bekannt geworden war, nämlich, dass der amtierende, von CC4 ernannte Sicherheitsminister und starke Mann im Kabinett Hernández, General Julian Pacheco Tinoco Beziehungen zum Drogenhandel unterhalten und Geld von Drogenhändlern erhalten habe. Auch der Abgeordnete der Regierungspartei, Oscar Najera, einer der Hauptverfechter des Gesetzes zur (de facto Abschaffung der) Konsultation indigener Völker



3 <https://www.insightcrime.org/news/analysis/takeaways-us-trial-honduras-president-brother/>

4 Mehr dazu und informative tägliche Prozessberichte auf Englisch unter: <https://www.aquiabajo.com/blog/2020/1/8/united-states-supports-honduran-police-implicated-in-drug-trafficking>

(„Ley Nájera“), wurde als einer derjenigen erwähnt, die Drogen- und Waffenlieferungen freies Geleit verschafft haben.

Die Liste beteiligter hochrangiger Namen ließe sich noch fortführen.<sup>5</sup> Der Prozess machte in jedem Fall eindrucksvoll deutlich, wie leicht honduranische staatliche Institutionen für illegale und mörderische Zwecke nutzbar waren (und, so darf man annehmen, noch sind)<sup>6</sup>, während Milliarden Dollar seitens der USA, aber auch der Europäischen Union und anderer Staaten, in das Sicherheitssystem CARSÍ, die „Stärkung“ des Justizsystems, die „Säuberung“ der Polizei (unter der Ägide von General

Pacheco) etc. gepumpt wurden. Für Kritiker\*innen sind diese „Hilfen“ weit weniger Sand im Getriebe, als Schmierstoff für die Maschinerie des state sponsored drug trafficking.<sup>7</sup>



## Politische Morde und Massaker in Gefängnissen

In Honduras kam es nach dem Urteil gegen Tony Hernández zu mehreren spektakulären Morden: Im Hochsicherheitsgefängnis

El Pozo wurde Nery López Sanabria alias Magdaleno Meza vor laufenden Überwachungskameras von Mithäftlingen erschossen. Er hatte die so genannten *narco libretas* verfasst – Notizbücher, die im New Yorker Prozess als Beweismittel gegen Tony Hernández gedient hatten. Und er hatte sich offenbar bereit erklärt, gegenüber US-Ermittler\*innen weiter auszupacken, falls er in die USA ausgeliefert würde. Als nächstes trafen tödliche Kugeln seinen Anwalt José Luis Pinto und später auch den wegen

5 <https://wp.radioprogressohn.net/droga-con-sello-de-dos-alas-perteneceria-a-militares-hondurenos-segun-agente-de-inteligencia/>

6 <https://www.insightcrime.org/news/analysis/criminal-allegations-unravel-honduras-president-crime-fighting-facade/>

7 <https://www.aquiabajo.com/blog/2020/1/8/united-states-supports-honduran-police-implicated-in-drug-trafficking>

der Erschießung von Magdalena Meza entlassenen Gefängnisdirektor.<sup>8</sup> Nach einer Schießerei und Messerstecherei im zweiten so genannten „Hochsicherheits“-Gefängnis („La Tolva“), bei der fünf Gefangene ums Leben kamen, wurde schließlich der Armee und der kombinierten Polizei- und Militäreinheit FUSINA die vollständige Kontrolle über alle 28 Gefängnisse für sechs Monate übergeben. Von den knapp 22.000 Gefangenen in Honduras, sitzen über die Hälfte in Untersuchungshaft. Zuvor hatte die Militärpolizei nur einen Teil der Gefängnisse kontrolliert.

Noch im Dezember fanden dann weitere Massaker in Gefängnissen statt, so dass 2019 insgesamt über 50 Häftlinge in Haftanstalten gewaltsam zu Tode kamen.<sup>9</sup> Die ehemalige Polizeikommissarin und heutige Oppositionspolitikerin Maria Luisa Borjas vermutete, dass die massenhaften Tötungen in den Gefängnissen im Dezember eine „Säuberung“ waren, um Personen zu beseitigen, die weitere Hinweise auf Aktivitäten zum Drogenhandel geben könnten. Zum anderen, so Borjas, leiste die verstärkte Intervention des Militärs der künftigen Privatisierung der Haftanstalten Vorschub.<sup>10</sup> Das Öku-Büro bemühte sich 2019 mit verschiedenen Kampagnen intensiv um die Freilassung politischer Gefangener, die speziell in „La Tolva“ erniedrigender Behandlung, Folter und dem wie sich erneut herausstellte, sehr realem Risiko, getötet zu werden, ausgesetzt waren (siehe das Kapitel „Aktivitäten zu Honduras“).

Die Militarisierung schritt 2019, zehn Jahre nach dem zivil-militärischen Staatsstreich des Jahres 2009, auch in anderen staatlichen und



8 <https://amerika21.de/2019/12/235588/honduras-drogenkriminalitaet>

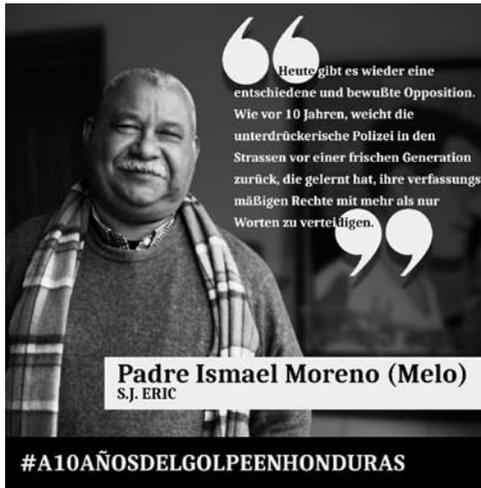
9 Ein guter Überblick, der auch Reaktionen und Analysen behandelt: [https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2020/01/1912\\_Another-MonthInHonduras.pdf](https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2020/01/1912_Another-MonthInHonduras.pdf)

10 <https://amerika21.de/2019/12/235840/honduras-gefaengnisse-menschenrechte>

gesellschaftlichen Bereichen fort: Der honduranische Analyst Tomás Andino sprach von einem „schleichenden Militärputsch“, der sich bis 2021 fortsetzen werde.<sup>11</sup>

## Der Anfang vom Ende der MACCIH

Die Internationale Unterstützungsmission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras (Misión de Apoyo Contra la Corrupción y la Impunidad de Honduras – MACCIH) konnte 2019 gemeinsam mit der honduranischen Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption (Unidad Fiscal Especial Contra la Impunidad de la Corrupción – UFECIC) mehrere wichtige Fälle präsentieren. Zugleich und vermutlich deswegen, stand sie am Jahresende kurz vor dem Aus. Nach Angaben des Washington Office on Latin America (WOLA), wurde gegen mindestens 115 Personen auf Grund



der Vorarbeit der MACCIH ermittelt, 70 davon waren Funktionär\*innen der Regierung Hernández. Viele Beobachter\*innen glaubten im Dezember 2019 dennoch, dass die Mission weiterarbeiten würde. Sie befürchteten allerdings, dass das ohnehin vergleichsweise schwache Mandat der MACCIH weiter verwässert werde und die UFECIC „entschärft“.<sup>12</sup> Zu Beginn des Jahres 2020 stellte sich dann heraus, dass die honduranische Regierung das Mandat gar nicht mehr verlängerte und die Mission ihre Arbeit einstellen musste.<sup>13</sup>

11 <http://www.pasosdeanimalgrande.com/index.php/de/contexto/item/2649-tomas-andino-las-fuerzas-armadas-estan-llevando-a-cabo-un-golpe-militar-en-camara-lenta-en-honduras>

12 [https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2020/01/1912\\_AnotherMonthInHonduras.pdf](https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2020/01/1912_AnotherMonthInHonduras.pdf)

13 <http://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-wirft-mission-gegen-korruption-aus-dem-land.html>

Die MACCIH war 2016 nach massiven Protesten der honduranischen Bevölkerung gegen einen 350-Millionen-Dollar-Betrag mit Geldern aus der Sozialversicherung IHSS gegründet worden. Seither wurde sie immer wieder massiv attackiert, auch aus dem honduranischen Kongress heraus. Die Mission hatte nämlich begonnen, gemeinsam mit der honduranischen Sonderstaatsanwaltschaft ein weiter-

zweigtes Korruptionsnetz aufzudecken, in das über 60 Abgeordnete, einschließlich des Kongresspräsidenten Mauricio Oliva, verwickelt sind. Die Abgeordneten sollen öffentliche Mittel in die Kassen dubioser Nichtregierungsorganisationen umgeleitet haben.<sup>14</sup> Angesichts der schweren und gut begründeten Vorwürfe erließ die Kongressmehrheit der Nationalen Partei (Partido Nacional, PN) gemeinsam mit einigen Kleinparteien 2018 ein Immunitätsgesetz, das Abgeordnete auch 2019 wirksam vor jeglicher Strafverfolgung schützte. Bereits im März 2019 begann eine gutorchestrierte Medien- und Verleumdungskampagne gegen die MACCIH.<sup>15</sup>

Das „Netz der Abgeordneten“ war einer von vierzehn Fällen, in denen MACCIH und UFECIC erfolgreich ermitteln konnten. Auch wenn sie noch nicht an die Mächtigen im Staat heranreichten, so galten einige Fälle doch als wichtig genug, um zumindest an der Spitze des Eisbergs von Korruption und Straflosigkeit in Honduras zu kratzen. Weitere Beispiele sind: der 2019 präsentierte „Betrug am Gualcarque“<sup>16</sup> über die kriminellen Machenschaften in Bezug auf das Wasserkraftwerk „Agua



14 <https://cespad.org.hn/2020/01/16/red-de-diputados-el-caso-de-corrupcion-que-evidencio-la-complicidad-de-los-tres-poderes-de-estado-de-honduras/>

15 <http://cespad.org.hn/2019/03/11/cronologia-los-falsos-positivos-para-aumentar-el-presupuesto-en-seguridad/>

16 <https://cespad.org.hn/2020/01/15/fraude-sobre-gualcarque-el-caso-que-deve-la-como-operan-desde-el-estado-las-redes-de-corrupcion-en-la-concesion-de-rios-en-honduras/>

Zarca“ und das Unternehmen DESA (siehe auch das Kapitel zur Causa Berta Cáceres in diesem Jahresbericht), der Fall „Patuca III“ über die Veruntreuung von Geldern in Zusammenhang mit dem Bau des gleichnamigen Staudamms<sup>17</sup>, oder die illegale Wahlkampffinanzierung zugunsten der Partido Nacional von Präsident Juan Orlando Hernández. Mehrere Fälle von Veruntreuung und Unterschlagung von Staatsgeldern in großem Stil wurden mit vielen Details öffentlich und die ersten Anklagen vorbereitet. Im Juni 2019 kamen zunächst zwei Angeklagte des zwölften MACCIH-UFECIC-Falls namens Narcopolitik vor Gericht. Der ehemalige Bauminister und sein Straßenbaudirektor hatten illegal und ohne Ausschreibungen Millionenaufträge an ein Unternehmen des Drogenkartells Los Cachiros vergeben, die größtenteils nie ausgeführt wurden, dem Unternehmen aber ermöglichten, die nötige Reputation und das Vertrauen bei Banken zu erwerben, um erfolgreich Drogen-gelder zu waschen.<sup>18</sup>

## **Gefahr für Menschenrechtsverteidiger\*innen**

Unter den Bedingungen der Narcopolitik, der nahezu absoluten Herrschaft des zivil-militärischen Sicherheitsrates unter Juan Orlando Hernández und der weitreichenden Zersetzung des Rechtsstaates, war Honduras 2019 wieder eines der weltweit gefährlichsten Länder für Frauen, LGBT\*, Journalist\*innen, Anwält\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen. Die Nichtregierungsorganisation ACI-Participa registrierte 29 Morde an und

17 <http://www.oas.org/en/spa/dsdsm/maccih/new/docs/MCH-006.MACCIH-OAS-UFECIC-MP-Team-Presents-Patuca-III-Collusion-and-Corruption-Case.pdf>

18 [https://www.oas.org/es/centro\\_noticias/comunicado\\_prensa.asp?sCodigo=C-036/19](https://www.oas.org/es/centro_noticias/comunicado_prensa.asp?sCodigo=C-036/19)<https://expedientepublico.org/presuntos-complices-de-tony-una-historia-de-beneficios-y-corrupcion-entre-el-gobierno-de-honduras/> Die Internetplattform ConfidencialHN veröffentlichte im April 2019 eine Serie von Artikeln, die auf Recherchen des (nach der Übergabe von Beweisen an die MACCIH) inhaftierten Journalisten David Romero beruhen. Dort werden direkte Bezüge zu Aktivitäten von JOH und seiner Ehefrau Ana Garcia hergestellt. Unter anderem habe JOH die Ermordung seiner ehemaligen Vizepräsidentin Lorena Herrera geplant, als diese sich seinen illegalen Machenschaften widersetzt habe. <https://confidencialhn.com/joh-ordeno-matar-a-vicepresidenta-por-no-apoyarlo-en-maniobras-continuistas-y-mafiosas/> Zusammenfassung und weitere links unter [https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2019/04/1903\\_AnotherMonthInHonduras/pdf](https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2019/04/1903_AnotherMonthInHonduras/pdf)

499 Attacken auf Menschenrechtsverteidiger\*innen zwischen Januar und November 2019.<sup>19</sup> Frontline Defenders verzeichnete im gleichen Zeitraum 31 Morde an Menschenrechtsverteidiger\*innen.<sup>20</sup> Im Vergleich zu 2018 hat sich diese Zahl, so ein Bericht des britischen Guardian, vervierfacht. Honduras liegt damit weltweit an dritter Stelle nach Kolumbien und

den Philippinen, vor Brasilien und Mexiko.<sup>21</sup> Keineswegs verbessert hat sich die Situation auch für die Gruppen, mit denen das Ökubüro und unser Netzwerk Honduras Delegation besonders eng zusammenarbeiten: kleinbäuerliche und indigene Organisationen, die ihre Territorien verteidigen. (Zur Situation der LGBT\*-Community siehe das zugehörige Kapitel in diesem Jahresbericht).



## Mordserien gegen Tolupanes und Garífuna

Rassismus, Repression und gezielte Morde betrafen die Garífuna-Gemeinden an der Karibikküste von Honduras ebenso wie die Ethnie der Tolupanes, die sich seit vielen Jahren gegen den Holzraubbau auf ihrem Territorium zur Wehr setzen. Im September wurde der Umweltaktivist Milgen Soto aus der Gemeinde San Francisco de Locomapa ermordet, im Februar Salomón und Samael Matute aus der gleichen Gemeinde. Gegenüber amerika21 berichtete Martín Fernández, Koordinator und

<sup>19</sup> Honduras: Mordaza, Carcel y Muerte para DDH (ACI-Participa 2019) mit Kurzporträts der Ermordeten: Download unter: <https://share.mayfirst.org/s/EQdTPyMo7acpHdi#pdfviewer>

<sup>20</sup> [https://www.frontlinedefenders.org/sites/default/files/global\\_analysis\\_2019\\_web.pdf](https://www.frontlinedefenders.org/sites/default/files/global_analysis_2019_web.pdf)

<sup>21</sup> <https://www.theguardian.com/law/2020/jan/14/300-human-rights-activists-killed-2019-report>

Anwalt der Menschenrechtsorganisation „Breite Bewegung für Würde und Gerechtigkeit“ (*Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia*, MADJ), dass die Täter längst identifiziert seien. Ende des Jahres befanden sie sich weiter auf freiem Fuß.<sup>22</sup>

Bis Oktober 2019 wurden 17 Garífuna aus verschiedenen Küstenge-meinden ermordet, darunter sechs Frauen. Die meisten von ihnen waren Mitglieder der Geschwisterlichen Schwarzen Organisation von Honduras (*Organización Fraternal Negra Hondureña* OFRANEH) in lokalen Füh-rungspositionen, so z.B. die Lehrerin Maria Digna Montera aus dem



Dorf Cusuna nahe Iriona. Sie hatte sich besonders für das zweisprachige, interkul-turelle Bildungsprogramm der Garífuna eingesetzt.

Die Serie tödlicher At-tentate betraf auch die Ge-meinde Masca nahe der Grenze zu Guatemala. Ignacia López Martínez aus Masca erlag Anfang Januar den Schussverletzungen, die ihr Unbekannte am 28. Dezember 2019 zugefügt hatten. Auf das Haus ihrer Schwester Amada López

Martínez, Mitglied des Leitungsgremiums von OFRANEH und spi-rituelle Führerin der honduranischen Garífuna, wurde bereits Mitte Dezember zum ersten Mal geschossen. Im Oktober wurde Oscar Guer-rero Centeno, im September Mirna Suazo Martínez, beide ebenfalls Mitglieder von OFRANEH aus Masca erschossen. OFRANEH ver-mutet, dass die Attacks Terror in Zusammenhang mit einer geplanten „Sonderzone für Arbeit und Entwicklung“ (ZEDE) säen sollen. Um das Territorium als „gering besiedelt“ auszuweisen, müssen möglichst viele

<sup>22</sup> <http://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-eskalierende-gewalt-ras-sismus-und-straflosigkeit.html>

Bewohner\*innen vertrieben werden, vorzugsweise diejenigen, die Landrechte indigener Gemeinden verteidigen.<sup>23</sup>

OFRANEH hatte in jahrelangem Ringen 2015 zwei bedeutende Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Rückgabe von Gemeindeland in den Garífuna-Gemeinden Punta Piedra und Triunfo de la Cruz erreicht. Der honduranische Staat ist zur Um-

setzung dieser Urteile verpflichtet, außer einigen Vermessungsarbeiten passierte jedoch auch 2019 nichts. Hunderte Garífuna verließen stattdessen ihre Gemeinden und schlossen sich den zahlreichen Karawanen an, in der Hoffnung, Schutz und Perspektiven weiter im Norden, vor allem in den großen Communities in den USA, zu finden. Es ist zu befürchten, dass dieser Trend sich noch weiter fortsetzt, sobald das honduranische Parlament ein 2019 eingebrachtes Gesetz zur Reglementierung der „Freien, vorherigen und informierten Konsultation“ der indigenen Gemeinden verabschiedet. Das Gesetz lässt den indigenen Gemeinden de facto keine andere Wahl als industriellen Projekten in ihren Territorien zuzustimmen. Ende 2019 bekam der Gesetzentwurf, gegen den indigene Organisationen Sturm laufen, den Titel „Ley Nájera“, weil er von dem Kongressabgeordneten Oscar Nájera besonders promoted wird, der seinerseits mit allergrößter Wahrscheinlichkeit ein Komplize des Drogenhandels und organisierten Verbrechens in Honduras ist (siehe oben zur Narcopolitik).



23 <https://ofraneh.wordpress.com/2020/01/03/racismo-en-honduras-nuevo-ataque-contra-lideresa-garifuna-en-masca/> <https://twitter.com/baraudawaguchu/status/11831492522199367698> <http://im-defensoras.org/2019/10/alertadefensoras-honduras-asesinan-a-la-defensora-garifuna-maria-digna-montero-integrante-de-ofraneh/> <https://ofraneh.wordpress.com/2019/10/13/pronunciamento-exterminio-de-las-liderezas-y-miembrxs-de-las-comunidades-garifunas/> <https://twitter.com/ONUDDHH/status/11838731922361139221> <https://ofraneh.wordpress.com/2019/10/20/nuevo-asesinato-de-defensor-del-territorio-garifuna/>

## Interne Vertreibung, Flucht, Abschiebungen

Honduras ist inzwischen auf Rang 8 aller Länder weltweit vorgerückt, aus denen Menschen auf der Suche nach Asyl ins Ausland fliehen. Im September unterzeichnete die Regierung ihrerseits ein Abkommen mit der US-Regierung, das Honduras zum sicheren Herkunftsland für Menschen erklärt, die das Staatsgebiet durchqueren. Sie kommen z.B. aus Venezuela oder landen aus afrikanischen Ländern an der Küste südamerikanischer Länder und wandern dann nach Norden. Ähnliche Abkommen hatten zuvor auch Guatemala und El Salvador schließen müssen.

2019 versuchten täglich 650 Honduraner\*innen, die Grenze zwischen



den USA und Mexiko zu überqueren, etwa dreimal so viele wie im Vorjahr. Die Zahl der Abgeschobenen war so hoch wie nie zuvor, verschob sich aber wegen der Verlagerung des Grenzregimes der USA Richtung Mexiko. Über 70.275 Honduraner\*innen wurden 2019 aus Mexiko nach Honduras abgeschoben, 27.000 harrten zum Jahresende noch an der Grenze zu den USA aus.<sup>24</sup> Die Internetplattform *aquíyabajo* veröffentlichte ein Factsheet<sup>25</sup>

zu den Fluchtursachen mit zahlreichen, vor allem auch ökonomischen, Daten: So verdiente eine Arbeiterin einer Weltmarktfabrik in einer honduranischen Freihandelszone 2019 einen Mindestlohn von umgerechnet etwas unter 336 US-Dollar im Monat. Dabei hat sie noch „Glück“, denn nahezu die Hälfte der privatwirtschaftlichen Betriebe in Honduras bezahlt weniger als den Mindestlohn. Und für Landarbeiter\*innen beträgt der, oft unterschrittene, Mindestlohn ohnehin nur 272 US-Dollar im Monat beziehungsweise 1,13 US-Dollar pro Stunde. Über 60 Prozent der honduranischen Arbeitskräfte sind überdies unterbeschäftigt. Unter die-

<sup>24</sup> <https://www.laprensa.hn/honduras/1343400-410/migracion-2019-ano-retornos-aprehensiones-sueno-americano-estados-unidos>

<sup>25</sup> <http://www.aquiabajo.com/blog/2020/1/28/why-hondurans-are-forced-to-flee-fact-sheet>

sen Bedingungen wird es für Tausende immer unmöglicher, das Geld für den monatlichen Mindestwarenkorb aufzubringen, knapp 70 US-Dollar pro Person, ganz zu schweigen von Ausgaben für Miete, Transport (die Benzinpreise entsprechen den sehr hohen Preisen Kaliforniens), stetig steigenden Strompreisen, Kosten für Bildung und Gesundheit. Im systematisch geplünderten staatlichen Gesundheitswesen gibt es so gut wie keine Medikamente mehr, viele Behandlungen müssen aus eigener Tasche bezahlt werden.

Mindestens so wichtige Gründe, das Land zu verlassen, sind die hohe Mordrate (3.992 Tötungsdelikte wurden 2019 bei

der Polizei angezeigt), die offenbar wachsende Zahl von Massakern (mit jeweils mehr als drei Toten), Gewalt, Korruption und Erpressung sowie für bestimmte Sektoren der Bevölkerung – wie oben beschrieben – Verfolgung durch staatliche oder paramilitärische Kräfte.<sup>26</sup>

Über die anhaltend hohen Zahlen der Flucht ins Ausland wird oft die interne Vertreibung in dem Acht-Millionen-Einwohnerland vergessen. Zwischen 2004 und 2019 versuchten, offiziellen Zahlen zufolge, 247.000 Menschen sich innerhalb der Landesgrenzen in Sicherheit zu bringen. Expert\*innen wie Jaime Flores von der Kinderrechtsorganisation Casa Alianza gehen davon aus, dass die reale Zahl inzwischen eine halbe Million intern Vertriebener beträgt. Die Menschen wechseln auf der Flucht vor Bedrohungen durch organisiertes Verbrechen, Banden und staatliche Sicherheitskräfte oft vier oder fünf Mal den Wohnsitz und verlieren jegliche Existenzgrundlage.<sup>27</sup>



<sup>26</sup> <https://tiempo.hn/siete-dias-2020-contabilizan-50-homicidios-nivel-nacional/>

<sup>27</sup> Mitschrift aus der Sendung „Más que Dos“ Radio Progreso, 30. Januar 2020  
<https://www.trtworld.com/opinion/honduras-is-not-a-country-for-people-seeking-safety-32325>

## Die Causa Berta Cáceres 2019



### Auftraggeber\*innen des Mordes immer noch frei

Im Dezember 2019 – über ein Jahr nach dem Urteilsspruch – wurde das Strafmaß für die Auftragskiller und zwei Mittelsmänner des Mordes an Berta Cáceres verkündet. Die Auftragsmörder erhielten 50 Jahre Gefängnis: 34 Jahre wegen der Ermordung Bertas in der Nacht vom 2. zum 3. März 2016

und 16 Jahre wegen versuchten Mordes an dem mexikanischen Umweltaktivisten Gustavo Castro, der damals nach einem gemeinsamen Workshop in Bertas Haus übernachtet hatte. Für zwei Mittelsmänner, den ehemaligen Militär und früheren Sicherheitschef des Unternehmens Desarrollos Energéticos (DESA), Douglas Geovanny Bustillo, und den DESA-Manager für Umwelt und Soziales, Sergio Rodríguez, lautete das Strafmaß 30 Jahre und vier Monate. Der ebenfalls in das Mordkomplott verwickelte und zum Tatzeitpunkt aktive Major der honduranischen Armee, Mariano Díaz Chávez, erhielt 30 Jahre. Seine Verteidiger\*innen kündigten Berufung an.

In Haft befinden sich mittlerweile auch zwei Ermittler der honduranischen Polizei, die 2016 versucht hatten, die Spurensicherung zu manipulieren. Das honduranische Sicherheitsministerium (zu Minister Pacheco siehe Kapitel Länderbericht) hatte den Mord an Berta zunächst als „Verbrechen aus Leidenschaft“ dargestellt.

Die Prozesseröffnung gegen den Geschäftsführer der DESA, David Castillo, den bisher allein angeklagten mutmaßlichen Auftraggeber des Mordes an Berta, scheiterte im Oktober 2019 zum zweiten Mal an juristischen Manövern seiner Anwälte. Wenn mit der Verhandlung nicht bis März 2020 begonnen wird, müsste Castillo eigentlich aus der U-Haft freikommen. Er soll für den Mord 500.000 Lempira (etwa 18.000

Euro) an den Mittelsmann Bustillo bezahlt<sup>1</sup> und von seinen Auftraggebern eine Summe erhalten haben, die ihm den Kauf einer Luxusvilla in den USA ermöglichte.<sup>2</sup> Als Drahtzieher\*innen hinter dem Mord sind auf Grund von Telefonmitschnitten und Chat-Aufzeichnungen DESA-Aufsichtsrät\*innen und Eigentümer\*innen aus der mächtigen honduranischen Unternehmerfamilie Atala Zablah identifiziert.<sup>3</sup>

Weltweit von hunderten Organisationen und Institutionen unterstützt, fordern Bertas Organisation COPINH und ihre Familie die vollständige Aufklärung des Verbrechens und die Verurteilung aller Beteiligten.

## Die David-Castillo-Connection

Recherchen US-amerikanischer Nichtregierungsorganisationen deckten 2019 auf, dass Castillo neben der DESA an weiteren Unternehmen – sechs davon in Honduras und zwei in Panama – beteiligt war oder immer noch ist. Deren Geschäftsführung bedürfe dringend einer weiteren Untersuchung. Am brisantesten sind dabei möglicherweise die Aktivitäten des panamaischen Konzerns Potencia y Energía de Mesoamérica S.A. (PEMSA). PEMSA war, neben Inversiones Jacaranda (Mitglieder der Familie Atala Zablah), Hauptanteilseigner der DESA. Letztere hatte mit dem Eintritt der PEMSA ihr Kapital von 4 Millionen Lempira im Juni 2011 schlagartig auf 50 Millionen erhöht. Vertreten durch David Castillo übernahm die PEMSA das Solarunternehmen PRODERSSA. Die honduranische Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass PRODERSSA von Strohmännern des Drogenkartells Los Cachiros der Familie Rivera Maradiaga gegründet worden ist. Möglicherweise hat PRODERSSA zwölf Tage vor dem Ende der Amtszeit des Präsidenten Porfirio Lobo einen Liefervertrag mit der staatlichen Energiegesellschaft ENEE unterzeichnet, bei dem – wie im Fall des Stromvertrages für das Wasserkraftwerk Agua Zarca – Korruption im Spiel war. Und wie bei Agua Zarca waren bei den Solarparks der PRODERSSA im Süden von

- 1 <https://www.mp.hn/index.php/author-login/145-septiembre2019/4867-prueba-pericial-vincula-cruce-de-mensajes-entre-expresidente-de-desa-y-uno-de-los-condenados-por-crimen-de-berta-caceres>
- 2 <https://www.theguardian.com/world/2019/aug/31/berta-caceres-murder-trial-subpoena-david-castillo>
- 3 <http://www.oeku-buero.de/nachricht-506/verz%C3%B6gerungen-im-mordprozess-berta-caceres-in-honduras.html> Aktuelle Details dazu: <https://theintercept.com/2019/12/21/al-interior-del-complot-para-asesinar-a-berta-caceres/> Englisch: <https://theintercept.com/2019/12/21/berta-caceres-murder-plot-honduras/>

Honduras erneut internationale Investoren und Entwicklungsbanken mit von der Partie, konkret aus Norwegen, den Niederlanden, Finnland und der Weltbank.<sup>4</sup> Das US-Dossier zeigt ein Muster, nach dem Unternehmen, an denen Castillo beteiligt war, immer wieder lukrative Verträge mit dem Staat in Finanzinstrumente verwandelten, um an internationale Investitionen und öffentliche Gelder von Entwicklungsbanken heranzukommen, die dadurch möglicherweise indirekt in kriminelle Aktivitäten, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Straflosigkeit verstrickt werden.<sup>5</sup>

## **Der Betrug am Gualcarque – ein Fall für die MACCIH**

Wegen betrügerischer Machenschaften im Fall des Wasserkraftwerks Agua Zarca sollte 16 Personen, darunter David Castillo, 2019 der Prozess gemacht werden. Die Internationale Unterstützungsmission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras (MACCIH) hatte im März gemeinsam mit der honduranischen Sonderstaatsanwaltschaft für Korruptionsdelikte UFECIC ihren neunten Fall unter dem Titel „Betrug am Gualcarque-Fluss“ bekannt gegeben und es wurde Anklage gegen 16 mutmaßliche Täter\*innen, darunter staatliche Funktionäre und ehemalige Angestellte des Energieunternehmens ENEE, erhoben. Den Angeklagten wird neben Betrug zugunsten der DESA auch Amtsmissbrauch und Dokumentenfälschung bei der Konzessionierung und den Genehmigungsverfahren für das Wasserkraftwerk Agua Zarca vorgeworfen. Die Ermittlungen gehen auf über 40 Anzeigen zurück, die Berta Cáceres zu Lebzeiten als Generalkoordinatorin des COPINH gestellt hatte.

## **Nicht genügend Wasser, aber eine dritte Turbine**

Eine wichtige Rolle im Betrugsfall spielte auch eine dritte Turbine. Sie sollte 2011 nach einer illegalen Umplanung des Kraftwerks zusätzlich geliefert werden, obwohl klar war, dass der Gualcarque-Fluss nicht genügend Wasser für ihren Betrieb haben würde. Dies führte, so die Ermittlungen, zu einer erheblichen zusätzlichen Preissteigerung des Projektes, die mit regulären Strompreisen niemals hätte aufgefangen werden können. Das betrügerische Handeln der Funktionäre im Fall Agua Zarca

4 <http://www.soaw.org/wp-content/uploads/2019/08/Violence-Corruption-Immunity-A-Profile-of-Roberto-David-Castillo.pdf>

5 <http://www.oeku-buero.de/nachricht-506/gewalt-korruption-und-strafllosigkeit-beherrschen-energieindustrie-in-honduras.html>



„Wir sind die traditionellen Hüter\*innen der Flüsse. Der Rio Gualcarque hat uns gerufen, wir müssen ihm zu Hilfe eilen.“ – Protest von COPINH zu Beginn der ersten Anhörung über die betrügerischen Machenschaften rund um das Wasserkraftwerk „Agua Zarca“.

und anderen gleichartigen Projekten habe, so die MACCIH in ihrer Pressemitteilung, in hohem Maße dazu beigetragen, dass die staatliche Stromgesellschaft ENEE heute vor dem Bankrott steht.<sup>6</sup> Turbinenlieferant sollte im Übrigen (bis nach dem Ausstieg der europäischen Entwicklungsbanken FMO und Finnfund aus dem Projekt Mitte 2017) das Heidenheimer Unternehmen Voith Hydro sein, ein Joint Venture mit der Siemens AG.

## Drohungen in Rio Blanco

Menschenrechtsorganisationen beklagten, dass der Betrugsprozess sich zunächst nur gegen eine mittlere Funktionärebene und den ehemaligen Vize-Umweltminister richtete, nicht gegen Minister und nicht gegen die Eigentümer der DESA. MACCIH-Sprecherin Ana María Calderón kündigte jedoch weitere Ermittlungen an. Diese dürften sich jedoch inzwischen mit dem Ende der MACCIH möglicherweise erledigt haben.<sup>7</sup> Nicht erledigt hatte sich auch 2019 die illegale Konzession für das Wasserkraftwerk Agua Zarca, dessentwegen Berta Cáceres ermordet wurde. Sie besteht weiter. Und nicht erledigt haben sich überdies die Spaltung der Gemeinden in der Region Rio Blanco sowie die Drohungen und

6 <http://www.oas.org/es/sap/dsdme/maccih/new/docs/MCH-004.MACCIH-OEA-y-UFECIC-MP-presentan-noveno-caso-de-investigacion-penal-integrada-Fraude-sobre-elGualcarque.pdf?sCodigo=MCH-004/19>

7 <http://www.conexihon.hn/index.php/tv/1382-copinh-preocupados-por-el-cierre-de-la-ufecic-que-llevaba-el-caso-del-gualcarque>

Wann die mündliche Verhandlung zum Betrug am Gualcarque 2020 eröffnet wird, stand bis Redaktionsschluss (Anfang Februar 2020) nicht fest. ) Eine ausführliche Analyse des Falles findet sich unter: <http://cespad.org.hn/wp-content/uploads/2020/01/Caso-Gualcarque-CESPAD2020.pdf>

Übergriffe auf die Kraftwerksgegner\*innen vor Ort. Besonders Frauen tragen vor Ort das rebellische Erbe von Berta Cáceres weiter. Mitte des Jahres starteten vielfältige internationale Eilaktionen zugunsten der bedrohten Gemeinde-Aktivistin Rosalina Domínguez und ihrer Familie.<sup>8</sup>



Die Gemeinden der Region Río Blanco blieben gespalten, COPINH-Aktivistin Rosalina Domínguez wurde massiv bedroht.

## Tod eines Zeugen

Im Juli 2019 wurde Olvin Gustavo García Mejía in der Gemeinde San Bartólo am Oberlauf des Gualcarque-Flusses tot aufgefunden. García Mejía galt als Auftragsmörder und lokale Schlüsselfigur für die Repression in Río Blanco – mit engen Verbindungen zum DESA-Chef David Castillo. Er hätte ein wichtiger Zeuge im Prozess gegen ihn sein können. COPINH hat Grund zur Annahme, dass García Mejía bereits 2015 beauftragt war, Berta zu ermorden. Der Plan sei jedoch durch seine Festnahme wegen illegalen Waffenbesitzes vereitelt worden. Die DESA setzte sich mit Hilfe eines Anwalts und einer Kautionszahlung erfolgreich für seine Freilassung schon nach vier Tagen ein, obwohl gegen García Mejía auch ein Haftbefehl wegen eines Mordes anhängig war. COPINH befürchtete, dass der Tod von García Mejía Teil eines größeren Planes sei, um Beweismittel zu vernichten, die David Castillo und das Unternehmen DESA in Verbindung mit dem Mord an Berta Cáceres und der Gewalt in Río Blanco bringen.<sup>9</sup>

<sup>8</sup> <http://www.oeku-buero.de/nachricht-506/weiter-todesdrohungen-gegen-aktivisten-von-copinh-in-honduras.html>

<sup>9</sup> <https://amerika21.de/2019/07/228616/honduras-zeuge-fall-caceres-tot> <https://copinh.org/2019/07/sicario-contratado-por-castillo-para-asesinar-berta-aparece-muerto/>

## Aktivitäten zu Honduras



Zum Jahrestag der Ermordung von Berta Cáceres gab es weltweit Aktionen. In Tegucigalpa gingen die Frauen von OFRANEH mit dem Bild Bertas voran.

### Gerechtigkeit für Berta!

Am 3. März beteiligten wir uns an der weltweiten Aktion „Gerechtigkeit für Berta“ und der Kundgebung unseres Netzwerks Honduras Delegation vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Dort und in München waren wir aktiver Teil des Dokumentarfilms *Les llavors de Berta Cáceres*, der von dem katalanischen Journalist\*innen-Kollektiv Contrast und der NGO Entrepueblos realisiert wurde. Wir veröffentlichten regelmäßig Artikel über die Causa Berta Cáceres und hielten Kontakt zu den Anwält\*innen der Nebenklage und COPINH.

Bei der Siemens Hauptversammlung konfrontierten wir Vorstand und Aufsichtsrat mit der Verschleierung seiner Mitverantwortung für den Mord an Berta Cáceres: „Auf den Siemens-Webseiten weltweit gibt es nun unter der Rubrik Nachhaltigkeit – Menschenrechte einen Vermerk zur Causa Berta Cáceres, der das absolute Gegenteil von Transparenz darstellt. Dort steht: „(...) Große Infrastrukturprojekte beziehungsweise daran beteiligte Unternehmen werden manchmal in Zusammenhang mit Anschuldigungen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen ge-

bracht. Im Sinne der Transparenz nehmen wir Stellung zu diesen Anschuldigungen.“ Dann folgt ein Foto eines Plakats einer honduranischen Frauenorganisation mit einem Porträt von Berta Cáceres. Und ein Text zu *Agua Zarca*, der besagt, Siemens habe mit „wachsender Sorge“ verfolgt, wie „Spannungen im Land“ zunehmen. In Reaktion auf diese Entwicklungen habe Voith Hydro 2016 seine Lieferungen und 2017 den Vertrag beendet. Man verurteile „Gewalt von allen Seiten“ und befürworte die



Über tausend Frauen und Kinder trafen sich 2019 in der neuen Gemeinde Vallecito. Wir verbreiteten ihre Botschaft auf Deutsch.

Siemens könne die ILO-Konvention 169 – also das Recht indigener Gemeinschaften auf vorherige, freie und informierte Konsultation – nicht in seine Compliance-Richtlinien aufnehmen, weil die Bundesrepublik Deutschland die Konvention nicht ratifiziert habe. Wir finden das Argument wenig überzeugend, denn es geht ja um die Geschäftstätigkeit von Siemens (und die der Siemens-Geschäftspartner) im Ausland. Die Allianz mit Sitz in München konnte die ILO-Konvention 169, soweit wir wissen, sehr wohl in ihre Compliance-Richtlinien aufnehmen. (...) Entscheidend wäre aber auch hier natürlich die praktische Umsetzung, zu der ganz wesentlich ein Veto-Recht der indigenen Gemeinden gehö-

strafrechtlichen Ermittlungen der Behörden vor Ort. Kein Wort darüber, worum es ging. Kein Wort von einem Mord. Ist Berta Cáceres etwa an „wachsenden Spannungen“ gestorben? Warum wohl gibt es strafrechtliche Ermittlungen und inzwischen auch ein erstes Urteil? Gegen wen? Kein Wort über den Zusammenhang mit dem honduranischen Vertragspartner von Voith Hydro, der DESA.“

## Kein Vetorecht für indigene Gemeinden?

Wir thematisierten indigene Rechte in einem größeren Zusammenhang: „ Herr Kaeser: Sie sagten,

ren muss. Dazu könnten Sie, wenn Sie wollten, als Teil des dreigliedrigen Systems der Internationalen Arbeitsorganisation Wichtiges beitragen.“<sup>41</sup>

## Kampf der Garífuna um ihre Territorien

Ein mit diesen Themen eng verbundener Schwerpunkt unserer Arbeit 2019 war das Ringen der honduranischen Garífuna, korrekter Garinagu, um ihre Territorien und ihre Kultur. Dazu gehörten Veranstaltungen wie das Seminar „Niemand versklavt“ mit der Koordinatorin von OFRANEH, Miriam Miranda an der Hochschule Augsburg im März 2019 und die Lesung aus dem Roman „Die Aktivistin“ mit Jutta Blume im November in München. Außerdem ein Dossier auf unserer Website, das wir sukzessive weiter ausbauen werden, mit Interviews, einer Übersetzung des „Rebellischen Manifests“ von über tausend Frauen, die sich im Juni 2019 in der Gemeinde Vallecito getroffen hatten. In drei Gesprächen mit Miriam Miranda in München, Madrid und Berlin widmeten wir uns außerdem intensiv der Vorbereitung unserer kommenden Solidaritätsreise nach Vallecito und weiteren Garífuna-Gemeinden.



Postkartenaktion für die politischen Gefangenen (siehe nächste Seite)

1 <https://www.kritischeaktionaere.de/siemens/rede-von-andrea-lammers-3/>  
Zum Streit um die ILO-Konvention und indigenen Rechten siehe auch: [http://www.oeku-buero.de/files/docs/Factsheets/FactSheet07\\_WEB.pdf](http://www.oeku-buero.de/files/docs/Factsheets/FactSheet07_WEB.pdf)

## Aktionen und Advocacy für politische Gefangene

Zweiter großer Schwerpunkt unserer Arbeit zu Honduras waren Aktionen und Advocacy-Arbeit für die Freilassung von politischen Gefangenen: Edwin Espinal und Raúl Álvarez wurden im August aus dem „Hochsicherheits“-Gefängnis La Tolva entlassen und warten in Freiheit auf ihren Prozess, der im Mai 2020 stattfinden soll. Acht Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger\*innen aus der Ortschaft Guapinol, die sich gegen eine Eisenerzmine in einem Naturschutzgebiet zur Wehr setzten, konnten La Tolva verlassen, befinden sich aber weiter in Untersuchungshaft in einem „normalen“ Gefängnis.



Edwin Espinal und seine Familie am Abend nach seiner Entlassung aus La Tolva

### Edwin und Raúl frei!

Die sozialen Aktivist\*innen Edwin Espinal und Raúl Álvarez waren im Zuge der Proteste gegen den Wahlbetrug 2017/18 festgenommen worden und ein Jahr und acht Monate grundlos und unter unmenschlichen Bedingungen samt Morddrohungen

im honduranischen Hochsicherheitsgefängnis La Tolva inhaftiert. Am 5. August 2019 hatten sie einen Hungerstreik begonnen, der von zahlreichen Organisationen und Persönlichkeiten mit einer Fastenaktion vor der Staatsanwaltschaft unterstützt wurde. Wir setzten uns bei verschiedenen Institutionen für die Freilassung von Edwin und Raúl ein, lancierten gemeinsam mit der Honduras-Delegation eine Postkartenaktion, starteten eine mehrsprachige Urgent Action für Teilnehmende aus verschiedenen europäischen Ländern und warben für die Spendenaktion, die die hohe Kautions von insgesamt 16.000 US-Dollar für Edwin und Raúl zusammentrug.<sup>2</sup>

### Guapinol: Umweltschützer\*innen kriminalisiert

Menschenrechtsverteidiger\*innen und Umweltaktivist\*innen wehren sich seit Jahren gegen einen Eisenerztagebau im Nationalpark Montaña de Botaderos, der das lokale Ökosystem sowie die Flüsse Guapinol und San Pedro und damit die Wasserversorgung tausender Menschen

<sup>2</sup> <https://www.ocku-buero.de/politische-gefangene-in-honduras/articles/politische-gefangene-in-honduras.html>

gefährdet. Angeklagte Bergbau-Gegner hatten sich, im Zuge der Räumung eines Protestcamps, im August 2018, überzeugt von ihrer Unschuld und der Legitimität ihres Protestes 2019, freiwillig bei der Polizei gemeldet, um herauszufinden, ob etwas gegen sie vorläge und die Anschuldigungen aus der Welt zu schaffen. Sie wurden jedoch festgenommen und statt – wie von der Haftrichterin angeordnet – in ein normales Gefängnis in das berüchtigte Hochsicherheitsgefängnis La Tolva gebracht, das



„Sie sind keine Delinquenten, sie sind Umweltschützer“ – Protest gegen die Kriminalisierung von sieben Mitgliedern des ehemaligen Protestcamps in Guapinol. Haftbefehl erlassen wurde auch gegen einen längst verstorbenen Bewohner des Ortes. Symbolisch für ihn trugen die sieben deshalb einen Sarg mit vor das Gericht.

600 Kilometer von ihrem Heimatort entfernt ist. Am 28. August war ein weiterer beschuldigter Aktivist, Roberto Antonio Argueta, auf offener Straße von schwer Bewaffneten erschossen worden.

Wir konnten mit Informationen dazu beitragen, dass sich Anfang September neun Bundestagsabgeordnete aus drei Fraktionen in einem Brief an die honduranischen Behörden und Außenminister Maas besorgt über die Sicherheit der Beschuldigten äußerten, ein rechtsstaatliches Verfahren und Aufklärung des Mordens forderten.<sup>3</sup>

3 <https://www.oeku-buero.de/hochsicherheitsgef%C3%A4ngnis-f%C3%BCr-gegner-einer-eisenerzmine-in-honduras/articles/hochsicherheitsgef%C3%A4ngnis-f%C3%BCr-gegner-einer-eisenerzmine-in-honduras.html>

## Tocoa – Gemeinde ohne Bergbau?

Die Betroffenen vor Ort ließen sich durch die Kriminalisierung nicht abschrecken: Im November 2019 erklärte sich der Gemeindebezirk Tocoa (Departement Colón), in einer Gemeindeversammlung als „frei von Bergbau“. Theoretisch müssten damit die Betriebsgenehmigungen in diesem Gemeindebezirk für Inversiones Los Pinares und weitere Bergbauunternehmen auslaufen. Das Ministerium für Energie, Umwelt und Bergbau hatte allerdings offenbar bereits im September eine Erneuerung der Umweltgenehmigung für die Eisenerztagebaue im Nationalpark Montaña de Botaderos in Aussicht gestellt, so dass die Konflikte 2020 mit Sicherheit weiter anhalten werden.<sup>4</sup> Die beiden Konzessionen für den Eisenerz-Tagbau im Nationalpark Montaña de Botaderos gehören Inversiones Los Pinares, einem Unternehmen des Ehepaares Lenir Perez und Ana Facussé, einer der Töchter des verstorbenen honduranischen Palmöl-Moguls Miguel Facussé. Medienberichten zufolge sollen sie möglicherweise zuvor in Händen von Mitgliedern der Familie Rivera Maradiaga (Drogenkartell Los Cachiros) gewesen sein.<sup>5</sup>

## 80.000 Tonnen Eisenerz für den Export

2019 begann auch der Bau einer großen Anlage zum Pelletieren von Eisenerz im Sektor Ceibita im Gemeindebezirk von Tocoa.<sup>6</sup> Das lokale Komitee zum Schutz der Gemeingüter wirft dem Unternehmen Inversiones Ecotek (an dem, soweit bekannt, wiederum Lenir Perez und Ana Facussé neben „ausländischem Kapital“ beteiligt sind) vor, die Betriebs-erlaubnis mit unlauteren Mitteln erhalten zu haben. Ob nach dem Auslaufen der vorläufigen eine reguläre legale Umweltgenehmigung vorlag, schien zum Jahresende unklar. Die Anlage soll, so das Komitee, jährlich 80.000 Tonnen Eisenerz für den Export ins Ausland verarbeiten und

4 <https://wp.radioprogressohn.net/declaratoria-libre-de-mineria-prohibe-renovacion-de-licencias-a-inversiones-los-pinares/>  
<http://www.pasosdeanimalgrande.com/index.php/en/denuncias/item/2675-juicio-injusto-hay-un-panorama-desalentador-para-defensores-de-guapinol-para-obtener-acceso-a-la-justicia>

5 <https://wp.radioprogressohn.net/estado-de-honduras-pretende-juzgar-a-ambientalistas-como-narcotraficantes/>  
<https://www.insightcrime.org/honduras-organized-crime-news/cachiros/>

6 <https://www.laprensa.hn/honduras/1328929-410/honduras-procesadora-pellets-oxido-hierro-centroamerica-estados-unidos-europa>

innen zwölf Monaten so viel Wasser verbrauchen wie die Gemeinde Guapinol in vier Jahren.<sup>7</sup>

Perez und Facussé sind unter anderem auch Eigentümer der Unternehmen EMCO und PIA. Letztere besitzt auch die Konzession für den neuen internationalen Flughafen Palmerola in Honduras und bekam 2019 ohne Ausschreibung die Lizenz für den Weiterbetrieb des Flughafens von Tegucigalpa Tocontín zugeteilt. Während der mächtige Unternehmer Pérez an sich als unantastbar gilt (und es nach dem Ende der MACCIH womöglich auch bleiben wird), werden die Vertragsbedingungen für den Flughafen Palmerola auch von Seiten des honduranischen Unternehmerverbandes immer wieder kritisiert. Der Airport wird, so der Vorwurf, über Jahrzehnte relativ wenig Geld in die staatlichen Kassen spülen, die Gewinne bleiben größtenteils beim Betreiber hängen. Unterstützt wird die PIA vom Münchner Flughafen, der als Vertragspartner unentbehrliches Knowhow für Bau und Betrieb zur Verfügung stellt. Im Dezember 2019 verlängerte der honduranische Kongress die Frist für die Fertigstellung des Flughafens Palmerola um zwei Jahre auf Ende 2021 und den als leoninisch kritisierten Vertrag mit der PIA von 30 auf 34,5 Jahre.<sup>8</sup>

## Flucht aus Honduras ins Ankerzentrum

Wir begleiteten 2019 einen honduranischen Aktivist\*in, der sich vor staatlicher Verfolgung im Stil von Todesschwadronen hierzulande in Sicherheit gebracht hatte. Wir sind dankbar für das solidarische Engagement einer Münchner Anwältin und freuen uns, dass unser compañero sein Asylverfahren erfolgreich durchlaufen konnte. Die Zeit davor war allerdings nicht leicht. Wie Menschenrechte Geflüchteter hierzulande mit Füßen getreten werden und wie wichtig es ist, dagegen in breiten dekolonialen, antirassistischen Bündnissen aufzustehen (siehe Kapitel „Solidarische Stadt“ in diesem Jahresbericht), zeigten uns einmal mehr die Erfahrungen unseres compa in einem „funktionsgleichen Äquivalent eines Ankerzentrums“. Hier ein Auszug aus seinem Bericht:

7 <http://www.remamx.org/2020/02/comunicado-publico-del-comite-municipal-de-defensa-de-los-bienes-comunes-y-publicos-de-toco/>

8 <https://www.laprensa.hn/premium/1355744-410/concesionaria-de-palmerola-podr%C3%A1-transferir-todo-su-capital-y-ganancias-al-exterior>  
[https://www.deutschlandfunk.de/menschenrechte-in-honduras-flughafen-neu-bau-sorgt-fuer.799.de.html?dram:article\\_id=441798](https://www.deutschlandfunk.de/menschenrechte-in-honduras-flughafen-neu-bau-sorgt-fuer.799.de.html?dram:article_id=441798)

„Das erste, was einer neu angekommenen Person dort auffällt, ist, dass es dominierende Großgruppen, so eine Art Clans, gibt. Man merkt schnell, dass das Clanwesen, die Verzweiflung und die Depression zu permanenten Konflikten führen. Einige Bewohner\*innen sind offenbar schon ein Jahr dort und richtig depressiv. (...) Wenn jemand einer Minderheit angehört, also zum Beispiel schwul ist oder aus einer anderen Weltgegend (als die großen Clans, d.Red.) kommt oder eine alleinerziehende Mutter ist, dann muss er oder sie auf alle Fälle mit Bullying, Drohungen und Belästigung rechnen und Schutz suchen bei einer der Großgruppen. Das geht nur mit Geschenken. Vor allem Zigaretten sind eine gute Währung, um sich Schutz zu erkaufen. Wer dieses System nicht mitmachen kann oder will, kriegt große Schwierigkeiten. (...) In der Nacht finden Trinkgelage und Schlägereien statt. Zweimal habe ich morgens auf dem Gang Blutlachen gesehen.“

### **„Im Camp musste ich alle meine Überlebensinstinkte mobilisieren“**

Es gibt öfter Verletzte und nachts um ein oder zwei Uhr kommt oft die Polizei und manchmal der Krankenwagen. (...) Dazu muss man wissen, dass das Zauberwort im Lager ‚Transfer‘ lautet. Mir wurde gleich am Anfang geraten, ich solle mich schlagen lassen, um ‚Transfer‘ zu bekommen. Das ist ein offenes Geheimnis: Alle haben Angst vor Abschiebung und sprechen tagein, tagaus nur von ‚Transfer‘. (...) Die Krankenstation ist nur von 9 bis 11 Uhr geöffnet. Medikamente gegen chronische Krankheiten werden ausgegeben, Schmerzmittel allerdings verweigert. Es gibt, soweit ich das feststellen konnte, auch keinen Arzt. Man muss Schmerzen aushalten und eben notfalls warten, bis es so schlimm wird, dass man Tage oder Wochen später ins Krankenhaus kommt. (...) Ich selbst musste im Camp, ähnlich wie in meinem Heimatland, alle meine Überlebensinstinkte mobilisieren. Leute, die mich kennen, haben schon nach zwei Monaten gemerkt, dass ich mich verändert hatte. Zum Beispiel habe ich dort alles Deutsch, das ich vorher gelernt hatte, komplett wieder vergessen. Purer Stress. Und der hat System. Im Camp wird alles getan, um Druck auszuüben, damit die Leute ihre Asylgesuche zurückziehen.“

## Situation der LGBT\*Community in Honduras



Die Trans\*Frauengruppe der Asociación Arcoiris de Honduras vor der Demo für ein Genderidentitätsgesetz. Links Bessy Ferrera, die im Juli 2019 ermordet wurde.

Die LGBT\*Community in Honduras engagierte sich auch 2019 gegen Diskriminierung und für gleiche Rechte. Dazu gehörten die gleichgeschlechtliche Ehe und das Adoptionsrecht, vor allem auch ein Gesetz zur Genderidentität, das Trans\*Aktivist\*innen ebenso wie internationale Instanzen schon seit Jahren vom honduranischen Staat fordern. Der grausame Alltag von Hassverbrechen drohte erneut – so jedenfalls unsere Wahrnehmung – alle Kämpfe um Sichtbarkeit und Anerkennung unter einer riesigen Wolke aus Wut, Verzweiflung, Depression unsichtbar zu machen. Besonders schlimm war der Juli 2019, als wir erfahren mussten, dass Bessy Ferrera, Co-Leiterin der Trans\*Frauengruppe der Asociación Arcoiris, erschossen wurde. Im gleichen Monat wurden binnen einer Woche zwei weitere Trans\*Frauen, die TV-Moderatorin Santi Carvajal und die Stylistin Antonia Lainez, umgebracht.

### 325 ermordete LGBT\* in zehn Jahren

2019 wurden in Honduras mindestens 43 Mitglieder der LGBT\*Community ermordet, davon neun Trans\*Frauen. Von Juli 2009 bis Juli 2019 registrierte die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte CONADEH 325 Morde an LGBT\*. Die nicht-tödlichen Übergriffe summieren sich auf viele hundert pro Jahr. Der Durchschnitt der Über-

griffe, die bekannt werden, liegt bei zwei pro Tag. Über 300 Fälle liegen bei den Staatsanwaltschaften, ohne dass es jemals zu Prozessen oder gar Verurteilungen käme. Im Falle von Bessy wurden zwei materielle Täter gefasst und (im Januar 2020) verurteilt. Trotz solcher Einzelfälle, die wohl auch auf großen internationalen Druck zustande kommen, liegt die



Straflosigkeit für Straftaten gegen LGBT\* in Honduras weiter zwischen 95 und 97 Prozent. Asociación Arcoiris geht davon aus, dass an etwa 60 Prozent der Hassverbrechen staatliche Sicherheitskräfte beteiligt sind.<sup>1</sup>

Auf die Koordinatorin der Trans\*Frauengruppe von Arcoiris Jlo Córdova wurde im November vor dem Büro von Arcoiris ein Schusswaffen-Attentat verübt, das sie verletzt überlebte. Sie war zuvor

wiederholt von Polizeikräften und Angehörigen eines privaten Sicherheitsunternehmens bedroht worden. Drohungen erhielt auch ihre Kollegin in der Leitung der Gruppe, Paola Flores, die daraufhin für einige Monate Zuflucht im Ausland suchte.<sup>2</sup>

Das Öku-Büro hatte in den letzten Jahren versucht, auch die Situation der Trans\*Frauen, die im Männergefängnis in der Nähe der Hauptstadt Tegucigapla eingesperrt sind, sichtbar zu machen und die Frauen ein wenig zu unterstützen. 2019 war dies nicht mehr möglich, weil die Asociación Arcoiris keine Besuchserlaubnis mehr erhielt. Auch den Kontakt zu einer der Frauen, die entlassen worden war und als Menschenrechts-

1 <https://avispa.org/en-aumento-crimenes-de-odio-contr-la-comunidad-lgtbi-en-honduras/>

Interview mit dem Journalisten Knut Henkel und der Münchner Trans\*Aktivistin Gaba Sahory Reyes Baca: <https://rdl.de/LGBT-Phobie-in-Honduras>

2 Auf Paola Flores und die Menschenrechtverteidigerin Arianna Michelle Díaz Gómez wurde dann im Januar 2020 wenige Wochen nach ihrer Rückkehr geschossen. <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/erneut-attentat-auf-transaktivistin-in-honduras.html>

verteidigerin bei Arcoíris mitarbeitete, konnten wir nicht aufrechterhalten, seit sie sich, um ihr Leben zu schützen, innerhalb von Honduras versteckt halten muss. Mehrere der überlebenden Trans\*Aktivist\*innen und Mitglieder der LGBT\* verließen das Land, einige von ihnen in den Migrant\*innen-Karawanen.

Im April war die Geschichte der nach Vergewaltigungen und einem Mordversuch aus Honduras geflüchteten Trans\*Frau Nicole García Aguilar publik geworden. García wurde von der US-Behörde Immigration and Customs Enforcement (ICE) mehrfach und teils über Monate willkürlich in Gewahrsam genommen, obwohl sie Asyl erhalten hatte und musste unter Panikattacken unter anderem extreme Einzelhaft in der so genannten Kaltzelle ertragen.<sup>3</sup>

## **Trans\*feindlicher, rassistischer Übergriff in München**

Wenn Menschen, die vor Diskriminierung und Gewalt wegen ihrer Gender-Identität flüchten mussten, deren Leben mehr als einmal in Gefahr war und deren Körper zum Objekt patriarchaler Machtausübung gemacht wurde, wenn diese Menschen dann hierzulande auch nicht sicher sind, erneut Angriffen ausgesetzt und in ihrer Würde und Integrität verletzt werden, ist das eine Katastrophe. Eine solche ereignete sich am 22. November 2019 im Münchner Stadtteil Haidhausen, unweit des Öku-Büros, am Vorabend eines Internationalen Fachseminars zu dem wir eingeladen hatten. Sechs Trans\* und nicht binäre Personen, allesamt Fachreferent\*innen des Seminars, wurden vor einer Bar auf offener Straße geschlagen, an den Haaren gerissen, bedroht und aus einer Gruppe von Gästen aus der Bar mit übelsten rassistischen, trans\*feindlichen, sexistischen Beleidigungen und Verleumdungen konfrontiert. Die herbeigerufene Polizei reagierte nicht adäquat auf die Situation.<sup>4</sup>

Das Öku-Büro bedankt sich bei allen Nachbar\*innen, Einzelpersonen, Organisationen, städtischen Stellen, der Opferberatung BEFORE, Anwält\*innen, die sich in den folgenden Tagen und Wochen solidarisch gezeigt haben. Wir versuchen weiterhin, so gut wir können, die Betroffenen bei den erneut belastenden Ermittlungen beizustehen und sie zu unterstützen, falls es ein Gerichtsverfahren geben wird.

3 <https://www.theguardian.com/us-news/2019/apr/26/transgender-asylum-seeker-nicole-garcia-aguilar-detained>

4 <https://www.oeku-buero.de/details-28/rassistischer-transfeindlicher-%C3%BCbergriff-auf-teilnehmende-eines-internationalen-fachseminars-in-m%C3%BCnchen.html>

## Internationales Fachseminar

Das Internationale Fachseminar „Solidarität und Empowerment“ mit Trans\* und Nicht-binären Personen mit Flucht-, Migrations- und Rassifizierungserfahrung fand am 23. und 24. November trotz der Attacke wie geplant statt. Die Betroffenen haben sich ihr Seminar, auch wenn sie physisch und psychisch sehr mitgenommen waren, nicht nehmen lassen. Sie haben sich ihren Raum und ihre Zeit genommen. Interessierte solidarische Menschen aus der Münchner Stadtgesellschaft waren zu einem ersten Kennenlernen und Austausch eingeladen. Das Ökü-Büro hatte nach einem Konsultationsprozess mit den Referent\*innen das Seminar organisiert und dazu eingeladen. Die inhaltliche Gestaltung übernahmen Maria Virginia González Romero und Olenka Bordo Benavides als Seminarleiter\*innen sowie, ganz im Sinne der Pädagogik der Befreiung und des dezidiert dekolonialen Ansatzes des Seminars, die Fachreferent\*innen selbst.



## Schulveranstaltung

Karla Avelar, in die Schweiz geflüchtete Trans\*Menschenrechtsverteidigerin aus El Salvador und eine der Fachreferent\*innen des Seminars diskutierte in der darauffolgenden Woche Schüler\*innen des Werner-von-Siemens Gymnasiums in München-Neuperlach.

## Factsheet

Zum Jahresende stellten wir ein Factsheet zur Situation der LGBT\*Community in Zentralamerika fertig, das 2020 auch online veröffentlicht wird.

## Länderbericht

Enorme Widersprüche kennzeichneten die gesellschaftliche Dynamik Kolumbiens 2019. Einerseits verzeichnete das Land das größte Wirtschaftswachstum in der ganzen Region, andererseits waren viele Bürger\*innen unzufrieden mit Maßnahmen der Regierung, die sie als ungerecht anprangerten. Außerdem gab es große Rückschritte in Bezug auf Frieden und Konfliktlösung. Im Laufe des Jahres eskalierten Konflikte mit neuen Akteur\*innen, vergangen geglaubte Staatsverbrechen kehrten wieder. Die Regierung erlebte eine Welle der Ablehnung, die Popularitätswerte von Präsident Duque sanken erheblich. .

### Friedensabkommen

Einer der heikelsten Punkte in der politischen und sozialen Szene Kolumbiens hat mit dem Friedensabkommen mit der FARC-EP (ehemalige linke Guerilla) zu tun. Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der Regierung von Juan Manuel Santos und der Guerilla der FARC-EP hat sich der Konflikt in den Regionen gewandelt. Es sind neue Konfliktszenarien und neue Akteur\*innen aufgetreten. Dennoch hat der kolumbianische Präsident Duque angekündigt, das Gesetz, welches die Arbeit der Sonderrechtsprechung für den Frieden („*Justicia Especial para la Paz*“ – JEP) regelt, nicht in Kraft zu setzen. Der kolumbianische Präsident argumentierte mit verschiedenen Problemen des Gesetzestextes.<sup>1</sup> Das Friedensabkommen hätte bis 2019 umgesetzt werden sollen. Das ist aber nicht geschehen. Die Verantwortung der staatlichen Institutionen für den Frieden wird nun in Frage gestellt und die Opfer des Konflikts werden in einem Zustand der Angst zurückgelassen.

Die umstrittensten Punkte für die derzeitige Regierung sind die Garantien für die Opfer, die politische Beteiligung der Ex-Kombattant\*innen, die entsprechenden Maßnahmen zur Landrückgabe, die integrale Agrarreform und die Bekämpfung der illegalen Plantagen. Darüber hinaus wurden die Pläne für die Zonen zur Wiedereingliederung ehemaliger FARC-EP-Kämpfer\*innen nicht erfüllt, da die territorialen Ausbildungs- und Wiedereingliederungsräume (*Espacios Territoriales de Capacitación y Reincorporación* - ETCR) beendet wurden. Nur in zwei der 24 ETCRs, die in Betrieb blieben, wurden kollektive Wirtschaftsjekte erfolgreich durchgeführt. All diese Hindernisse, zusammen mit der

1 [www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/acusan-a-duque-ante-onu-de-poner-obstaculos-al-acuerdo-de-paz-336178](http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/acusan-a-duque-ante-onu-de-poner-obstaculos-al-acuerdo-de-paz-336178) und <https://www.semana.com/nacion/articulo/seis-objeciones-a-la-ley-estatutaria-de-la-jep-explicadas-a-profundidad/604981>

Verfolgung, der politischen Stigmatisierung und der Ermordung ehemaliger Kämpfer\*innen, dienten drei Anführern der ehemaligen Guerrilla als Argumente für die Rückkehr zu den Waffen und die Schaffung der „neuen FARC-EP“<sup>2</sup>. Oppositionspolitiker sind der Meinung, die Regierung habe diese Fraktion der FARC zum Krieg gedrängt.<sup>3</sup>

Anfang des Jahres zog die ELN (Armee zur nationalen Befreiung) die internationale Aufmerksamkeit mit einem Angriff auf die Polizeischule in Bogotá auf sich.<sup>4</sup> Der Preis für den Angriff war das Ende der Verhandlungen mit der ELN und bedeutete einen großen Rückschritt für den Friedensprozess im Land. Der Leiter des Verhandlungsteams der ELN äußerte in verschiedenen Medien, dass sie trotz des brutalen Angriffs, bei dem 20 Polizist\*innen in Bogotá getötet wurden, die Verhandlungen über ein Friedensabkommen mit dem kolumbianischen Staat nicht aufgeben möchten.<sup>5</sup> Die Regierung hatte ohnehin kein Interesse mit ihnen zu verhandeln.

Es gibt aber auch Positives zu berichten. Die Friedensabkommen sowohl mit den FARC-EP als auch mit der AUC (Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens) haben bisher einen großen Beitrag zur Klärung der Wahrheit und zum Aufbau des historischen Gedächtnisses des Konflikts geleistet. Es gibt aber einen großen Unterschied zwischen beiden Abkommen. Die bereitgestellten Informationen der in Ralito mit den paramilitärischen Gruppen unterzeichneten Abkommen wurden nicht veröffentlicht. Der Friedensprozess, die Verhandlungen und die Übergabe der Waffen lag von Anfang an in den Händen der Regierung. Im Gegensatz dazu hat der FARC-EP eine sehr positive Bilanz in Bezug auf das Abkommen über den Prozess der Wahrheitsfindung gezogen. Vielleicht liegt das daran, dass der Prozess nicht auf die amtierende Verwaltung beschränkt ist, sondern von der JEP, der Wahrheitskommission (CEV – *Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad*) und der Suchstelle für Vermisste (*Unidad para la Búsqueda de Personas Desaparecidas* - UBPD) betrieben wird. Sowohl die Zeug\*innenaussagen als auch die Informationen, die das JEP erhält, werden überprüft, bestätigt und möglicherweise veröffentlicht.

2 <https://amerika21.de/dokument/231112/kolumbien-manifest-farc-ep>

3 <https://twitter.com/GustavoBolívar/status/1166992347848171520>

4 [https://es.wikipedia.org/wiki/Atentado\\_contra\\_la\\_escuela\\_de\\_polic%C3%ADa\\_General\\_Santander](https://es.wikipedia.org/wiki/Atentado_contra_la_escuela_de_polic%C3%ADa_General_Santander)

5 <https://www.elspectador.com/noticias/politica/no-pueden-pedir-que-nos-amarremos-los-brazos-si-nos-atacan-pablo-beltran-articulo-835313>



Die afrikanisch stämmigen Kolumbianer\*innen sind stark vom Konflikt betroffen.

Einen wichtigen Beitrag auf der Suche nach Wahrheit hat die Wahrheitskommission geleistet. Ihre Arbeit fand nicht nur in Kolumbien, sondern auch weltweit statt. Die CEV (Wahrheitskommission) hat sich zum Ziel gesetzt, dass auch die Opfer, die in der Diaspora und im Exil leben, ihre Aussagen bei der CEV machen können. Um dies zu unterstützen, haben sich in vielen Ländern, unter anderem in Deutschland Arbeitsgruppen gegründet, die dieses Anliegen unterstützen. Im Jahr 2019 bildete die CEV selbst Personen in Europa aus, die die Aussagen entgegennehmen und diese mit der entsprechenden Anonymität und Sicherheit an die CEV übermitteln.<sup>6</sup> Die Arbeitsgruppe in Deutschland nahm schon

<sup>6</sup> <https://www.kolko.net/aktuelles/beitraege-zur-wahrheitskommission-von-deutschland-aus-aportes-a-la-comision-de-la-verdad-desde-alemania/>

im vorherigen Jahr die ersten Aussagen auf und führte verschiedenen Veranstaltungen durch.<sup>7</sup>

## **Die Ermordung von Anführer\*innen und Aktivist\*innen sozialer und indigener Organisationen**

Der kolumbianischen Regierung nach wurden zwischen Januar 2016 und Juli 2019 289 soziale Anführer\*innen und Menschenrechtsaktivist\*innen ermordet.<sup>8</sup> Allein zwischen Januar und Juli 2019 erscheinen 30 Fälle im Bericht. Unseren Beobachtungen nach wurden schon Mitte März 30 Aktivist\*innen und soziale Anführer\*innen ermordet, was mit den Zahlen der Regierung nicht übereinstimmt. Das Büro des Ombudsmanns zählte 482 Opfer zwischen November 2016 und Juli 2019, die Generalstaatsanwaltschaft zählte 302 nach Berichten der Vereinten Nationen.<sup>9</sup> Auf der anderen Seite berichtete die Nichtregierungsorganisation INDEPAZ über 250 Mordfälle im Jahr 2019, davon 23 allein im Dezember.<sup>10</sup> Im Jahr 2018 wurden laut INDEPAZ 282 Personen ermordet, seit November 2016 zählen sie 777 Opfer.

Die tiefe Entrüstung wegen der gravierenden Menschenrechtssituation und der systematischen Ermordung von Aktivist\*innen weckte die Aufmerksamkeit nicht nur der Bevölkerung sondern auch der internationalen Medien und Organisationen.<sup>11</sup> Bei den Zahlen werden die Opfer politischer, sozialer, indigener und Umweltaktivist\*innen sowie ehemaliger Kämpfer\*innen der FARC<sup>12</sup> mitgezählt. Ebenso tauchen immer mehr Drohpamphlete paramilitärischer Strukturen gegen

7 <https://www.kolko.net/krieg-und-frieden/berlin-14-06-save-the-date-presentacion-del-trabajo-de-la-comision-de-la-verdad-en-alemania-con-comisionado-carlos-beristain/>

8 [www.derechoshumanos.gov.co/Prensa/2019/Documents/INFORME%20LD%20DH%20ACTUALIZADO%2017%20DE%20JULIO\\_V2.pdf](http://www.derechoshumanos.gov.co/Prensa/2019/Documents/INFORME%20LD%20DH%20ACTUALIZADO%2017%20DE%20JULIO_V2.pdf)

9 [elcolombiano.com/colombia/paz-y-derechos-humanos/lideres-sociales-asesinados-en-colombia-durante-2019-hasta-septiembre-segun-indepaz-PH11611439](http://elcolombiano.com/colombia/paz-y-derechos-humanos/lideres-sociales-asesinados-en-colombia-durante-2019-hasta-septiembre-segun-indepaz-PH11611439)

10 [www.eltiempo.com/colombia/otras-ciudades/cifra-de-lideres-sociales-asesinados-en-el-2019-447954](http://www.eltiempo.com/colombia/otras-ciudades/cifra-de-lideres-sociales-asesinados-en-el-2019-447954)

11 [www.mailchi.mp/dist/cidh-culmina-visita-de-trabajo-a-colombia-sobre-alarmante-situacin-de-asesinatos-de-lderes-y-lideresas-sociales-y-personas-defensoras-de-ddhh?c=fc8d808c65](http://www.mailchi.mp/dist/cidh-culmina-visita-de-trabajo-a-colombia-sobre-alarmante-situacin-de-asesinatos-de-lderes-y-lideresas-sociales-y-personas-defensoras-de-ddhh?c=fc8d808c65)

12 <https://amerika21.de/2019/09/231328/morde-farc-kolumbien>



„Entschuldige die Störung. Wir werden umgebracht“  
– Performance bei einer Kundgebung gegen den Mord an  
Aktivist\*innen

Homosexuelle, Prostituierte und venezolanische Migrant\*innen auf.<sup>13</sup> Darüber hinaus steigen wieder die Zahlen Asylsuchender in Deutschland.<sup>14</sup> Im Jahr 2019 hatten wir Kontakt mit Kolumbianer\*innen, die in Flüchtlingsunterkünften leben. Sie haben über 200 Asylsuchende aus Kolumbien gezählt.

Die Ermordung von Aktivist\*innen und Indigenen zeigt auch die Wiederkehr der staatlichen Verbrechen und die Kooperationen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und illegalen Gruppen. Am 23. November wurden zwei sozial engagierten Jungen in der Nähe von El Bordo/Patía (Departement Cauca, Kolumbien) von drei kolumbianischen

13 <https://amerika21.de/2019/09/231449/leichen-slums-bogota-kolumbienbogota-na>

14 Für 2018 siehe: <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Kolumbien/fluechtlinge.php>

Polizisten in ein Privatauto gezerzt und an einen unbekanntem Ort gebracht. Die beiden lokal bekannten Gemeindeaktivisten sind bis heute spurlos verschwunden. Einer der drei Polizisten soll sich in der dortigen Polizeistation das Leben genommen haben. Es war der zweite angebliche Selbstmord eines Polizisten in diesem Ort im Jahr 2019. Die beiden Kollegen des Toten wurden am 7. Dezember verhaftet und sitzen seitdem im Gefängnis in Popayán.<sup>15</sup> Einige Tage danach wurde dank Aussagen von Militärs vor der JEP ein Massengrab im Dorf Dabeiba im Departement Antioquia gefunden. Am 14. Dezember begann die Exhumierung von ungefähr 50 Leichen, Mordopfern des Militärs.<sup>16</sup> Die Opfer sind vermutlich Zivilist\*innen, die vom kolumbianischen Militär hingerichtet und danach als im Kampf gefallene Gegner\*innen präsentiert worden waren. Diese Fälle wurden im Land "Falsos Positivos" genannt.

Wegen der Ermordung von Führungskräften, scheint der internationale Druck nicht ausreichend gewesen zu sein. Im vergangenen Jahr haben sowohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) als auch der UN-Sicherheitsrat die kolumbianische Regierung aufgefordert, auf einen Dialog mit den bewaffneten Gruppen zu bestehen. Die Ermordung von Anführer\*innen und Aktivist\*innen sozialer und indigener Organisationen geht weiter.

## **Erdöl, Bergbau und (illegale) Monokulturen**

Die Arbeit des JEP, der CEV und der UBPD sowie das Machtvakuum, das die FARC-EP in den Gebieten hinterließ, geben einen Einblick in die Komplexität des Szenarios. Einerseits geht die Belästigung der Zivilbevölkerung durch alle Akteur\*innen wie paramilitärische Gruppen, die heute als kriminelle Banden oder BACRIM bezeichnet werden, die Guerillas ELN und EPL, die Dissidenten der FARC-EP, die kolumbianischen Streitkräfte und viele andere Gruppen, die sich im Land etabliert haben, weiter. Die Dynamik des Konflikts ist jetzt viel deutlicher beziehungsweise beweisbar.<sup>17</sup> Diese Gruppen, egal ob sie illegal oder legal sind, profitieren von illegalen Monokultur-Plantagen, von

15 <http://oeku-buero.de/nachricht-508/staatliches-gewaltsames-verschwindenlassen-Kolumbien.html>

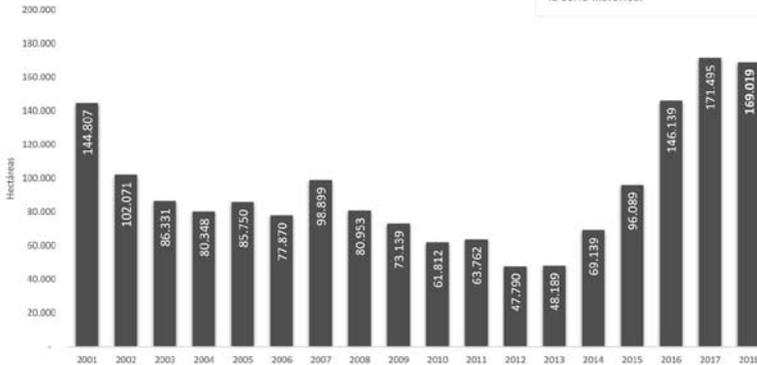
16 [https://www.jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/Diligencia-de-prospecci%C3%B3n-y-exhumaci%C3%B3n-en-cementerio-de-Dabeiba-\(Antioquia\)-por-parte-de-la-JEP.aspx](https://www.jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/Diligencia-de-prospecci%C3%B3n-y-exhumaci%C3%B3n-en-cementerio-de-Dabeiba-(Antioquia)-por-parte-de-la-JEP.aspx)

17 Siehe die Berichte und Publikationen des Erinnerungszentrums Kolumbiens: [centrodememoriahistorica.gov.co](http://centrodememoriahistorica.gov.co) und der CEV: [comisiondelaverdad.co](http://comisiondelaverdad.co)

### Serie histórica del área con coca a 31 de diciembre, 2001-2018

#### Hallazgos clave

En 2018, Colombia logró detener la tendencia de crecimiento de los cultivos de coca (169.000 ha). Aunque aún permanece en la parte más alta de la serie histórica.



Koka-Anbauflächen bis 2018. 2019 war Kolumbien weltgrößter Kokaproduzent.

der Bearbeitung dieser Produkte, von legalem und illegalem Bergbau, der Viehzucht sowie von der Ölförderung. Einige Unternehmen schaffen und/oder nutzen diese Gruppen zu ihrem Vorteil, andere sind gezwungen, für ihre Sicherheit zu zahlen, und diejenigen, die dies nicht tun, werden von bewaffneten Gruppen angegriffen.<sup>18</sup> Erneut werden Beamt\*innen ermordet. Entführungen und Erpressung verschiedener Unternehmen oder Organisationen, einschließlich sozialer Stiftungen, nehmen zu.<sup>19</sup>

Der bewaffnete Konflikt verschärfte sich vor allem an der Pazifikküste. Die am stärksten betroffenen Regionen sind das Bajo Atrato im Departement Chocó, Tumaco in Nariño und verschiedene Regionen des Departements Cauca. Diese Regionen leben hauptsächlich von legalen und illegalen extraktiven Geschäften wie Erdölförderung, Bergbau und Drogenplantagen. Andere Departements mit einer Zunahme sowohl der

18 <https://amerika21.de/2020/01/236752/kolumbien-paramilitarismus-konzerne>

19 [www.eltiempo.com/colombia/caliquienes-eran-los-ingenieros-asesinados-en-el-cauca-429578-wradio.com.co/noticias/regionales/tres-ingenieros-de-la-continental-gold-fueron-asesinados-en-antioquia/20180920/nota/3801616.aspx](http://www.eltiempo.com/colombia/caliquienes-eran-los-ingenieros-asesinados-en-el-cauca-429578-wradio.com.co/noticias/regionales/tres-ingenieros-de-la-continental-gold-fueron-asesinados-en-antioquia/20180920/nota/3801616.aspx); [elcolombiano.com/colombia/paz-y-derechos-humanos/secuestro-empleados-maquinaria-en-ituango-por-las-disidencias-de-las-farc-JD11746384](http://elcolombiano.com/colombia/paz-y-derechos-humanos/secuestro-empleados-maquinaria-en-ituango-por-las-disidencias-de-las-farc-JD11746384); [eltiempo.com/colombia/medellin/dos-ingenieros-fueron-asesinados-en-urrao-suroeste-de-antioquia-366878](http://eltiempo.com/colombia/medellin/dos-ingenieros-fueron-asesinados-en-urrao-suroeste-de-antioquia-366878)

Rohstoffproduktion<sup>20</sup> als auch der Präsenz bewaffneter Gruppen waren Córdoba, Antioquia, La Guajira und El Cesar. Darüber hinaus haben auch die Umweltprobleme in diesen Regionen zugenommen, was für die Unternehmen auch zu spüren war. Als Beispiel können wir den Bergbaukonzern El Cerrejón nehmen. Seine Lizenz wurde letztes Jahr unter die Lupe genommen.<sup>21</sup>

An einigen Orten in diesen Regionen wurden Lizenzen für den Anbau und die Verarbeitung von Marihuana für medizinische Zwecke erteilt. Die Lizenzen wurden an internationale Unternehmen oder große nationale Unternehmen vergeben, wobei die Indigene- und Bauernverbände außen vor blieben.<sup>22</sup> Diese Situation könnte zu einer Zunahme der Ungleichheit im Land führen, wegen des Mangels an kommerziellen Möglichkeiten für die Indigenen und Bäuerinnen und Bauern, aber auch wegen des Drucks, dass sie aus ihren Gebieten entfernt werden sollen. Im Jahr 2019 kam es erneut zu massiven gewaltsamen Vertreibungen.<sup>23</sup> Neben Marihuana stellen auch Koka und Mohn ein sehr hohes soziales Risiko dar.

## **Weltweit größter Kokainproduzent**

2019 war Kolumbien größter Koka- und Kokainproduzent: Laut United Nations Office on Drugs and Crime lag der Anbaufläche 2017 bei 171.000 Hektar<sup>24</sup> und 169.000 Hektar im Jahr 2018. In diesem Jahr wurden circa 887 Tonnen Kokain erzeugt.<sup>25</sup> Laut US-Regierung waren aber 208.000 Hektar im Jahr 2018 mit Coca bepflanzt und 209.000 Hektar

20 <https://www.elespectador.com/economia/colombia-busca-la-ruta-del-cobre-articulo-901892>

21 [www.misereor.de/fileadmin/publikationen/publikation-menschenrechtsverletzungen-durch-den-kohleabbau-in-el-cerrejon.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/publikation-menschenrechtsverletzungen-durch-den-kohleabbau-in-el-cerrejon.pdf)

22 [www.hispaweed.com/enelmundo/33-licencias-de-cannabis-en-colombia](http://www.hispaweed.com/enelmundo/33-licencias-de-cannabis-en-colombia)  
<https://www.semana.com/economia/articulo/marihuana-en-colombia-ya-hay-licencias-para-producir-cannabis-medicinal/553403>

23 Ein Beispiel: [www.elespectador.com/noticias/nacional/en-tumaco-declaran-emergencia-humanitaria-por-desplazamiento-forzado-de-3000-personas-articulo-900628](http://www.elespectador.com/noticias/nacional/en-tumaco-declaran-emergencia-humanitaria-por-desplazamiento-forzado-de-3000-personas-articulo-900628)

24 [www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Colombia/Colombia\\_Monitoreo\\_territorios\\_afectados\\_cultivos\\_ilicitos\\_2017\\_Resumen.pdf](http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Colombia/Colombia_Monitoreo_territorios_afectados_cultivos_ilicitos_2017_Resumen.pdf)

25 <https://de.statista.com/infografik/20020/geschaeetzte-produktionsmenge-reinen-kokains>

im Jahr 2017.<sup>26</sup> 70 Prozent des Kokain weltweit wird in Kolumbien produziert, was circa 2 Prozent des BIP entspricht.<sup>27</sup> Die illegalen Plantagen stehen in Zusammenhang mit drei weiteren Phänomenen. Kolumbien bleibt weltweit nach Syrien das Land mit zweithöchsten Zahlen von Binnenflüchtlingen.<sup>28</sup> In Lateinamerika ist es das Land mit dem höchsten Zahlen von Gewaltsamen-Verschwindenlassen. Zwischen Januar und Juli 2019 wurden 3.800 Personen als gewaltsam verschwunden gemeldet.<sup>29</sup> Das Land ist außerdem nach GINI-Methode das zweitungleichste Land Lateinamerikas<sup>30</sup>.

## **Bürger\*innenbewusstsein und Mobilisierung**

Aufgrund der oben genannten Fakten initiierte ein Komitee aus Gewerkschafter\*innen, Lehrer\*innen und Student\*innen eine soziale Protestbewegung, die mit einem Streik am 21. und 27. November begann. Im Rahmen der Proteste haben viele andere Treffen, Konzerte, Märsche und Veranstaltungen stattgefunden. Der Protest hat fast das gesamte Staatsgebiet erreicht und obwohl die Zahlen zwischen den Angaben der Regierung und den Angaben der Demonstrant\*innen variierten, handelte es sich um beispiellose Demonstrationen. Den Koordinator\*innen der Bewegung ist es gelungen einen Dialogtisch mit dem Staat zu erreichen, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft zu erlangen und vor allem das Recht, friedlichen und organisierten Protest auszuüben. Es kam zwar vereinzelt zu Vandalismus, der jedoch von den Organisator\*innen des Streiks verurteilt wurde. Es gab auch Fälle, in denen staatliche Kräfte den Protest unterwandert und versucht haben, falsch zu informieren und Unruhe zu stiften, wie im Fall des

26 [www.cnn.espanol.cnn.com/2018/06/25/colombia-coca-cocaina-record-niveles-altos-estados-unidos-ondcp](http://www.cnn.espanol.cnn.com/2018/06/25/colombia-coca-cocaina-record-niveles-altos-estados-unidos-ondcp)

27 [www.eltiempo.com/economia/sectores/efectos-del-regreso-de-las-fumigaciones-con-glifosato-448932](http://www.eltiempo.com/economia/sectores/efectos-del-regreso-de-las-fumigaciones-con-glifosato-448932)

28 <https://www.unhcr.org/ua/en/15810-unhcr-annual-global-trends-shows-high-level-of-forced-displacement-in-the-world.html> und <https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2019/downloads/report/2019-IDMC-GRID-summary.pdf>

29 [www.rcnradio.com/judicial/segun-medicinal-legal-en-el-2019-han-desaparecido-mas-de-3800-personas-en-colombia](http://www.rcnradio.com/judicial/segun-medicinal-legal-en-el-2019-han-desaparecido-mas-de-3800-personas-en-colombia) und [https://co.boell.org/sites/default/files/cartografia\\_desaparicion\\_forzada\\_en\\_colombia.pdf](https://co.boell.org/sites/default/files/cartografia_desaparicion_forzada_en_colombia.pdf)

30 <https://www.semana.com/nacion/articulo/informe-de-desarrollo-humano-2019/643072> und <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G19/229/25/PDF/G1922925.pdf?OpenElement>

Brandes des Gebäudes des kolumbianischen Instituts für Bildungskredite und technische Studien im Ausland (ICETEX). Als Ergebnis all dieser Aktionen können wir feststellen, dass Kolumbien, wie auch andere lateinamerikanische Länder, ein Erwachen des Bürger\*innenbewusstsein erlebt haben, eine Art friedliche Revolution, um die Probleme vieler Kolumbianer\*innen zu lösen, die unter den Folgen des wirtschaftlichen und politischen Modells des Landes leiden. Die Märsche zeigen auch das Potenzial für die Student\*innenorganisation in Kolumbien.

Die Proteste zeigen, dass das Volk von denjenigen, die politische Macht ausüben, nicht angemessen vertreten wird. Es gibt willkürliche und undemokratische Maßnahmen, Privatisierungen, Arbeits- und Steuerreformen zum Nachteil der Arbeiterklasse. Die Protestierenden forderten unter anderem den Schutz der Menschenrechte, ein sofortiges Ende der Gewalt, die wirksame Umsetzung des Friedensvertrages von Regierung und FARC und eine bessere Gesundheitsversorgung. Zudem forderten sie die Einhaltung der vereinbarten Abmachungen, freie Meinungsäußerung und legitime soziale Proteste, Schutz der Landwirte, Kinder und Indigenen, Einsatz für den Umweltschutz, eine kostenfreie Bildung und eine gewaltfreie Gesellschaft, basierend auf Dialog. Ihre Forderungen richten sich gegen die vorgesehenen Reformen, die 80 Prozent der Bevölkerung negativ beeinträchtigen, gegen Korruption und Privatisierung und gegen die Kriminalisierung und Instrumentalisierung der sozialen Proteste.

Obwohl die Regierung sagt, dass sie das Budget für Bildung erhöht hat, haben die öffentlichen Universitäten ein Defizit von vier Millionen Euro. Das Budget, über das sie verfügen, wird oft ausgegeben für unnötige oder persönliche Ausgaben, für Korruption, wie im Fall der Distriktuniversität, wo der Rektor entlassen wurde, oder wie im Fall der Universität Medellín, wo der Rektor sein Amt niederlegen musste.

In den Tagen des Protestes wurde die übermäßige Anwendung von staatlicher Gewalt deutlich. Es gab jedoch auch Fälle von Vandalismus und Gewalt gegen die öffentlichen Kräfte. Der erste Streik führte zu festgenommenen Demonstrant\*innen, ehemals loyale Mitarbeiter\*innen der Polizei, durch exzessiven Gewalteinsatz von den Einheiten der Bereitschaftspolizei, sowie zu Menschen, die von den staatlichen Sicherheitskräften getötet worden waren. Die Gegner\*innen der Märsche, insbesondere die Partei des Demokratischen Zentrums, versuchten mit verschiedenen Mitteln, die Proteste zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Kurz gesagt, die Reaktion auf die Proteste und Mobilisierungen



Proteste gegen Hidroituango

war Gewalt, Repression und Kriminalisierung und die Delegitimierung des Protests durch den Staat.

Ein erwähnenswerter Punkt ist die Beteiligung der feministischen Bewegung an den Protestaktionen, die international unter dem Motto „Du bist der Vergewaltiger“ stattfanden. Sexuelle Gewalt hört nicht auf. Alle drei Tage wird in Kolumbien eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner vergewaltigt. 87 Prozent von ihnen sind Mädchen oder Jugendliche. Die Ohnmacht des Staates hat dazu geführt, dass diese Fälle auf ungewöhnliche Weise der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) vorgelegt wurden.

Die Proteste waren auch die Folge anderer Ereignisse, die im vergangenen Jahr stark kritisiert wurden. Zum Beispiel die Genehmigung des Verteidigungsministeriums für den Bombenangriff der Armee in Caquetá, bei dem 18 Minderjährige starben. Darüber hinaus wurde auch eine indigene Gemeinde von der Nationalen Armee bombardiert. Laut New York Times hatte die kolumbianische Militärführung offenbar im Januar 2019 ihre Einheiten angewiesen, die Zahlen von „Kriminellen“ zu verdoppeln, die sie in Kampfhandlungen töten, gefangen nehmen oder zur Aufgabe zwingen sollen. Dazu mussten sich sämtliche hochrangige Militärs bei einer entsprechenden Versammlung auch schriftlich verpflichten.<sup>31</sup> Ein weiteres Beispiel war der Versuch des Finanzministers für eine Rentenreform sowie die Privatisierung der öffentlichen Rentenfonds. Der Senat stimmte der umstrittenen Reform zu. Das dritte Beispiel ist Dario Acevedo, Direktor des Nationalen Zentrums für Historisches Gedächtnis (CNMH), der darauf bestand, den bewaffneten Konflikt zu leugnen.

<sup>31</sup> <https://www.nytimes.com/2019/05/18/world/americas/colombian-army-killings.html>

Der Präsident der Republik löste auch eine große Kontroverse aus, indem er der UNO Fotos und falsche Anschuldigungen gegen die Regierung von Nicolás Maduro in Venezuela vorlegte. Angesichts der Wirtschaftskrise in Venezuela kam es 2019 zu einer massiven Migration venezolanischer Bürger\*innen auf dem gesamten Kontinent. In Kolumbien wurde dieses Phänomen als Gelegenheit zur Propaganda gegen politische und soziale Bewegungen sozialistischer und kommunistischer Tendenzen genutzt. Die kolumbianischen Medien verbreiteten eine Propaganda, die auch die Venezolaner\*innen kriminalisiert und stigmatisiert. Die diplomatischen Spannungen eines möglichen militärischen Einmarsches war ebenfalls sehr groß. Die Unterstützung der kolumbianischen Regierung und der Einsatz kolumbianischer Flugzeuge zur Mobilisierung des Putschisten Juan Guaidó führte zu einer starken Spaltung der Kolumbianer\*innen. Es sei daran erinnert, dass es sieben US-Militärstützpunkte in Kolumbien gibt.

## **Umwelt**

Kolumbien hat auch in Umweltfragen Rekorde aufgestellt. Die Waldverluste werden für 2018 auf 197.159 Hektar geschätzt, insbesondere im Amazonasgebiet. In den letzten sechs Jahren wurde in Kolumbien fast 220.000 Hektar Wald abgeholzt, was 926.000 Fußballfeldern entspricht. Das Land verbraucht derzeit 2,8 Mal mehr Rohstoffe als der Durchschnitt der OECD-Länder. 88 Prozent der Katastrophen, die sich im Land ereignet haben, wie Überschwemmungen, Erdbeben, Dürren und Schlammlawinen, stehen daher in engem Zusammenhang mit illegaler Waldrodung und illegalem Bergbau. Letzterer hat laut IDEAM (Regierungsbehörde des kolumbianischen Ministeriums für Umwelt und nachhaltige Entwicklung) mindestens 1150 Flüsse und Bäche betroffen. Die Verantwortlichen für die Maßnahmen zum Schutz des Amazonas sind die Richter des Hohen Gerichtshofs von Cundinamarca. Leider gibt es keine Berichte über Maßnahmen, die ergriffen wurden. Es gibt auch keine konkreten Maßnahmen zum Schutz der Moore und anderer gefährdeter Ökosysteme, im Gegenteil, es besteht immer noch die Sorge, dass diese Ökosysteme der Ausbeutung durch den Bergbau überlassen werden.



Die Regierung plant wieder Pestizide aus Flugzeugen zu versprühen.

## Wahlkampf

2019 wurden bei den Wahlen von Bürgermeister\*innen und Gouverneur\*innen mehrere Kandidaten bedroht oder getötet. Dennoch gibt es bei den Wahlergebnissen auch Positives zu berichten. Einerseits wurde die LGBTI\*-Gemeinschaft gestärkt. Claudia Lopez, die unter anderem eine Führungspersonlichkeit der LGBTI\*-Gemeinschaft ist, gelang es, den Posten der Bürgermeisterin von Bogotá zu gewinnen. Auf der anderen Seite verlor das Demokratische Zentrum an Stärke und es entstanden unabhängige Kandidat\*innen, die erfolgreich waren, wie im Fall von Daniel Quintero, dem neuen Bürgermeister von Medellín. Wie in ganz Lateinamerika nutzen evangelikale Gruppen ihre Kirchen weiterhin, um in die Politik einzugreifen und die Menschen zu manipulieren und falsch zu informieren.

Unter den politischen Schritten müssen wir auch die neuen Ernennungen von Präsident Duque hervorheben. Einige beispielhafte Fälle waren die Beamten, die den Anforderungen der Position nicht entsprachen, ein Direktor des CNMH, der den Konflikt und die Beförderungen von Militärpersonal, die von False Positives untersucht wurden, leugnete.

Abschließend ist zu erwähnen, dass zum ersten Mal in der Geschichte Kolumbiens ein ehemaliger Präsident vor dem Obersten Gerichtshof aussagen musste. Bei dem mutmaßlichen Fall handelt es sich angeblich um eine Manipulation von Zeug\*innen. Álvaro Uribe, Senator und ehemaliger Präsident Kolumbiens zwischen 2002 und 2010, wurde von der höchsten Justizbehörde des Landes vorgeladen, „um bei einer Vernehmung im Rahmen von Ermittlungen angehört zu werden“. Es wurde noch keine Entscheidung getroffen.

## **Was erwarten wir für 2020?**

Im Jahr 2020 werden in Kolumbien neue Häfen in Betrieb genommen, vor allem in Regionen, in denen bereits Bergbaulizenzen erteilt wurden, die aber aufgrund der fehlenden Infrastruktur für Transport und Export noch nicht in Betrieb sind. Darüber hinaus könnte die verzweifelte Suche nach mehr Öl, Kupfer und anderen Mineralien zu neuen Eskalationen des Konflikts führen. Die Neuausrichtung der Kräfte im Drogenhandel und der Druck, Gebiete auch für legale Plantagen zu gewinnen, stellen ebenfalls ein mögliches Risiko für das Jahr 2020 dar.

Die Regierung konzentriert sich darauf, das Wirtschaftswachstum zu erhalten, damit dem bewaffneten Konflikt nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt wird oder dass es dem Militär überlassen wird, eine neue Welle von Verbrechen zu begehen. Die möglichen Szenarien sind schwer vorhersehbar. Dasselbe gilt für den sozialen Protest. Irgendwann könnte einer der Akteur\*innen nachgeben oder, falls keine Ergebnisse erzielt werden, könnte der Protest radikaler werden. Im Umweltbereich könnten natürliche Phänomene durch Abholzung und die Veränderung von Flüssen auftreten.

Es ist auch zu hoffen, dass mit den Fortschritten des CEV und der UBPD die Zusammenarbeit zwischen bewaffneten Gruppen und Unternehmen, insbesondere den Rohstoffunternehmen, besser geklärt werden kann, um eine Wiederholung der Geschichte zu vermeiden. Auf internationaler Ebene wird der Druck auf die Regierungen von Kolumbien weiter zunehmen, Veränderungen durchzuführen.



Podiumsdiskussion „Profit statt Umwelt und Menschenrechte – (Klima-) Un-Verantwortung Münchener Unternehmen“ am 29. April im EineWeltHaus

## Aktivitäten zu Kolumbien

Im Jahr 2019 hat sich die Arbeit der Kolumbienstelle etabliert und konsolidiert. Unser Kolumbien-Referent verfügt inzwischen über die gleichen Arbeitszeiten wie unsere anderen Referent\*innen. Im vergangenen Jahr nahmen wir an 30 Aktivitäten teil und konnten damit über 900 Personen mit unseren Inhalten direkt erreichen. 18 dieser Aktivitäten wurden direkt von uns organisiert, bei denen wir über 600 Teilnehmer\*innen begrüßen durften. Wir nahmen an den Hauptversammlungen von SIEMENS und Munich Re sowie an einem Projekttag im Thomas-Mann-Gymnasium teil, unterstützten vier Kundgebungen und ein Konzert, veranstalteten neun Vorträge beziehungsweise Diskussionsrunden sowie einen Workshop. Außerdem trugen wir zur Sendung „En la Línea“ des Ökumenischen Büros bei Radio Lora eine Sendereihe über Kolumbien bei und waren an weiteren Radioprogrammen beteiligt. Des Weiteren wurden über Social-Media-Kanäle mehrere tausend Menschen erreicht. Die wichtigsten Themen waren Unternehmensverantwortung, die Auswirkungen von großen Wasserkraftwerken, Menschenrechtsverletzungen als Folge der Klimakrise, Erinnerungskultur, indigene Gemeinden, der Mord beziehungsweise das gewaltsame Verschwindenlassen von Aktivist\*innen, die neue Eskalation des Konfliktes in Kolumbien, die Unterstützung von landesweiten Streiks, die Legalisierung von Cocoblättern, die Drogenökonomie sowie die politischen Gefangenen im Land.

Ein Schlüsselthema für die Kolumbienstelle war die Plattform klimasolidaritaet.de. Dafür gewannen wir neue Sponsoren wie Protect The Planet und das Referat für Gesundheit und Umwelt sowie neue Partnerschaften, zum Beispiel mit der Christlichen Initiative Romero und der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK). (siehe Kapitel Klima Menschenrechte Unternehmen). Dazu kamen Tätigkeiten wie die kontinuierliche Pflege unserer Internetseite und unserer Social-Media-Kanäle sowie die Aufbereitung der Informationen für den Newsletter. Über diese Kanäle machen wir nicht nur unsere Aktivitäten bekannt, sondern informieren auch über die aktuellsten Neuigkeiten zu Kolumbien.

## **Unternehmensverantwortung**

Die Auswirkungen von Wasserkraftwerken waren 2019 ein sehr wichtiges Thema in Kolumbien. Als Vorbereitung der themenbezogenen Veranstaltungen und der Teilnahme an den Hauptversammlungen von SIEMENS und Munich Re, sowie für die Unterstützung der *Rios-Vivos*-Bewegung in Kolumbien recherchierten wir die Auswirkungen großer Kraftwerke in Kolumbien und die Beteiligung deutscher Unternehmen daran.

Unser Kolumbien-Referent war Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Profit statt Umwelt und Menschenrechte. (Klima-)Un-Verantwortung Münchener Unternehmen“ im Vorfeld der Munich Re Versammlung. Sowohl SIEMENS als auch Munich Re sind Lieferanten des Wasserkraftwerksprojekt Hidroituangó im Norden des Departement Antioquia. An dem Damm wird seit 2011 gebaut, das fertige Kraftwerk wird 2.400 Megawatt Strom liefern und somit das größte in Kolumbien sein. Das Projekt war von Anfang an von Korruption geprägt und wird mit Menschenrechtsverletzungen, Behinderung der Übergangsgerechtigkeit und mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt in Zusammenhang gebracht. (siehe Länderbericht).

Deswegen traf unser Kolumbien-Referent in Frankfurt zwei Vertreter\*innen des Kollektivs *Rios Vivos* Colombia, Milena Flórez und Genaro Graciano. Beide lebten gerade aufgrund von Drohungen im temporären Asyl in Spanien und reisten durch Europa, um auf die Situation in ihrer Heimatgemeinde aufmerksam zu machen. Auch das Ökumenische Büro lud Milena Flórez nach München ein. Über ihre Erfahrungen, die Auswirkungen von Hidroituangó, die Lage ihrer Bewegung und die Forderungen an die internationale Gesellschaft berichtete sie am 4. November 2019 erst an der Hochschule für Philosophie und abends



Miléna Florez vom Movimiento *Ríos Vivos* Colombia an der Hochschule für Philosophie

im Café Barrio Olga Benario. Bei der Abendveranstaltung teilte Milena das Podium mit Gladys Calderon Segura, Vertreterin von *Ríos Vivos* in Europa, Marcela Rodrigues aus Brasilien und Christian Rousseau von FDCL-Berlin und vom Dachverband der Kritischen Aktionär\*innen. Marcela Rodrigues berichtete über den Dambruch des Rückhaltebeckens einer Eisenerzmine in Brasilien, Christian Rousseau analysierte die Verantwortung deutscher Banken und Großunternehmen wie die KfW IPEX-Bank, Siemens, Kaeser Kompressoren, Münchner Rück und Hannover Rück.

Mit Milena waren wir bei der Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag, bei SIEMENS und bei einem offenen Plenum im Öku-Büro. Wir trafen einen Vertreter von Protect The Planet, mit dem wir uns über das Thema Klimaklagen ausgetauscht haben. Die Auswirkungen von Grosswasserkraftwerken werden im Jahr 2020 auf der Plattform [klimasolidaritaet.de](http://klimasolidaritaet.de) vorgestellt.

Zum Thema Unternehmensverantwortung hielt der Kolumbien-Referent einen Vortrag mit dem Titel „Lobbytätigkeit von Unternehmen am Beispiel Kohle“ bei dem Tagesseminar „Klimawandel: Ursachen und Lösungsansätze in El Salvador und Nicaragua. Entwicklung jenseits von Wachstum und Weltmarkt“. Dort wurde analysiert, wie die Unternehmen Einfluss auf politische Entscheidungsträger ausüben, um trotz Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden durch ihre Wertschöpfungsketten mehr Gewinn machen zu können.

## Alternativen für die Friedens- und Erinnerungskultur

Ein zweiter Tätigkeitsbereich der Kolumbienstelle kann unter dem Begriff Erinnerungsarbeit zusammengefasst werden. 2016 wurde in Kolumbien ein Friedensvertrag mit der FARC, der größten Guerilla Lateinamerikas, abgeschlossen. Der Vertrag umfasst einen Mechanismus für eine Übergangsjustiz (*Justicia Especial para la Paz – JEP*). Die JEP umfasst, unter anderem, die Wahrheitskommission (*Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad – CEV*) und die Einheit für die Suche nach Verschwundenen (*Unidad de Búsqueda de Personas Desaparecidas – UBPD*). Auch von Europa aus können Betroffene ihre Aussagen bei der Wahrheitskommission machen. In Deutschland ist der Kontakt für die Arbeit der Wahrheitskommission eine Gruppe, die von hier die Arbeit der Kommission unterstützt (Nodo Alemania). Am 14. Juni fand in Berlin die Veranstaltung „Die Arbeit der kolumbianischen Wahrheitskommission in Deutschland“ zusammen mit dem Kollektiv Aluna Minga statt, durchgeführt von Nodo Alemania. Gast war Carlos Martín Beristain, einer der elf Kommissar\*innen, die für die CEV tätig sind. Die Veranstaltung wurde live übertragen.

Die CEV arbeitet auch sehr eng mit indigenen Gemeinden zusammen, denn diese Gemeinden haben wegen des Drogenhandels und des Anbaus illegaler Pflanzen stark unter dem bewaffneten Konflikt gelitten. Bisher haben nur wenige Gemeinden mit Erinnerungsarbeit begonnen, nur wenige stellen sich der Aufarbeitung des Geschehenen und suchen nach Wegen der Versöhnung und der Pflege ihrer Traditionen und Kulturen. Eine dieser Gemeinden sind die Inga aus Aponte, Nariño, im Süden Kolumbiens. Im Juli luden wir einen Vertreter der Gemeinde ein, Leandro Janamejoy. Am 22. Juli hielt er den Vortrag „Alternative Friedens- und Erinnerungsarbeit: Erfahrungen und Interpretationen aus der Inga-Gemeinde“ bei einer Veranstaltung des Zentralinstituts für Lateinamerikastudien ZILAS der Universität Eichstätt. Am 23. Juli war Leandro Gast bei einem Projekttag am Thomas-Mann-Gymnasium in München zum Thema Indigene Gemeinden in Kolumbien. Am selben Tag fand abends die Veranstaltung „Erinnerungskultur und Frieden in den indigenen Gemeinden“ mit Leandro und Caleb Cabello Chirisente, einem Vertreter der Asháninka-Gemeinde in Satipo, Perú, statt. Leandro hielt am 24. Juli am Institut für Ethnologie der Universität LMU München den Vortrag „Erinnerungskultur in Kolumbien“. Leandro berichtete, dass das Friedensabkommen für die Inga-Gemeinde sehr wichtig war. Die Gemeinde befreite ihre Territorien von bewaffneten Gruppen dadurch, dass sie die Plantagen



Konzert von Manuel de la Rosa und Tatiana Guprad im Stadtpark Olga

mit illegalen Pflanzen manuell und auf freiwilliger Basis zerstörten. Als ihnen bewusst wurde, dass sie viele ihrer Traditionen verloren hatten, beschlossen sie, Arbeitsgruppen zu bilden, um ihre Kultur, ihre Traditionen und ihr überliefertes Wissen zu retten.

In Kolumbien ist jede indigene Gemeinschaft nach wie vor mit sehr spezifischen Problemen und Herausforderungen konfrontiert. Die Ingas leiden im Moment an den Folgen der massiven Abholzung, die für die Monokultur der Drogenplantagen nötig war. Deswegen wurde dieses Problem auf der Plattform [klimasolidaritaet.de](https://www.klimasolidaritaet.de) unter Monokultur thematisiert. Andere Gemeinden leiden an Problemen wie dem Verlust der Legitimität ihrer Territorien, der Aufhebung verschiedener Gesetze zum Umweltschutz oder Regelungen zum Rohstoffabbau. Ein Beispiel sind die Gemeinden der Region Montes de María, auch Serranía de San Jacinto genannt, die sehr stark durch verschiedene Eskalationen des Konflikts gelitten haben. Wir luden zwei Musiker\*innen aus dieser Region nach München ein. Am 10. August fand das Konzert „Kolumbianische Musik für die Erinnerung und den Frieden“ mit Manuel de la Rosa und Tatiana Guprad statt. Ihre afro-karibischen Fusion-Songs erzählen von Montes de María und von den Erfahrungen im Bürgerkrieg. Zwischen den einzelnen Liedern schilderten die beiden, wie sie junge Menschen ermutigen, mit Musik für den Frieden zu kämpfen. Das Konzert wurde mit der Bilderausstellung „Gegen das Vergessen | Sin Olvido“ der kolumbianischen Künstlerin Lina Hernandez ergänzt. Leider mussten Manuel und Tatiana Ende des Jahres ihre Gemeinden aus Sicherheitsgründen verlassen und in die Stadt Cartagena umziehen.

## Neue Eskalation des Konflikts und politischer Widerstand

Die Regierung, die seit August 2018 im Amt ist, behindert den Friedensprozess. Deswegen fanden während des ganzen Jahres verschiedene Aktionen weltweit statt. In München organisierten dort lebende Kolumbianer\*innen vier Kundgebungen. Wir unterstützten diese demokratischen und solidarischen Friedensaktionen logistisch sowie mit Materialien und Informationen. Bei den ersten zwei Kundgebungen ging es um den Mord an Aktivist\*innen und politischen Führungspersönlichkeiten. Am 5. April fand auf dem Odeonsplatz die „Kundgebung für das Leben von Aktivist\*innen in Kolumbien“ als Unterstützung eines internationalen Marsches nach Den Haag statt. Kolumbianer\*innen und Organisationen aus verschiedenen europäischen Ländern forderten den Internationalen Strafgerichtshof auf, ein Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kolumbien einzuleiten. Die Teilnehmer\*innen des Marsches legten dem Gericht eine Liste von 400 Aktivist\*innen vor, die zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 28. Februar 2019 in Kolumbien getötet worden waren.<sup>32</sup> Am Tag der Aktion waren die Zahlen auf circa 700 ermordete Aktivist\*innen und mehr als 75 ehemalige Kämpfer\*innen der FARC gestiegen, die seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ermordet worden sind.

Die anderen zwei Kundgebungen griffen den Nationalstreik auf, der ab dem 21. November von Gewerkschaften, Student\*innen und Dozent\*innen einberufen wurde. Am 21. und 27. November verschafften sich jeweils rund 100 Menschen am Max-Joseph-Platz und am Odeonsplatz sehr laut mit Pfannen und Instrumenten Gehör. Die wichtigsten Forderungen der Streikenden (es finden weiterhin Kundgebungen in Kolumbien statt) waren die Einhaltung des vereinbarten Friedensvertrags mit der FARC-EP, kostenfreie Bildung, das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf legitime soziale Proteste, Gesetzesänderungen zugunsten der Landwirte, Kinder, Indigenen und der Umwelt. Außerdem richtete sich der Streik gegen neue Steuerpläne, gegen Korruption und weitere Privatisierungen sowie gegen die Kriminalisierung und Instrumentalisierung der sozialen Proteste. Mit Liveübertragungen verbreiteten wir die Botschaft der Kundgebungen weltweit.

Über die Situation der Aktivist\*innen und über die Situation der politischen Gefangenen in Kolumbien informierten wir ebenfalls in München. Im Mai besuchte uns Verónica López Estrada, Mitglied des

<sup>32</sup> [https://caracol.com.co/radio/2019/03/28/internacional/1553777069\\_438855.html](https://caracol.com.co/radio/2019/03/28/internacional/1553777069_438855.html)



Am 26. Juli fand eine Kundgebung am Max-Joseph-Platz München gegen den Mord an Aktivist\*innen statt.

Komitees für Solidarität mit politischen Gefangenen (*Comité de Solidaridad con los Presos Políticos*) und des Volkskongresses (*Congreso de los Pueblos*) in Kolumbien. Die Politikwissenschaftlerin ist außerdem Redakteurin der Zeitschrift „Echos der Freiheit“ (*Ecos de Libertad*), die von Gefangenen im Gefängnis „Bellavista“ in Medellín herausgegeben wird. Aufgrund ihrer Gefährdung war Verónica López während ihrer Zeit in Europa Mitglied im Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger\*innen des Baskenlandes. Bei einem Foodsharing-Brunch, mit Vorträgen und Diskussion, erläuterte sie uns die Lage der politischen Gefangenen und Aktivist\*innen im Land. „Die Kriminalisierung des sozialen Protests, der Meinungsfreiheit und der Verteidigung der Menschenrechte ist eine Geißel, die weltweit nicht aufhört“, äußerte Veronika bei der Veranstaltung. Sie stellte auch die Kampagne „Freiheit geht uns alle an“ (*La Libertad un asunto de todos* - [defenderlalibertad.com](http://defenderlalibertad.com)) vor, die gegen willkürliche Inhaftierung, gerichtliche Verfolgung und Kriminalisierung geht. Unsere Honduras-Referentin hielt ebenfalls einen kurzen Vortrag zur Situation der politischen Gefangenen in Honduras. Schließlich wurde über internationale und solidarische Gegenstrategien diskutiert.

Darüber hinaus nahm unser Kolumbien-Referent an verschiedenen Terminen mit Aktivist\*innen teil. Ein Beispiel war ein Tag in Frankfurt mit Carlos Yamil Pérez, Führungsperson bei der Rückgabe von Land unter anderem in Urabá und Bajo Atrato, und mit Milena und Genaro von *Ríos Vivos*. An dem Treffen nahmen weitere Aktivist\*innen und

Politiker\*innen aus der Region Rhein-Main teil. Wir analysierten gemeinsam die aktuelle Lage in Kolumbien und in ihren Gemeinden und diskutierten über internationale und solidarische Gegenstrategien.

Die drei Aktivist\*innen waren während ihrer Monate in Europa in einem Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger\*innen, da sie in Kolumbien mit dem Tod bedroht werden.

## **Urgent Actions und Asyl: Kolumbien ist ein politisch stabiles Land, sagt die deutsche Regierung**

Im vergangenen Jahr erhielten wir die ersten Anfragen für Urgent Actions. Zuerst bekamen wir eine Anfrage einer Fahrradaktivistin aus Cali, die sich für den Ausbau der Fahrradwege in der Stadt einsetzt und die Veranstaltungen wie Critical Mass organisiert. Sie war für einige Monate verreist, musste aber aus finanziellen Gründen zurückkehren. Sie wurde von einer Gruppe bedroht, die sich „gute Bürger“ (*Ciudadanos de Bien*) nannte. Diese Gruppe sah durch die Aktionen der Fahrradaktivist\*innen ihre Mobilität mit dem Auto in der Stadt beeinträchtigt.

Schließlich halfen wir zwei Kolumbianer\*innen, die in Deutschland Asyl beantragt hatten. Wir vermittelten Kontakte, gaben ihnen Orientierung im Asylverfahren und im deutschen Alltag. Bei einem der Fälle handelt es sich um einen Jungen, der bereits den Flüchtlingsstatus zugestanden bekommen hatte, der andere Fall betrifft eine Familie, die im Moment Integrations- und Sprachkurse besucht, während ihr Aufenthaltsstatus geklärt wird. Sie erzählten uns, dass die Zahl der kolumbianischen Asylbewerber\*innen in Deutschland wohl bei mehr als 200 liegt. In den Flüchtlingsunterkünften waren sie auf viele andere Personen getroffen, darunter Philosophieprofessor\*innen und einige Personen, die mit demobilisierten Kämpfer\*innen der FARC gearbeitet beziehungsweise ihnen geholfen hatten. Sie erzählten außerdem, dass es nicht einfach sei, Asyl gewährt zu bekommen, da die deutsche Regierung Kolumbien als politisch stabiles Land ansehe. Von Anfang an wurden sie gefragt: „Was machen Sie hier, wenn es in Ihrem Land doch einen Friedensvertrag gegeben hat?“

Der vierte Fall der Urgent Actions überraschte uns ziemlich: Zwei Jungen, die eine politische Kampagne koordiniert hatten, waren verschwunden. Sie waren von drei Polizisten verschleppt worden, von denen einer in der Folge offenbar Selbstmord beging, obgleich im Dorf davon gesprochen wird, dass er umgebracht wurde, weil er die Wahrheit erzäh-



Vortrag bei der Tagung des Fördervereins 180 in Bonn mit Rückkehrer\*innen

len wollte. Die beiden Jungen waren zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts weiterhin verschwunden.

## **Mehr als *Narconovelas***

Die Eskalation des Konflikts hat viel mit dem Drogenhandel zu tun. Die Drogenökonomie und die Narcokultur sind Aspekte, die zum kolumbianischen vergangenen und gegenwärtigen Panorama gehören (siehe Länderbericht). Am 11. November hielten unser Kolumbien-Referent und unsere Mexiko-Referentin den Workshop „Narcokultur und -ökonomie“. Eine enge Beziehung zwischen dem globalen Süden und Norden“ auf dem Campus Westend der Goethe-Universität in Frankfurt. Am Beispiel Mexikos und Kolumbiens wurde über die Netzwerke für den Anbau, Transport und Handel von illegalen Pflanzen und Drogen sowie über die unsichtbaren Geschäfte, die die illegale Drogenwirtschaft ergänzen, diskutiert. Die Teilnehmenden waren sich einig: Es ist es notwendig, weiter an diesem Thema zu arbeiten. Das Bild des Drogenhandels ist geprägt von verkürzten Zuspitzungen in Fernsehserien. Welche Auswirkungen der Drogenhandel auf das Leben der Menschen tatsächlich hat, muss sowohl in Deutschland als auch in Lateinamerika den Menschen stärker bewusst werden.

Die Auswirkungen sind vor allem für die indigenen Gemeinden und Kleinbauern und Kleinbäuerinnen spürbar. Einerseits leiden sie unter



Austausch mit dem Publikum bei dem Konzert von Manuel der la Rosa und Tatiana Guprad

dem Konflikt, unter Landraub und schlechten Arbeitsbedingungen, andererseits unter dem Mangel an wirtschaftlichen Alternativen. Grund dafür ist, dass sie ihre Coca- oder Marihuanablätter nicht kommerzialisieren dürfen, weil sie keine Lizenzen besitzen. Die Lizenzen zum Beispiel für den Cannabisanbau und für Cannabisprodukte wurden nur an große Unternehmen vergeben (siehe Länderbericht). Deswegen wurde eine Recherche zu den positiven und negativen Folgen der Legalisierung von Cocablättern und der Weiterverarbeitung von aus Cocablättern hergestellten Produkten bei den indigenen Gemeinden durchgeführt.

## Besser vernetzt

Die Öffentlichkeitsarbeit war für die Konsolidierung der Kolumbienstelle sehr wichtig. Im Jahr 2019 nahm unser Kolumbien-Referent an zwei Sitzungen der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien, sowie in München, Berlin oder online an verschiedenen Arbeitstreffen des Arbeitskreises zur Unterstützung des Widerstands gegen das Staudammprojekt Hidroituango teil. Am 8. Mai besuchte er das Fachgespräch „Verschwundene suchen und finden – Erfahrungen aus der Praxis für die Praxis“ im Auswärtigen Amt in Berlin. Am 10. Mai traf er eine Delegation der UBPD und am nächsten Tag die Unterstützungsgruppe der CEV in Deutschland. Auch an lokalen Terminen nahm er teil, wie bei dem Arbeitskreis Lateinamerika des Nord-Süd Forums.

Als Referent wurde unser Kolumbien-Referent nach Bonn und München eingeladen. In Bonn referierte er bei der Jahrestagung des Fördervereins 180 zu den „Auswirkungen (Externalitäten) unseres Lebensstils

am Beispiel Kolumbien“. In München hielt er zwei Vorträge zu den Themen „Lobbyismus in der Kohleindustrie“ und „Indigene Gemeinden in Kolumbien“.

## Weitermachen

Im Jahr 2019 lernten wir, dass Gewalt und gewalttätige Reaktionen in der kolumbianischen Gesellschaft tief verwurzelt sind. Gleichzeitig gibt es eine soziale gewaltfreie Aufbruchsstimmung, wie in anderen Ländern Lateinamerikas, die nicht aufzuhalten ist. Und es gibt weitere positive Fälle von gewaltfreien Alternativen beim Aufbau von Erinnerungskultur, Frieden und Gemeinschaft. Eine weitere wichtige Erfahrung war, dass die meistens Kolumbianer\*innen, die nach München kommen, nicht wollen, dass über ihr Land schlecht gesprochen wird. Im Gegenteil, sie wollen nur die positiven Aspekte ihres Landes hervorheben. Nach München kommen in der Regel Menschen, die studieren, die sich um gute Noten und einen guten Job sorgen und die aus Familien von Unternehmer\*innen oder Politiker\*innen kommen. Nur sehr wenige von ihnen nehmen aktiv an kulturellen oder sozialen Aktivitäten teil. Das macht es für unseren Arbeitskreis Kolumbien schwierig, weitere Unterstützung der Community zu bekommen und wird für uns zu einer großen Herausforderung. Dennoch gibt es Menschen, die sich sehr für die Solidarität mit Kolumbien einsetzen, und wir können bereits auf mindestens vier Personen zählen, die die Arbeit der Kolumbienstelle ehrenamtlich unterstützen.

Im Jahr 2020 werden die Themen Drogenhandel und die Fortsetzung des Friedensprozesses beziehungsweise die Umsetzung des Friedensvertrages wieder auf der Agenda stehen. Darüber hinaus werden wir zu den Themen Friedenskultur und Verantwortung verschiedener Wirtschaftssektoren für die Klimakrise arbeiten. Wir werden aufmerksam auf Bitten für Urgent Actions und Anfragen zur Unterstützung von Aktivist\*innen reagieren. Ein weiteres Ziel ist, die Diskussionen, die hier stattfinden, auch mit den Diskussionen in den Gemeinden, Schulen und Universitäten Kolumbiens zu vernetzen und einen Wissensaustausch zu generieren.



„Meine Erinnerung zeigt mir den Weg“ – Wandbild im Rahmen der Erinnerungskultur im Wohngebiet Comuna 13 in Medellín

## Öffentlichkeitsarbeit

### „En la Linea“ – Sendung bei Radio Lora München

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr eine Radiosendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Die meisten unserer Sendungen sind live mit Gästen und/oder O-Tönen der betroffenen Akteur\*innen. Themen waren 2019 unter anderem: politische Gefangene in Mexiko und Honduras; Verantwortung von Unternehmen; Garifuna in Honduras; Abschiebungen von Geflüchteten; Herausforderungen der neuen Regierung in Mexiko; Wahrheitskommission in Kolumbien; das Wasserkraftwerk „Agua Zarca“ und „Grüner Kolonialismus und Kapitalismus“ in Honduras.

### Homepage

Auf unserer Homepage [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de) geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher\*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

### YouTube-Kanal

Auf unserem YouTube Kanal „Oeku Buro“ veröffentlichen wir immer wieder Clips von Aktionen, Veranstaltungen und Interviews mit unseren Referent\*innen. Passend zu unserem Schwerpunktthema haben wir dieses Angebot 2019 um den YouTube-Kanal „Klimasolidarität Jetzt!“ erweitert. Er wurde 412mal aufgerufen, im Durchschnitt wurden die Videos, 1:36 Minuten lang angeschaut.

### Facebook

Unsere Facebookseite Oeku-Buero ergänzt das Informationsangebot unserer Website. Auch dort veröffentlichen wir Informationen zu unseren Schwerpunktländern, kündigen unsere Veranstaltungen an und kommunizieren zudem direkter mit Interessierten. Wir publizierten 142 Posts, auf die 1.717 Personen reagierten. Am Jahresanfang folgten 130 Personen unserer Seite, am Jahresende waren es 411. Die „likes“ stiegen 2019 von 127 auf 386. Mit unseren Videos erreichten wir real 2.659 Personen.

## **Newsletter**

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann unseren monatlichen Newsletter sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir auf kommende Veranstaltungen in München und deutschlandweit aufmerksam.

## **Medienpräsenz**

Wir vermittelten Medien und freiberuflichen Journalist\*innen Hintergrundinformation beziehungsweise Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner\*innen angefragt. Wir veröffentlichen Beiträge bei *amerika21* und in Zeitschriften oder geben Interviews.

## **Pressemitteilungen & Eilaktionen**

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben gemeinsame offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger\*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern. Näheres dazu siehe unsere jeweiligen Länderaktivitäten.

## **Factsheets**

Vierseitige Factsheets ergänzen in kompakter und abwechslungsreicher Form Themen unserer Veranstaltungen und vertiefen unsere Schwerpunkte. 2019 erarbeiteten wir Factsheets zum Thema Wasser in El Salvador, zum „Binding Treaty“ sowie zu LGBTQ\* in Zentralamerika.

## **Veranstaltungsreihe „Perspectivas Diversas“**

Unsere Reihe bringt den Münchner\*innen basisbewegte und solidarische lateinamerikanische Perspektiven näher, wobei neben der aktivistischen, auch eine akademisch-kritische Sicht nicht fehlte. Mit internationalen Referent\*innen erreichten wir an sehr unterschiedlichen

Orten diverse Publika, darunter auch Schüler\*innen, Studierende und Münchner\*innen verschiedenster Sprachen und Herkünfte.

**29.01.** Nachhaltig gegen Menschenrechte. Risikoassessment, Greenwashing, SDG-Washing: Wie kann Konzernhandeln real verändert werden? Mit Tilman Massa (Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre), Khadja Bedati (Saharaische Jugend), Andrea Behm (Gemeinwohl-Ökonomie Bayern e.V und attac München), Dr. Christian Schliemann (ECCHR - European Center for Constitutional and Human Rights). Daniel Tapia (Öku-Büro, Arbeitskreis Binding Treaty)

**19.03.** La Baca Loca y lxs chocoitxs. Vortrag und Musik aus Nicaragua mit Gaby Baca und Hugo Quiroz (Nicaragua)

**30.03.** Der Kampf um Frauenrechte in Oaxaca. Feministische Ansätze aus Mexiko für die Gendergerechtigkeit. Mit Yésica Sánchez (Anwältin und Menschenrechtsverteidigerin aus Oaxaca Mexiko)

**11.06.** Das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte in Mexiko. Ein Gespräch mit Damian Gallardo, ehemaliger politischer Gefangener aus Mexiko.

**23.07.** Erinnerungsarbeit und Frieden in den indigenen Gemeinden in Kolumbien und Peru. Mit Leandro Janamejoy (Inga Gemeinde Kolumbien) und Caleb Cabello Chrisente (Ashaninka Gemeinde Peru)

**26.09.** Rechte für Menschen – Regeln für Konzerne. Soziale Bewegungen stellen Forderungen für die neue Verhandlungsrunde des „UN Binding Treaty“. Mit Raffaele Morgantini (Centre Europe Tiers-Monde CETIM), Arne Klevenhusen (FIAN), Andrea Behm (attac)

**27.09.** Workshop, Straffreiheit für internationale Konzerne stoppen mit Raffaele Morgantini (Centre Europe Tiers-Monde CETIM)

**04.11.** Große Wasserkraftwerke. Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur? Mit: Milena Flórez, Vorstandsmitglied der Bewegung Ríos Vivos und Gladys Calderon Segura, Vertreterin von Rios Vivos in Europa.

**10.11.** „Die Aktivistin“ Lesung und Gespräch mit der Autorin Jutta Blume zu ihrem Politthriller über Landraub bei den Garifuna

**24./26.11.** Workshop und Schulveranstaltung (Werner-von-Siemens-Gymnasium München) mit der Trans\*Menschenrechtsverteidiger\*in Karla Avelar (El Salvador/Schweiz)

**9.11.** „No se Mata la Verdad“ – Dokumentarfilm über Journalismus in Mexiko mit Regisseur Témoris Grecko via Skype

**22.11.** Politische Gefangene in Mexiko: Der Fall Enrique Guerrero. Vortrag und Diskussion mit Enrique Guerrero und Lenica Morales

## **Bolivien nach dem Putsch gegen Evo Morales und die aktuellen Ereignisse in Lateinamerika**

Der Putsch in Bolivien im November 2019 gegen den Präsidenten Evo Morales hat uns im Büro sehr betroffen gemacht. Weil viel Unklarheit und Desinformation in den Medien kursierte, wurden wir von mehreren Münchner Gruppen angefragt, eine Informationsveranstaltung zu dem Thema durchzuführen. Gemeinsam mit Aktivist\*innen aus Bolivien erklärten wir am 11. Dezember im Barrio Olga Benario die Hintergründe der Ereignisse in dem südamerikanischen Land. Auch wenn Bolivien nicht Schwerpunkt des Öku-Büros ist, werden wir versuchen, Aktivitäten gegen den Putsch und gegen die Diktatur in Bolivien weiterhin solidarisch zu unterstützen.



Auch in München: Protest gegen den Putsch in Bolivien.

## Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existieren eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

### **BUKO**

Die BUNdesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro ist Mitglied der BUKO und unterstützt deren Fortbestehen und Weiterentwicklung.

### **HondurasDelegation, RESH und Red EU Lat**

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ist aus der Honduras-Delegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Seither sind wir integraler Bestandteil dieses Arbeitszusammenhangs. Die meisten unserer Aktionen zu Honduras finden in Zusammenarbeit oder enger Abstimmung mit diesem Netzwerk und insbesondere dem Berliner Menschenrechtskollektiv Honduras (Colectivo de Derechos Humanos Honduras – CADEHO) statt. Im Juni 2018 gründeten wir bei einem großen Treffen in Berlin gemeinsam mit Aktivist\*innen aus Frankreich, Italien, Norwegen, der Schweiz und Spanien das Europäische Netzwerk der Honduras Solidarität. 2019 fand das zweite Treffen des RESH in Madrid statt, an dem unsere Honduras-Referentin teilnahm und einen Workshop zu Unternehmen und Menschenrechten gestaltete.

Das Ökumenische Büro vertritt die HondurasDelegation zudem als eine von 38 Gruppen und NGOs im Brüssler Advocacy-Bündnis Red EU-LAT, das 2017 aus der Fusion von Grupo Sur und CIFCA hervorging.

## **Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko**

Gemeinsam mit dem Sekretariat der Koordination haben wir 2019 die internationale Mexiko-Tagung in Berlin durchgeführt (siehe Mexiko Länderbericht). Unsere Mexiko-Referentin führte die Rundreise der ehemaligen politischen Gefangenen Damián Gallardo und Enrique Guerrero zusammen mit den Mitgliederorganisationen der Koordination durch. Auch andere gemeinsame Aktivitäten wie Eilaktionen, Briefe und Stellungnahmen zu Kriminalisierung der Menschenrechtsverteidiger\*innen in Mexiko wurden mit den deutschen Organisationen koordiniert.

## **Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien**

Im Rahmen unserer Arbeit zu Kolumbien sind wir Teil der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien.

## **Runder Tisch Zentralamerika**

2013 entstand der Vorschlag, eine Koordination im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um auf Themen besser reagieren zu können, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind. Über 20 Organisationen und Initiativen sowie einige Einzelpersonen sind seither Teil dieser Vernetzung, die inzwischen auch eine hauptamtliche Koordination hat. Wir arbeiten eng mit der Koordination zusammen, nehmen regelmäßig an Ländergesprächen im Auswärtigen Amt teil und beteiligen uns an der Programmgestaltung und Durchführung der bisher zweijährigen Tagung des Runden Tisches und weiteren gemeinsamen Initiativen.

## **Mission Eine Welt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)**

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige gute Zusammenarbeit. Wie bereits in früheren Jahren beteiligten wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tags der ELKB in Nürnberg. Schwerpunktthema 2019 war: Krise der Demokratie

## **Netzwerk München e.V.**

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.

## **Nord Süd Forum München e.V.**

Das Nord Süd Forum e.V. ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ durch Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit, die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren.

## **Portal amerika21.de**

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir Beiträge beziehungsweise arbeiten den Autor\*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

## **Dachverband der Kritischen Aktionär\*innen**

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. zusammen. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rücken, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der Dachverband die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp und anderen. Die kritischen Aktionär\*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.

## Mehr Information?

Unsere Homepage [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de) bietet Infos zu unseren Inhalten und Aktivitäten.

Jeden ersten Montag im Monat senden wir auf dem Münchner Lokalsender Radio Lora auf UKW 92,4 Mhz oder im livestream unter <http://lora924.de>

Über E-Mail-Verteiler informieren wir über unsere Aktivitäten und laden zur Teilnahme an Eilaktionen bei Menschenrechtsverletzungen ein. Zugang über: [www.oeku-buero.de/kontakt.html](http://www.oeku-buero.de/kontakt.html)

## Einen Beitrag leisten?

Wir freuen uns über Spenden in jeder Höhe, auch als Daueraufträge. Zahlung ist möglich durch Überweisung, Lastschrift oder online unter [www.oeku-buero.de/spenden.html](http://www.oeku-buero.de/spenden.html)

Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

## Mitmachen?

Unterstützung ist uns jederzeit willkommen, zum Beispiel durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen, bei der Gestaltung unserer Veranstaltungen oder durch Teilnahme an einer Reise nach Mittelamerika. Auch für die, die weiter weg von München wohnen, gibt es Möglichkeiten. Ein Anruf genügt.

Wer Mitglied werden will, bekommt auf Anfrage eine Beitritts-erklärung.



[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

## München solidarischer machen !



Solidarität mit Carola Rackete - und viel mehr. Demo zum Kongress im Juni 2019.

Anfang dieses Jahres haben wir uns zum Solidarity City Bündnis München zusammengeschlossen, um uns mehr zu vernetzen und unsere Arbeit und Forderungen gemeinsam mehr in die Öffentlichkeit und Stadtgesellschaft zu bringen. Das Solidarity City Bündnis München ist ein Zusammenschluss aus engagierten Einzelpersonen und verschiedenen Initiativen und Organisationen, darunter auch das Ökubüro. Wir wollen eine solidarische Stadt, eine Stadt, die für ALLE da ist, unabhängig von finanziellen Möglichkeiten, Aufenthaltsstatus, Herkunft, Alter, Geschlecht, religiöser Weltanschauung und physischen oder psychischen Bedingungen. ALLEN Bewohner\*innen der Stadt soll Teilhabe am städtischen Leben möglich sein.

Höhepunkt der Bündnisarbeit 2019 war die Organisation des Solidarity City Kongresses von 28. bis zum 30. Juni, bei der sich das Ökubüro u.a. in Organisation und Finanzabwicklung einbringen konnte. Wichtig war, dass wir die Diskussion über eine solidarische Stadtgesellschaft ausweiten und vertiefen konnten und darüber hinaus mit dem Kongress in die Öffentlichkeit getragen haben. Auch politisch gab es danach einen kleinen Erfolg: Im Stadtrat konnte endlich durchgesetzt werden, dass die Stadt München sich ebenfalls, wenn auch nur symbolisch, zum „Sicheren Hafen“ erklärt hat. 2020 werden wir weiter machen und gemeinsam mit vielen anderen dafür kämpfen, dass München solidarischer wird.

## Bildcredits

Titelbild, Seiten 12, 27:	Martín Álvarez Mullaly, OPSUR
Seite 23:	©Hauke Lorenz
Seite 26:	@PrefieroLaVida/Twitter
Seite 28:	©DMRKM
Seite 29:	©DMRKM
Seite 39:	El Nuevo Diario
Seite 41:	CIDH
Seite 43:	Confidencial
Seite 47:	Radio Corporacion
Seite 53:	Wikipedia CC0
Seite 54:	RACDES
Seite 57:	Bayer
Seite 59:	UCA-IUDOP
Seiten 65-78, 85, 92, 94:	HondurasDelegation
Seite 81, 83:	COPINH
Seite 82:	IM Defensoras
Seite 84:	OFRANEH
Seite 86:	freedwinespinallibertad.blogspot.com
Seite 87:	Comité Municipal en Defensa de los Bienes Comunes y Públicos de Tocoa
Seite 91:	Asociación LGBT Arcoíris de Honduras
Seite 101:	UNODC
Seite 105:	Movimiento Ríos Vivos Colombia
Seiten 113, 118:	Danny Carvajal
Seite 117:	Förderverein180
Rückseite innen, Seite 128:	Gabriela Gorjón

Alle anderen: Öku-Büro

FÜR DAS  
RECHT ZU  
KOMMEN + GEHEN  
+ BLEIBEN!

Grenzen  
& MORDEN  
KRIMINALISIEREN

**Ökumenisches  
Büro**



**Lateinamerika • El Salvador  
Honduras • Kolumbien • Mexiko • Nicaragua  
Internationalismus • emanzipativ • kritisch  
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

**[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)**

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2019 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.  
Das Team des Ökumenischen Büros

**Ökumenisches Büro für Frieden und  
Gerechtigkeit e.V.**

Pariser Straße 13  
81667 München  
Tel. ++49-89-448 59 45  
Fax ++49-89-48 76 73  
e-Mail: [info@oeku-buero.de](mailto:info@oeku-buero.de)

Spendenkonto:  
Konto-Nr. 5617 62 58  
Stadtsparkasse München  
BLZ: 701 500 00  
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58  
SWIFT: SSKMDEMM